

Heinz Kleene

Die Geschichte der Zentrumspartei 1945-1955 im Emsland. Beispiel einer Sonderentwicklung beim Aufbau demokratischer Strukturen

- I. Einleitung und Problemaufwurf
Quellenlage und Forschungsstand
 - II. Ausgewählte Wahlergebnisse von Zentrum und CDU von 1946 bis 1955.
 - III Historische Hintergründe
 - III. 1. Vorgeschichte: Die Struktur des Emslandes in wirtschaftlicher, konfessioneller und politischer Hinsicht und die Veränderungen nach 1945
 - III. 2 Die Rolle der Britischen Militärregierung beim Aufbau demokratischer Strukturen
 - IV. Warum konnte sich das Zentrum in Teilen des Emslands so lange als kommunalpolitischer Machtfaktor halten?
 - IV.1 Entscheidungen angesehener Lokalpolitiker für die CDU oder das Zentrum
 - IV.2 Stadt- Landunterschiede und die emotional-traditionellen Bindungen der Wähler*innen
 - IV.3 Programmatische Zentrumspositionen in Abgrenzung zur CDU
 - IV.4 Die Rolle des Klerus und der Bischöfe
 - V . Gründe für den Niedergang des Zentrums
 - V.1 Entnazifizierung und der unterschiedliche Umgang mit NS- Belasteten durch Zentrum und CDU
 - V.2 Die Diskussion über den Emsland-Plan (1948-1950) als Katalysator der Schwächung des Zentrums, die Rolle Adenauers im Streit zwischen Zentrum und CDU und die Ambitionen lokaler Politiker
 - V.3 Der Niedergang des Zentrums nach der Landtagswahl 1955. Die Schulpolitik als Spiegel tief verwurzelter Konflikte.
 - VI. Fazit und abschließende Diskussion der Fragestellung
- Anhang
- Kurzbiographien wichtiger Lokalpolitiker im Emsland
 - Literatur- und Quellenverzeichnis

I. Einleitung und Problemaufwurf

Das gegebene Seminarthema „Demokratiegeschichte(n)“ gibt einen weiten Rahmen vor, der die Beschäftigung mit einem auf den ersten Blick abseitigen Thema ermöglicht. Untersucht werden soll die Geschichte der Zentrumspartei 1945-1955 im Emsland, die als Beispiel einer Sonderentwicklung der Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet werden kann. Im Unterschied zu anderen Regionen Westdeutschlands spielte die traditionelle Vertretung der Katholiken bis zur Mitte der 50-er Jahre eine wichtige Rolle in den regionalen Kommunen. Das Zentrum - nach dem 2. Weltkrieg als DZP wiedergegründet – stand von Anfang an in scharfer Konkurrenz zur neugegründeten CDU. Nach dem Sieg über den Nationalsozialismus übten zunächst die Besatzungsmächte die Macht aus, die sie nach und nach den Deutschen übertragen wollten. Dazu sollen die Parteien als Instrumente zur politischen Willensbildung dienen, da sie als unabdingbar für eine funktionierende parlamentarische Demokratie gelten können. Sie bilden, und dies hat der Historiker Alan Borup für das von ihm untersuchte Schleswig-Holstein der Nachkriegszeit eindrucksvoll gezeigt, das Bindeglied zwischen Wahlbevölkerung und Staatsmacht und sollen die Wähler „für sich und das System der repräsentativen Demokratie gewinnen.“¹ Das sei eine schwer zu bewältigende Aufgabe gewesen – so Borup – da es in der Weimarer Republik Vorbehalte gegen die Parteien gegeben habe, die nach 1945 anhielten. Diese Kräfte seien vor allem im Bürgertum zu verorten, mithin in der Schicht, in der CDU und Zentrum vorwiegend ihre Anhänger suchten.

Ferner gilt es zu beobachten, ob die anfängliche Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen im Untersuchungszeitraum abgebaut und der Weg zur „inneren Demokratisierung“ beschritten werden konnte.² Diesen Nachweis der Akzeptanz der Demokratie als Lebensform bezeichnet der deutsch-amerikanische Historiker Konrad Jarausch als Kernproblem der Forschung in diesem Zeitabschnitt, weil sich das Umdenken der Menschen nicht immer in schriftlichen Zeugnissen wiederfinden lasse, aber möglicherweise an den veränderten Einstellungen der politischen Protagonisten und öffentlichen Kundgebungen festzumachen sei.

Das gewählte Untersuchungsbeispiel verspricht insofern interessante Erkenntnisse, als es sich um einen Sonderfall handelt, da die CDU nicht - wie anderswo - schnell Wählerinnen und Anhänger der alten Zentrumspartei integrieren konnte. In der zu erforschenden Region stritten die beiden christlichen Parteien über zehn Jahre heftig um den richtigen demokratischen Weg und die Gunst der Anhängerinnen und Wähler, wobei sie eine ausgeprägte Streit- und Debattenkultur praktizierten.

¹ Borup, Alan: Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratieskeptischer Wähler. Bielefeld 2010, S.11.

² Jarausch, Konrad: Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten, in: Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970 Hrg. Arnd Bauerkämper u.a., Göttingen 2005, S.71.

Bei der Bearbeitung muss zum besseren Verständnis die Geschichte der Zentrumspartei, die heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist, in den Blick genommen werden, zumal es auf der personellen Ebene in der Region Kontinuitäten gab. Die politische Vertretung der Katholiken spielte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle, auf nationaler Ebene wie im Emsland. Im 19. Jahrhundert avancierte der Mitbegründer und führende Kopf des Zentrums, Ludwig Windthorst, zum wortgewaltigsten Gegenspieler Bismarcks. Nach dem Ersten Weltkrieg bildete das Zentrum mit der SPD, der DDP und der DVP die Weimarer Koalition und verteidigte anfangs energisch die Demokratie. Ein wesentlicher Grund für das Verschwinden des Zentrums aus dem öffentlichen Bewusstsein ist das mangelnde Interesse der historischen Forschung, die ihr Augenmerk vorwiegend auf die Parteien im rechten wie linken Spektrum richtete.³ So liegen umfangreiche Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterparteien vor.⁴ Die Publikationen zur Geschichte der NSDAP und zum Nationalsozialismus sind inzwischen fast nicht mehr überschaubar.⁵ Eine Ausnahme, was die Zentrumspartei angeht, bilden die Arbeiten von Rudolf Morsey, der sich in den 60er Jahren intensiv mit ihrer Geschichte beschäftigte.⁶ Einen kleinen Aufschwung erlebte die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Rolle des Zentrums in der Weimarer Republik zu Beginn der 1990er Jahre, als Arbeiten zur Ideengeschichte und zu Teilproblemen erschienen.⁷

Dass das Zentrum nur am Rande im Fokus der Geschichtswissenschaft stand und steht, erstaunt umso mehr, als sich die CDU in der Tradition der Windthorst-Partei sah und viele Zentrumsaktivisten sich nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder politisch engagierten, zumeist in der neu gegründeten CDU. Im Untersuchungsgebiet, dem heutigen Kreis Emsland, verlief die Entwicklung partiell anders. In einer Region, in der das Zentrum noch bei den Märzahlen 1933 bis zu 70 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte, suchten einige der damaligen Anhänger nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihre alte Partei neu zu beleben, was vor allem im Lingener und Aschendorfer Raum von Erfolg gekrönt war. Bis zur Mitte der 50er Jahre wählten dort die vorwiegend katholischen Emsländer ihre Kandidaten in die Volksvertretungen, als andernorts die CDU die traditionelle Klientel bereits aufgesogen hatte. Lediglich im Cloppenburg-Raum lässt sich eine vergleichbare Tendenz beobachten.

³ Zum Forschungsstand: Lensing, Helmut: Die Zentrumspartei in der Provinz Hannover während der Weimarer Republik – Teil 1, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.), Emsländische Geschichte 25, Haselünne 2018, S. 57-221 (Teil 2 in: Emsländische Geschichte. Bd. 26, Haselünne 2019, S. 44-112, Teil 3 in: Emsländische Geschichte. Bd. 27, Haselünne 2020, S. 137-216). (künftig EG). Die Beiträge sind die Kapitel einer breit angelegten Untersuchung, die in den Folgeausgaben fortgesetzt werden.

⁴ Genannt seien hier nur die Arbeiten von Heinrich August Winkler über die Weimarer Republik.

⁵ Die Suchmaschine Google gibt die Anzahl mit über 13 Millionen an. Aufruf am 14.9.2020.

⁶ wie Anm. 3 Lensing gibt in seiner Einleitung einen Überblick über den Forschungsstand und nennt u.a. Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Bonn 1966, Morsey, Rudolf; Das Ende der Parteien, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.) Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1979, S.281-453.

⁷ Rupprecht, Karsten: Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 96), Düsseldorf 1992.

Quellenlage und Forschungsstand

Die Quellenlage stellt sich nach anfänglichen Bedenken als gut heraus, da das Kreisarchiv Emsland in Meppen einen reichen Bestand zur Thematik besitzt: Wahllisten der Kandidaten, z.T. mit Berufsangaben; Wahlergebnisse, teils sogar mit Angaben zu Wahlbezirken; Protokolle der Kreistage und Gemeinde- und Stadträte etc.⁸ Die Kabinettsprotokolle der Niedersächsischen Landesregierung von 1946 bis 1951 ermöglichen Einblicke in die nicht immer einfachen Beziehungen der einzelnen Regionen des neu gebildeten Landes, wobei im Untersuchungsgebiet die konfessionellen Unterschiede zum protestantischen Hannover und das Bestreben starker Kräfte, sich Nordrhein-Westfalen anzuschließen, ein Zusammenwachsen erschwerten. Überdies erhoben die Niederlande Ende der 40er Jahre Gebietsansprüche als Wiedergutmachung für die erlittenen Schäden im Zweiten Weltkrieg.⁹ Weiterhin konnten ausführliche Presseberichte ausgewertet werden, vor allem zu Streitfragen vor den drei Landtagswahlen im Untersuchungszeitraum; die kandidierenden Politiker konnten sich ausführlich präsentieren. Die Emslandnachrichten, ein Nebenblatt der Westfälischen Nachrichten, vertraten dabei eine reine CDU Position. Das Zentrumsblatt firmierte unter dem Namen „Niedersächsischer Kurier“ und deckt die Jahre 1948-1949 ab, bevor es von der Lingener Tagespost übernommen wurde. Zum Thema gibt es einen kurzen Text von einem Zeitzeugen, der im Zentrum sehr aktiv war; in Sammelwerken wie der Kreisbeschreibung Emsland finden sich einige Tabellen zu den Wahlen und erste Deutungen.

Darstellende Texte liegen zu einer Reihe von Teilbereichen im Untersuchungszeitraum vor, vorwiegend zur Flüchtlingsfrage und zur Besatzungszeit. Ein Sammelband, der aus einer Ausstellung mit dem Titel „Wege aus dem Chaos. Das Emsland und Niedersachsen 1945-1949“ hervorgegangen war, beleuchtet in Überblicksform die frühen Nachkriegsjahre.¹⁰ In einer bunten Mischung aus Erinnerungen, Zeitungsartikeln, Bildmaterial, Statistiken und wissenschaftlichen Texten gewinnt der Leser Einblicke in die Lebensbedingungen der späten 40er Jahre.

Zum Wandel der sozialen und konfessionellen Struktur durch die nicht immer spannungsfreie Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen liegt eine neuere Untersuchung vor.¹¹ Danach veränderte sich die vormals rein katholische Region in konfessioneller und sozialer Hinsicht

⁸ KreisA Ems Rep 455 Mep, KreisA EMS, Rep 455 Lin.

⁹ Die Kabinettsprotokolle der Hannoverschen und Niedersächsischen Landesregierung 1946-1951. Eingeleitet und bearbeitet von Theresa Nentwig. Hg. Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen. Die Protokolle wurden online gestellt. https://www.historische-kommission.niedersachsen.de/startseite/onlineangebote/kabinettsprotokolle_online/kabinettsprotokolle-der-niedersaechsischen-landesregierung-online-130746.html (Letzter Aufruf am 20.10.2020).

¹⁰ Meemken, Hermann (Red.): „Wege aus dem Chaos. Das Emsland und Niedersachsen 1945-1949“. Hrg. Landkreis Emsland, Meppen 1987.

¹¹ Wilbers-Noetzel, Annette: Die wohnräumliche und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Emsland nach 1945 Hrg. Emsländische Landschaft. Reihe: Emsland / Bentheim. Beiträge zur Geschichte Bd.17. Sögel 2004.

durch den Zuzug protestantischer Flüchtlinge, sie wurde liberaler und weltoffener und profitierte nicht zuletzt wirtschaftlich durch gut ausgebildete und tatkräftige Menschen, die alles verloren hatten und einen Neuanfang starten mussten. Dennoch erwies sich das katholische Milieu als ausgesprochen widerstandsfähig und langlebig. Zur Flüchtlingsproblematik im Kreis Lingen hat Andreas Eiyneck einen Sammelband herausgegeben, der aus der Perspektive der Einheimischen wie der Neubürger das Thema beleuchtet.¹²

Präzise Kenntnisse über das Agieren der britischen Besatzungsmacht bietet der von Ludwig Remling besorgte Sammelband über das Kriegsende 1945 im Raum Lingen.¹³ Besonders der aus der Perspektive der Briten geschriebene Bericht von Rainer Schulze über die Besatzungszeit erbrachte genauere Einblicke in das Handeln der Militärregierung. Als Standardwerk für die Besatzungszeit der Polen kann die Arbeit von Jan Rydel gelten, die deren Herrschaftspraxis in Haren, aber auch in Meppen exakt nachzeichnet.¹⁴ Erst im fortgeschrittenen Stadium der Forschungsphase wurde die nichtveröffentlichte Magisterarbeit über „Die Frühgeschichte der CDU im Kreis Lingen“ von Carsten van Bevern zugänglich.¹⁵ Der Schwerpunkt der Arbeit liegt, wie der Titel bereits signalisiert, auf der Entstehungsgeschichte der CDU und umfasst die Jahre von 1945 bis 1949. Die Arbeit bietet eine Fülle an Informationen zur Einflussnahme der britischen Militärregierung auf das Leben der Menschen und zum Aufbau demokratischer Verhältnisse, wobei die Gemeinderats – und Kreistagswahlen 1946 und 1948 mit ausführlichen Ergebnistabellen und der Aufzählung der gewählten Vertreter einen Schwerpunkt bilden. Der Leser wird im Detail informiert über die Zusammensetzung der oft wechselnden Parteivorstände in der Stadt und im Landkreis Lingen, weniger hingegen über die programmatischen Unterschiede zwischen Zentrum und CDU, die – neben möglichen persönlichen Animositäten - bis Mitte der 50er Jahre in der Region ein Zusammengehen der Schwesterparteien verhinderten.

Für die Einordnung des Untersuchungsgegenstands in den überregionalen Kontext waren die Arbeiten von Georg Aschoff¹⁶ und Dietmar von Reeken¹⁷ zu CDU und Zentrum in Niedersachsen bzw. zur Gründung des Landes Niedersachsen hilfreich; für beide Historiker gilt allerdings, dass sie das Emsland nur am Rande behandeln. Dies trifft nicht auf Gerd Steinwascher zu, der

¹² Eiyneck, Andreas (Hg.): Alte Heimat – neue Heimat. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Lingen nach 1945, Lingen 1997.

¹³ Remling, Ludwig (Hg.): Das Kriegsende 1945 im Raum Lingen. Band II, Lingen 1996.

¹⁴ Rydel, Jan: Die polnische Besatzung im Emsland 1945-1948. Osnabrück 2003. Herrn Hermann Gerdes sei für die Überlassung des vergriffenen Buches von Jan Rydel gedankt.

¹⁵ van Bevern, Carsten: „Die Frühgeschichte der Christlich Demokratischen Union im Kreis Lingen“, Lingen 2000.

¹⁶ Aschoff, Hans-Georg: CDU und Zentrumspartei in Niedersachsen nach 1945, in: Marlis Buchholz/Claus Füllberg Stolberg/Hans-Dieter Schmid (Hrsg.): Nationalsozialismus und Region. Festschrift für Herbert Obernaus zum 65. Geburtstag (= Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Bd. 11). Bielefeld 1996, S. 315–337.

¹⁷ von Reeken, Dietmar: Die Gründung des Landes Niedersachsen und die Regierung Kopf, in: Geschichte Niedersachsens 5. Band. Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Hrg. Gerd Steinwascher. Hannover 2010.

dem Emsland in seiner Arbeit einen beträchtlichen Platz einräumt, was bei landesgeschichtlichen Gesamtdarstellungen in Niedersachsen eher untypisch ist.¹⁸ Als anregende Studie zur Etablierung demokratischer Verhältnisse konnte die oben erwähnte Dissertation von Alan Borup herangezogen werden, wengleich in seinem Forschungsraum, dem protestantischen Schleswig-Holstein ganz andere Bedingungen herrschten. So hatte die NSDAP dort im Dritten Reich eine viel stärkere Machtposition erreicht, wodurch die Entnazifizierung einen ungleich höheren Stellenwert bekam.¹⁹ Schließlich halfen die Gesamtdarstellung der CDU-Geschichte von Frank Bösch²⁰ und die Arbeit von Horst Heitzer²¹ über die CDU in der britischen Besatzungszone bei der Einbettung in die überregionalen Verhältnisse.

II. Ausgewählte Wahlergebnisse von Zentrum und CDU von 1946 bis 1955

Das bereits angesprochene Wahlverhalten der Emsländer soll in diesem Kapitel auf eine statistische Basis gestellt werden, indem ausgewählte Ergebnisse bei Gemeinde-, Kreistags-, Landtags- und Bundestagswahlen dokumentiert und beschrieben werden. Dabei wird der Schwerpunkt auf die Kreise Meppen und Lingen gelegt, weil es zwischen beiden deutliche Unterschiede im Wahlverhalten gibt und sie damit für die Analyse der Abweichungen geeigneter sind. Der damalige Kreis Aschendorf-Hümmling, der heute zum Landkreis Emsland gehört, nimmt eine Mittelstellung ein und wird nur am Rande einbezogen. Im weiteren Verlauf der Arbeit werden die hier zunächst überblicksartig vorgestellten Befunde einer tieferen Analyse unterzogen und näher erläutert.

Bekanntlich verfolgten die Briten in ihrer Zone beim Aufbau der Demokratie die Methode, auf der untersten Ebene mit der Einrichtung von demokratischen Institutionen zu beginnen. Die Bürger konnten am 15. September 1946 ihre ersten Gemeinderäte wählen; wenig später, am 13. Oktober folgten die Kreistagswahlen. Zuvor hatten die Briten die Gemeinde- und Stadträte sowie die Kreistagsabgeordneten bestimmt und die Rahmenbedingungen für die Wahlen festgelegt, was ausführlicher in einem eigenen Kapitel²² dargestellt wird. Die Bürger machten von ihrem Wahlrecht regen Gebrauch. So lag die Wahlbeteiligung bei den Kreistagswahlen in Meppen 1948 bei fast 80 Prozent, ein Ergebnis, das bei heutigen Wahlgängen nicht mehr erreicht wird. Es spiegelt das Bedürfnis der Menschen, nach den Jahren in der Diktatur endlich wieder mitreden und mitbestimmen zu dürfen.

¹⁸ Steinwascher, Gerd: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik. In: Geschichte Niedersachsens 5. Band. Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Hrg. Gerd Steinwascher. Hannover 2010, S. 19-197.

¹⁹ Borup: Demokratie.

²⁰ Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969, München 2001.

²¹ Heitzer, Horst: Die CDU in der britischen Zone 1945- 1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988.

²² Nähere Ausführungen zum Agieren der britischen Besatzungsmacht erfolgen im Kapitel III.2

Wahlergebnisse im Kreis Meppen

Gemeinderatswahlen am 15. September 1946 (Anzahl der Stimmen)²³

CDU	Zentrum	SPD	Unabhängige
30213	3980	601	29081

Kreistagswahl am 13. Oktober 1946 (Anzahl der Stimmen)²⁴

CDU	Zentrum	SPD	KPD
36051	8496	12965	537

Landtagswahl am 20.4.1947²⁵

CDU	Zentrum	SPD	KPD
50%	19,4%	28,8%	1,8%

Kreistagswahlen 28.11.1948²⁶

CDU	Zentrum	SPD	KPD
53,8%	21,1%	8%	0,6%

Bundestagswahl 1949²⁷

CDU	Zentrum	SPD	KPD
53,5%	22,5%	17,9%	1%

Wahlergebnisse bei der Landtagswahl 1955²⁸

CDU	Zentrum	SPD	KPD
66,5%	6,3%	11%	0,3%

Als Beleg für das höchst unterschiedliche Wählerverhalten im Land und in den emsländischen Kreisen seien die Zahlen für Gesamtniedersachsen angeführt. Danach kommt beispielweise die CDU bei der Wahl 1955 auf 26,6 Prozent, das Zentrum auf 1,1 Prozent und die SPD auf 35,2 Prozent.²⁹ Die SPD gewinnt mit klarem Vorsprung vor der CDU. Das Zentrum ist auf Landesebene politisch bedeutungslos.

²³ Schulchronik der Kath. Volksschule in Meppen. Transkribiert von Heinz Krüßel Bd.4., Meppen 2013. Keine Paginierung. Das Projekt „Schulchroniken“ wird von der Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte betrieben. Geschichtsinteressierte bringen die in der Regel handschriftlich abgefassten Chroniken in eine lesbare Form. Für die beiden kommunalen Wahlen 1946 konnten keine Prozentzahlen ermittelt werden. Es werden die Voten für die vier Parteien aufgeführt.

²⁴ Schüpp: Kreisbeschreibung, S.516.

²⁵ Wege aus dem Chaos, S.201.

²⁶ Niedersächsischer Kurier vom 30.11.1948.

²⁷ Meemken: Wege aus dem Chaos, S.201.

²⁸ KRA Emsland Rep 455 MEP, Nr.427.

²⁹ Schüpp: Kreisbeschreibung, S.516.

Wahlergebnisse im Kreis Lingen

Gemeinderatswahlen am 15.Sept. 1946³⁰

CDU	Unabhängige ³¹	SPD	KPD
12,12%	68,78%	8,22%	1,3%

Kreistagswahl am 13.Oktober 1946³²

CDU	Zentrum	SPD	KPD
37,96%	40,54%	17,57%	1,5%

Landtagswahl am 20.4.1947³³

CDU	Zentrum	SPD	KPD
24,7%	44,4%	18,1%	2,3%

Kreistagswahlen am 28.11.1948³⁴

CDU	Zentrum	SPD	KPD
31,6%	45,9%	21,5%	1,4%

Bundestagswahl 1949³⁵

CDU	Zentrum	SPD	KPD
35,7%	32,7%	26,0%	1,4%

Landtagswahl 1955³⁶

CDU	Zentrum	SPD	KPD
59,4%	13,5%	14,1%	0,3%

Schon bei flüchtiger Durchsicht der Wahlergebnisse lassen sich deutlich Tendenzen erkennen, was das Abschneiden der in Rede stehenden Parteien bei den Wahlgängen auf Gemeinde-, Kreis-, Landes- und Bundesebene angeht. Im Landkreis Lingen erzielte das Zentrum überragende Erfolge und spielte bis Mitte der 50er Jahre eine gewichtige Rolle in der Kommunalpolitik. Die traditionelle Partei lag bis 1949 stets vor der CDU und wurde erst bei der Bundestagswahl von ihr knapp überflügelt. Ins Auge fällt weiter, dass das Zentrum in der Regel in kleineren Orten auf große Zustimmung stieß, während in den Städten – selbst in Lingen – die CDU erfolgreich war.

Aus diesen ersten Beobachtungen ergeben sich Fragen, denen in der Arbeit nachgegangen werden soll. Mit Blick auf das Seminarthema kann aus den Wahlergebnissen die zentrale Untersuchungsfrage abgeleitet werden.

³⁰ KRA EL Dep. Lin 21.

³¹ Unter dieser Rubrik verbergen sich vorwiegend die Zentrumswähler.

³² Meemken: Wege aus dem Chaos, S.201.

³³ Meemken: Wege aus dem Chaos, S.201.

³⁴ Niedersächsischer Kurier vom 30.11.1948.

³⁵ Schüpp: Kreisbeschreibung, S.516.

³⁶ KRA Emsland Rep 455 MEP, Nr.427.

- *Kann der ausgeprägte Konflikt zwischen den beiden christlichen Parteien als ein Indiz für die „innere Demokratisierung“ in der Region und für die Einübung demokratischer Verhaltensweisen gedeutet werden?*

Daraus ergeben sich folgende Unterfragen:

- *Weshalb blieben Teil der vormaligen Zentrumswähler und -anhänger der traditionellen Partei treu, weshalb wandte sich ein anderer rasch der neu gegründeten CDU zu?*
- *Gibt es Erklärungen für die unterschiedlichen Entscheidungen, die in der Biografie der Politiker– ihrer sozialen Stellung, ihrem Beruf oder ihrer Nähe bzw. der Distanz zur NSDAP - zu finden sind?*
- *Lassen sich aus der sozialen Struktur der Wahlkreise - Stadt, Dorf - Rückschlüsse auf die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler sowie der Politiker ziehen?*
- *Nahmen politischen Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene erkennbar Einfluss auf das Wählerverhalten?*

III Historische Hintergründe

III. 1. Vorgeschichte: Die Struktur des Emslandes in wirtschaftlicher, konfessioneller und politischer Hinsicht und die Veränderungen nach 1945

Das Untersuchungsgebiet ist das heutige Emsland, das 1977 aus den ehemaligen Landkreisen Lingen, Meppen und Aschendorf-Hümmling gebildet wurde. Es erstreckt sich entlang der Ems und grenzt im Westen an die Niederlande. Der Landstrich war dünn besiedelt. Wegen der ausgedehnten Mooregebiete und der kargen Böden konnten in der als Wirtschaftsform dominierenden Landwirtschaft die Menschen nur mühsam ihr Dasein fristen. So mussten noch 1950 52,2 Prozent³⁷ der Erwerbspersonen in diesem Sektor ihren Lebensunterhalt verdienen. Industriebetriebe gab es nur in den Kreisstädten, Handwerk und Handel nur in größeren Orten. Deshalb konnte der durch den Geburtenüberschuss entstandene Bedarf an Arbeitsplätzen nicht befriedigt werden, viele junge Männer suchten daher im Ruhrgebiet eine Arbeitsstelle. Hinzu kam, dass die Region infrastrukturell wenig erschlossen war, was zum Beispiel dazu führte, dass talentierte junge Menschen aus den abgelegenen Dörfern oft keine weiterführenden Schulen besuchen konnten, es sei denn, sie waren bereit, in ein Internat einzutreten. Aus diesen Gründen war die in anderen Landesteilen festzustellende Modernisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort nicht zu beobachten. Manche Autoren sprechen daher von Rückständigkeit des Emslandes, wenngleich diese Kennzeichnung zu relativieren

³⁷ Wilbers-Nötzel: Eingliederung, S. 38.

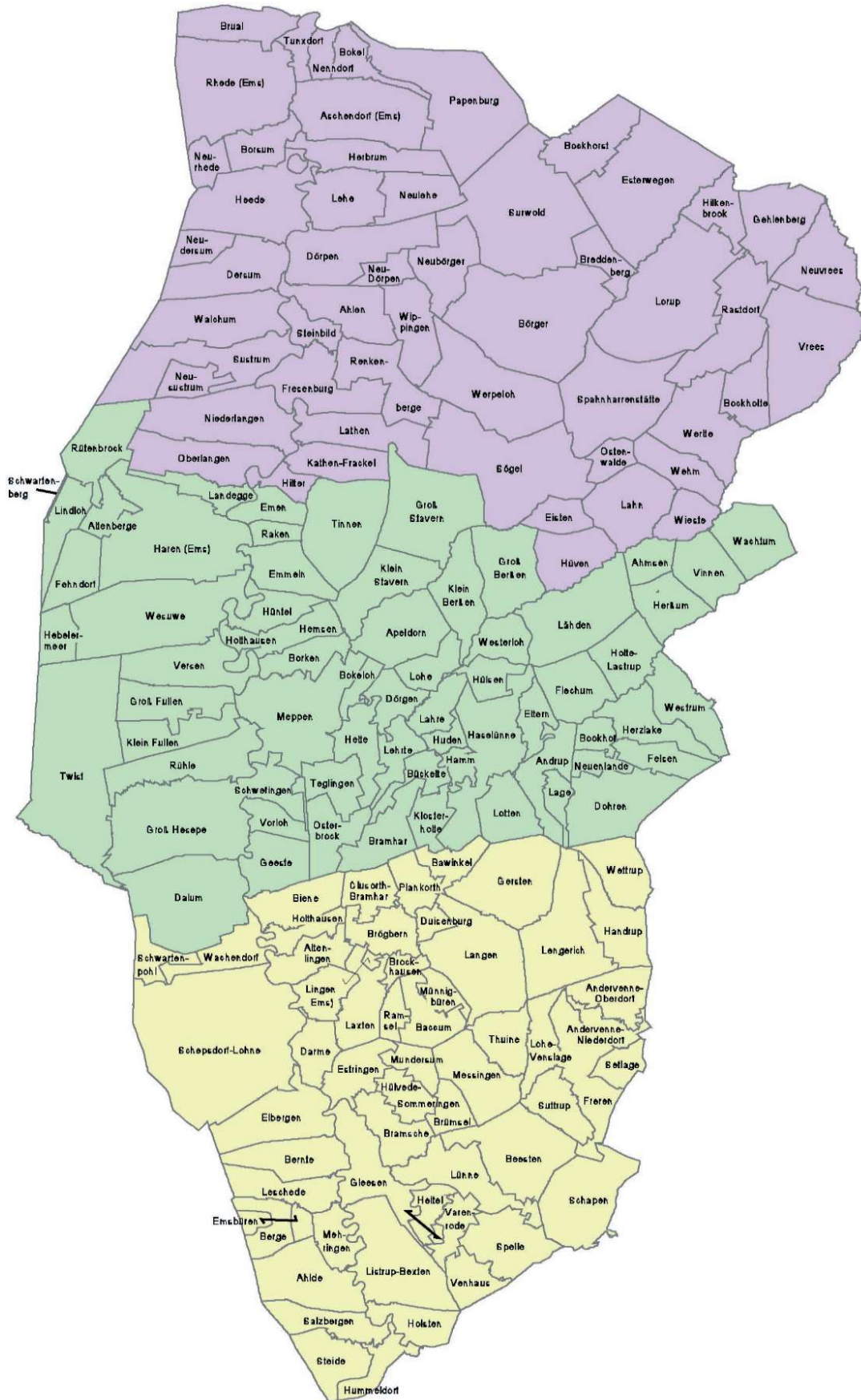
ist.³⁸ Gerd Steinwascher verweist darauf, dass die naturräumlichen Gegebenheiten – Meppen und Lingen waren durch die Moore faktisch eingeschnürt – dazu führten, dass seit der frühen Neuzeit nur eine dünne Besiedlung möglich war. Überdies verstärkten die konfessionellen Verhältnisse die Grenzlage. Die reformierten Niederlande im Westen und das protestantische Preußen zeigten wenig Interesse, den katholischen Landstrich systematisch zu entwickeln. Man sollte daher nur mit Vorsicht von Rückständigkeit sprechen, weil andere Gebiete unter anderen Voraussetzungen agierten und eine Vergleichbarkeit der Entwicklung nicht gegeben war.

Zur besseren Orientierung dient die beigegefügte Karte, die den heutigen Kreis Emsland abbildet, wobei die Altkreise Aschendorf-Hümmling, Meppen und Lingen farblich abgesetzt sind. Die zahlreichen kleinen Dörfer und Bauernschaften verdeutlichen, dass eine normale wirtschaftliche Entwicklung aus Mangel an übergeordneten politischen Strukturen und handlungskräftigen Verwaltungseinheiten erschwert wurde. Das Dokument stellt die Verhältnisse um 1932 dar, die aber bis in die 50er Jahre nicht grundlegend verändert wurden.³⁹

³⁸ Steinwascher, Gerd: Die Entwicklung eines „Armenhauses“ – Höhen und Tiefen der Emslanderschließung von der Weimarer Republik bis zum Emslandplan, In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte Band 77 (2005), S.88-107.

³⁹ Kreisbeschreibung, Karte des Untersuchungsgebiets 1932, S.368.

Das Zentrum im Emsland



Der Landstrich war in der Weimarer Republik ein fast geschlossen katholisches Gebiet, in dem die Katholiken 92,8 Prozent der Bevölkerung ausmachten, im Kreis Aschendorf sogar 98 Prozent. Lediglich im Kreis Lingen bekannten sich 17 Prozent zur protestantischen Kirche.⁴⁰ Diese Fakten spiegelten sich in den Wahlergebnissen, in denen das Zentrum bis zu den Märzwahlen 1933 im Schnitt stets fast 70 Prozent der Stimmen erreichte, in kleineren Orten lagen die Ergebnisse noch deutlich höher. Basis für die Erfolge war das dichte katholische Milieu, das sich bereits im Kaiserreich herausgebildet hatte und nach dem I. Weltkrieg nochmals intensiviert wurde.⁴¹ Dabei spielte in beiden Zeitabschnitten der Mitbegründer des Zentrums und erfolgreiche Parlamentarier Ludwig Windthorst eine bedeutende Rolle. Bis zu seinem Tod am 14.3.1891 zog er die Fäden, obwohl er nicht allzu oft in seinen Wahlkreisen präsent war. In der Weimarer Republik beriefen die Wahlkämpfer sich in ihren Kampagnen stets auf den stärksten Gegenspieler Bismarcks. Zeitungsschlagzeilen wie „Windthorsts Geist erwache“⁴² belegen dies, ebenso die Wahlreden - häufig abgedruckt im zentrumsnahen Katholischen Volksboten -, in denen sich die Wahlkämpfer auf ihre Galionsfigur beriefen. Vom 11.3.-16.3.1931 fand gar eine Gedächtnistagung in Meppen statt, auf der die Ideale Windthorsts für den gegenwärtigen Kampf beschworen wurden. Dann würde der Spuk des Hakenkreuzes und des Sowjetsterns verschwinden.⁴³ Insbesondere der Jugend habe Windthorst viel zu sagen, betonten etliche Redner.

Exkurs: katholisches Milieu

Die Gesellschaft des Emslands war gekennzeichnet durch ein dichtes katholisches Milieu. Der Soziologe Rainer Lepsius definierte Milieus als „soziale Einheiten, die durch mehrere Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung....“ gekennzeichnet sind.⁴⁴ Spezifisch für das Milieu ist eine Subkultur mit gemeinsamen Wertvorstellungen, Gefühlen und Verhaltensweisen und eine Substruktur, d.h. mit sozialen Beziehungen in Organisationen. Den Milieukern bildete die Pfarrei, der Pfarrer übernahm die Rolle des Milieumanagers, der – häufig als Vorsitzender – das katholische Vereinsleben gestaltete und prägte. Im Katholischen Gesellenverein, dem Kolping, übte er in der Regel die Funktion des Kolpingvaters aus. Aus der Gruppe der Messdiener, die durch den Dienst am Altar eine besondere Beziehung zur Kirche pflegten, rekrutierten sich zumeist die Mitglieder des Jungmännerbundes. Die Mädchen trafen sich in der Jungfrauenkongregation und im Marienverein, in den Dörfern in der Regel die einzige Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen. Ferner organisierten sich die Arbeiter im Katholischen Arbeiterverein, die Geschäftsleute im Katholischen Kaufmännischen Verein. Die Gymnasiasten taten sich im Bund Neudeutschland

⁴⁰ Wilbers-Nötzel: Eingliederung, S.40.

⁴¹ Zumholz, Anna-Maria: Das Emsland - ein antisemitisches katholisches Regionalmilieu?, in: EG Bd.12, Haselünne 2005, S.72- 132.

⁴² KVB vom 13.3.1931.

⁴³ KVB vom 16.3.1931.

⁴⁴ Zumholz: Milieu, S.76.

zusammen. Einen gemeinsamen Anlaufpunkt für die Mitglieder der eben aufgeführten Vereine bildeten die Sportvereine, die im Emsland zum Großteil der Deutschen Jugendkraft (DJK) als Dachorganisation angehörten.⁴⁵ Im April 1921 in Papenburg gegründet, breiteten sich die DJK-Vereine rasch aus, da als Vorsitzender zumeist der örtliche Pfarrer fungierte. Dieser konnte über den Kreis der sportlich Interessierten hinaus weitere Gemeindemitglieder zum Eintritt bewegen; unabdingbare Voraussetzung war allerdings eine aktive Teilnahme am religiösen Leben, was Nichtkatholiken per se ausschloss.

Welche Bedeutung das Zentrum auf Reichsebene für die Weimarer Republik besaß, zeigen allein folgende Fakten. Die Partei des politischen Katholizismus war an allen Reichsregierungen bis 1932 beteiligt und stellte mit Konstantin Fehrenbach, Josef Wirth, Wilhelm Marx, Heinrich Brüning sowie - dem später parteilosen - Franz von Papen fünf Politiker als Reichskanzler, deren politische Bandbreite vom linksliberalen Wirth bis zum betont nationalkonservativen Papen reichte. Dies ist umso verwunderlicher, als die Politiker in den Wahlkämpfen zunächst nur auf einen Wahlverein zurückgreifen konnten. Das Zentrum, das im Kaiserreich und zu Beginn der Republik keine Organisationsstrukturen wie die heutigen Parteien aufwies, musste und konnte sich in den Wahlkämpfen auf die zahlreichen Vereine und Verbände stützen, was bis 1918 auf dem Hintergrund des bestehenden Mehrheitswahlrechts ausreichte, um Wahlerfolge einzufahren. Nach der Revolution 1918 erforderte nicht zuletzt die Einführung des Verhältniswahlrechts, durch das die bisher unter den Tisch gefallenen Voten kleineren Parteien zugutekamen, eine Neuorganisation der katholischen Partei. Weiterhin mussten die durch die Einführung des Frauenwahlrechts und die Senkung des Wahlalters neuen Wählergruppierungen betreut und eingebunden werden. Überdies galt es - und hier entdeckten vor allem die Frauen ihr politisches Betätigungsfeld - die Vorhaben des preußischen Kultusministers Hoffmann zu stoppen. Der USPD-Mann suchte die Rolle der Kirche im Schulwesen zu beschneiden, weshalb aus Sicht der Zentrumsanhänger zur Abwehr dieses Vorhabens eine schlagkräftigere Organisation geschaffen werden musste. Die bisherigen Honoratiorenkomitees, die zuvor bei der Kandidatenkür und der politischen Ausrichtung der Partei das Sagen gehabt hatten, reichten auf dem Hintergrund der tiefgreifenden Veränderungen nicht mehr aus. Durch die Gründung von Ortsvereinen und die Einführung von Mitgliederlisten und -beiträgen versuchte die Parteiführung eine Modernisierung, die den Erfordernissen der neuen Verhältnisse gerecht zu werden versprach. Auf die Unterstützung der Presse konnte sich die Partei im Emsland dabei verlassen, gab es doch allein sieben zentrumsnahe Zeitungen, die auf dem Markt fast konkurrenzlos waren. Lediglich mit dem „Lingener Volksblatt“ gab es ein protestantisches nationales Volksblatt, das in seiner Wirkung weitgehend auf die Kreisstadt beschränkt blieb.

Wie festgefügt die Milieustruktur war, zeigt die parteipolitische Zusammensetzung der führenden Amtsinhaber. Sämtliche Bürgermeister in den emsländischen Städten gehörten bis

⁴⁵ Remling, Ludwig: „Die Deutsche Jugendkraft“ im Emsland – ein Beitrag zum Vereinssport der zwanziger und dreißiger Jahre. In: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes. Band 42, Sögel 1996, S.9-31.

1933 dem Zentrum an und wurden nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten samt und sonders von NSDAP-Aktivisten abgesetzt. Durch gezielte Diffamierungen, die sich in der Folge als haltlos erwiesen, verloren die Zentrumspolitiker in Meppen, Lingen, Haselünne, Papenburg und Aschendorf ihr Amt. Der herzkrank Lingener Bürgermeister Hermann Gilles⁴⁶ wurde vom NSDAP - Ortsgruppenführer Erich Plesse derart massiv angegriffen, dass er Lingen verließ und 1935 verstarb. Auch der Meppener Amtsträger Dr. Heinrich Lesker zog es nach haltlosen Angriffen vor, seine Stadt zu verlassen, ebenso wie der Haselünner Clemens Rau. Der beurlaubte Papenburger Bürgermeister Josef Jäger wurde, weil ihm keine Unregelmäßigkeiten nachgewiesen werden konnten, gezwungen, seine Pensionierung selbst einzureichen. Lediglich der Aschendorfer Heribert Schulte-Eissing wurde legal abgewählt, aber von seinem langjährigen Rivalen und Nachfolger Johann Bösing in der Folge mit üblen Verleumdungen überzogen, was zur völligen Entmachtung des zuvor mächtigen Multifunktionärs führte. Von den Zentrumsbürgermeistern, sofern sie überlebt haben, ist niemand nach dem Weltkrieg wieder im Emsland aktiv geworden.

Eine schillernde, sich stets neuen politischen Verhältnissen flexibel anpassende Persönlichkeit war hingegen der Meppener Bürgermeister Dr. Hans Kraneburg. Er war als Zentrumsmitglied am Ende der Weimarer Republik im „Volkverein für das Katholische Deutschland“ tätig und wurde am 2. Februar 1934 Bürgermeister in Meppen als Nachfolger von Dr. Heinrich Lesker.⁴⁷ Kraneburg – zwischenzeitlich in die NSDAP eingetreten - konnte nach 1945 zunächst als Bürgermeister und in der Folge als Stadtdirektor seine Tätigkeit in hervorgehobener Position in der Kleinstadt fortsetzen.⁴⁸

Jüngere, die im Zentrum oder im Windthorstbund aktiv gewesen waren, setzten nach 1945 ihre Karriere fort. Dazu gehörte der letzte emsländische Zentrumsvorsitzende vor der Auflösung im Juni 1933, der aus dem Lingener Raum stammende Clemens Hesemann (1897-1981). Der Landwirt, seit 1925 im „Emsländischen Bauernverein“ aktiv, trat die Nachfolge des im März 1933 aus dem Schuldienst entlassenen Vorgängers Gerhard Schwenne (1889 – 1947) an.⁴⁹ Nach dem Krieg engagierte sich der Bauernfunktionär sofort wieder in berufsständischen Verbänden. Zunächst für das Zentrum, dann ab 1951 für die CDU agierte er politisch auf unterschiedlichen Ebenen. So übte er das Amt des Lingener Landrats von 1946 bis 1950, dann erneut von 1955 bis 1957 aus. Von 1951 bis 1955 vertrat er das Emsland im Landtag von Hannover. Von 1957 bis 1960 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

⁴⁶ Lensing, Helmut: Art. Hermann Gillies, in: EG Bd.8, Haselünne 2006, S.196-199.

⁴⁷ Kleene, Heinz: Art. Heinrich Lesker, Zentrum, Bürgermeister, in: EG Bd.22, Haselünne 2015, S.233-243.

⁴⁸ Kleene, Heinz: Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in einer Kleinstadt. Das Beispiel des Bürgermeisters und späteren Stadtdirektors Dr. Hans Kraneburg aus Meppen 2017 Uni Münster https://repositorium.uni-muenster.de/document/miami/525f2409-ed14-4d96-b691-c74c2295d858/helden_aussenseiter_11_hans_kraneburg.pdf Letzter Zugriff: 17.8.2021.

⁴⁹ Lensing, Helmut: Art. Gerhard Schwenne. Katholischer Priester und Zentrumsführer, in: EG Bd.7, S.249-254.

Auch Aktivisten der Jugendorganisation des Zentrums nahmen ihre politischen Aktivitäten nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf. Im „Windthorstbund“ hatten sich zu Beginn der 30er Jahre junge Männer gegen die Nationalsozialisten vor Ort engagiert; etliche gelangten nach dem Krieg in politische Ämter. Da die Liste der vormaligen Zentrumspolitiker aus den angeführten Gründen knapp ist, enthält die des Windthorstbundes eine Reihe von Namen, die in der Nachkriegszeit politisch erfolgreich agierten. Die Geschichte der Jugendorganisation begann 1895 in Essen, rasch folgten weitere Gründungen im Rheinland. Als Ziele galten die Bekämpfung der „um sich greifenden religiösen und politischen Gleichgültigkeit und Vorbildung für das politische Leben im Sinne des Zentrums“.⁵⁰ So riefen am 14. September 1929 in Meppen junge Männer, die sich dem aufkommenden Nationalsozialismus entgegenstellen wollten, eine Ortsgruppe für den Parteinachwuchs ins Leben. Dazu zählten Hermann Friese⁵¹, der spätere Bundestagsabgeordnete, als zentrale Figur Anton Veltrup⁵², der den Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) im Emsland zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufbaute, Ernst Moor- mann, später auch der Schlesier Dr. Walter Kallabis.⁵³

Bereits als Jurastudent in Breslau war er im Windthorstbund aktiv geworden. Nach bestandem Zweitem Staatsexamen trat er im Juni 1929 seinen Dienst als Regierungsassessor am Landratsamt in Meppen an. Bereits im März des folgenden Jahres übernahm er die Vertretung des Lingener Landrats Pantenburg.⁵⁴ In der Kreisstadt knüpfte er über eine Schulungstätigkeit im Windthorstbund Kontakte mit den Zentrumspolitikern Clemens Hesemann, Heinrich Kuhr (1892-1971)⁵⁵ und Gerhard Schwenne (1889-1947) sowie dem Schulrat Heinrich Meyer (1880-1949). Die zu Anfang der 30er Jahre geschlossenen Bekannt- bzw. Freundschaften sollten nach dem Zweiten Weltkrieg von enormer Wichtigkeit für die Karrieren der jungen Männer werden. Zu diesem Kreis gehörte auch der Lehrer Johannes Struck (1889-1965), der 1929 den Bund mit Hilfe vom Generalsekretär der Jugendorganisation des Zentrums im Bezirk Osnabrück, Heinrich Wellenbrock, reaktivierte. Wellenbrock⁵⁶ stammte aus Sögel im Emsland und trat nach 1945 politisch nicht mehr in Erscheinung, sondern konzentrierte sich auf seine berufliche Tätigkeit als Schulrat in seinem Heimatort.

Auf Grund der agrarischen Rahmenbedingungen verwundert es nicht, dass Vertreter der Landwirtschaft auch nach 1945 in der kommunalen Politik eine Vorreiterrolle innehatten. In den Gemeinderäten und Kreistagen dominierten in der Regel die Bauern. So verpassten sie

⁵⁰ Kleene, Heinz: Gegen Hakenkreuz und Sowjetstern. Über den Windthorstbund im Emsland 1895-1933, in: Jahrbuch des EHB. Band 54, Sögel 2008, S.49-68.

⁵¹ Kleene, Heinz: Art.Hermann Friese. Malermeister und Bundestagsabgeordneter. In: EG d.13, S.360-368

⁵² Kleene, Heinz: Art.Anton Veltrup. Jugendführer und Unternehmer, in: EG Bd.9, S. 265-270.

⁵³ Michael Hirschfeld: Art. Dr. Walter Kallabis, in: EG Bd.7, S.173-179.

⁵⁴ Lensing, Helmut: Art. Dr.Peter Pantenburg. Landrat und Mitglied im Provinziallandtag, in: EG Bd.13, S.391-398.

⁵⁵ Lensing, Helmut: Art.Heinrich Kuhr. Heuerleuteführer, Mitglied des Landtags, in.EG Bd.6, S.239-245.

⁵⁶ Albers, Hans-Joachim; Kleene, Heinz; Lensing, Helmut: Heinrich Wellenbrock. Jugendführer, Politiker, Pädagoge, in: EG Bd.14, S.353-368.

1945 im 1. Meppener Kreistag mit 13 von 30 Sitzen nur knapp die absolute Mehrheit.⁵⁷ Auch im Kreis Lingen kamen die führenden Politiker aus der Landwirtschaft. Als Beispiel sei hier der bereits erwähnte Großbauer Clemens Hesemann angeführt. Hesemann übernahm in seinem Heimatdorf Handrup 1945 das Amt des Bürgermeisters und startete in der Folge eine beeindruckende politische Karriere, die ihn über das Amt des Landrats und ein Landtagsmandat schließlich in den Bundestag führte. Parallel engagierte er sich als Vorsitzender im Kreisbauernbund für seinen Berufsstand. Von 1947 bis 1969 stand er dem Emsländischen Landvolk vor. Diese langjährige Verbandstätigkeit sicherte ihm in seinem Berufsstand, aber auch in der gesamten Bevölkerung hohes Ansehen und breite Anerkennung.

Während Hesemann primär die Interessen der selbständigen Bauern vertrat, setzte sich sein Parteikollege Heinrich Kuhr für die Heuerleute und Kleinbauern ein. Der älteste Sohn einer kinderreichen Heuermannsfamilie war bereits in der Weimarer Republik im Verein christlicher Heuerleute (VCH) aktiv geworden und hatte sich als Vorsitzender bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten 1933 für die Interessen der ländlichen Unterschichten eingesetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg beriefen ihn die Briten in den 1. Lingener Kreistag, dem er schon als Zentrumsabgeordneter von 1921 bis 1933 angehört hatte. Wenig später schloss er sich der CDU an, zu deren Mitbegründern im Kreis Lingen er zählte. Seine Mitbürger wählten ihn von 1945 bis 1948 sowie von 1954 bis 1964 in das Kreisparlament. Zudem vertrat er von 1955 bis 1959 seinen Wahlkreis im Niedersächsischen Landtag.

Die Emsländer griffen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die vor 1933 praktizierten und durch die Nationalsozialisten verbotenen Riten und Gebräuche wieder auf. Die Vorgaben der katholischen Kirche prägten das Leben der Menschen in diesem Landstrich. Bei anstehenden Wahlen gab der Pfarrer seinen Schäflein in der Sonntagspredigt deutlich zu verstehen, für welche Partei sie zu votieren hatten. Auch ins Privatleben der Gläubigen griff die geistliche Obrigkeit ein; sie vermittelte jungen Leuten, die eine Ehe schließen wollten, dass der Partner doch der eigenen Konfession anzugehören habe, um die katholische Erziehung der Kinder zu gewährleisten. Der Pfarrer verkörperte die Autorität, er gehörte mit dem Bürgermeister und dem Lehrer der dörflichen Elite an und konnte so entsprechend Einfluss ausüben. Die Jungen hatten Messdiener zu werden und wurden so schon früh ins Gemeindeleben eingebunden. Die Mädchen, denen der Dienst am Altar nicht gestattet war, durften an hohen kirchlichen Festtagen und etwa bei der traditionellen Fronleichnamsprozession für den Blumenschmuck sorgen. So wurde ihnen schon früh eine feste und untergeordnete Rolle in der Kirche zugeschrieben, die über Jahrzehnte andauerte und im Grunde bis heute fortwirkt. Die Mitglieder der traditionellen Vereine, die ab Mitte 1933 zum Teil verboten oder in ihren Aktivitäten ein-

⁵⁷ KRA EL Rep Mep, Nr.254.

geschränkt worden waren, ergriffen schon bald nach Kriegsende wieder die Initiative. Im Emsland kannten sich viele Mitglieder der katholischen Organisationen über ihre sportliche Betätigung in Sportvereinen, die unter der Bezeichnung Deutsche Jugendkraft (DJK) firmierten.⁵⁸

Durch die Geschlossenheit des Milieus und die Abschottung gegenüber allen Fremden entstanden Probleme bei der Eingliederung evangelischer Flüchtlinge.⁵⁹ Noch vor dem Ende des Krieges waren Menschen aus Ostpreußen und Pommern ins Emsland geflohen, die auf Grund ihrer noch relativ geringen Anzahl – am 19. März 1945 kamen 2.000, am 21. März 1945 etwa 1.000 in Lingen an - noch gut und problemlos untergebracht werden konnten.⁶⁰ Im Herbst 1946 verschärfte sich die Lage. Im Oktober wurden für den Kreis Aschendorf 7.594, für den Kreis Lingen 11.056 und für Meppen 6.724 Heimatvertriebene registriert. Im Durchschnitt lag der Prozentsatz der Neubürger unter 10 Prozent, was von den Einheimischen zu verkraften war. Im Osten Niedersachsens lagen die Flüchtlingszahlen erheblich höher, wohl weil die Menschen direkt nach dem Krieg hofften, alsbald in ihre Heimat zurückkehren zu können. Zu Spannungen führte die ungleiche Verteilung auf die einzelnen Orte, die gelegentlich als ungerecht empfunden wurde. So verzeichnete das Dorf Dalum 1950 einen Flüchtlingsanteil von 40 Prozent, was darauf zurückzuführen war, dass durch die sich entwickelnde Erdölindustrie gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Andererseits führte die Integration der Flüchtlinge, wo sie gelang, auch zu einer Aufweichung des geschlossenen Milieus.⁶¹ Vielfach trugen die Neuankömmlinge, die in der Regel alles verloren hatten und bei Null anfangen mussten, durch ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit dazu bei, dass die Region, die über lange Zeit als „Armenhaus der Nation“⁶² galt, langsam den Anschluss an die Lebensbedingungen der übrigen Deutschen gewann. Da die Region – wie beschrieben - agrarisch strukturiert war und nur wenige Industriearbeitsplätze aufwies, ergriffen etliche Flüchtlinge die Initiative und machten sich im industriellen Bereich selbständig. So etwa der Unternehmer Johann Alexander Wisniewsky (* 23. Mai 1929 in Langenbielau; † 3. Februar 2012 in Lingen, Ems), der 1946 als Heimatvertriebener aus Niederschlesien ins Emsland kam. Er gründete 1958 die Drogerie „Zum Goldenen Becher“, in der er in der eigenen Dunkelkammer Kundenfilme und Bilder entwickelte, danach baute er das industrielle Fotogroßlabor „colibri“ auf, das in den 1980er Jahren eines der führenden Unternehmen in dieser Branche war.⁶³ Zu Spitzenzeiten beschäftigte das Unternehmen über 600 Mitarbeiter*innen und erwirtschaftete einen Umsatz von 55 Millionen DM. Wisniewski erkannte mit dem Aufkommen der Digitalfotografie die Zeichen der Zeit und verkaufte sein Unternehmen. Den Emsländern

⁵⁸ Remling, Ludwig: Die „deutsche Jugendkraft“ im Emsland, ein Beitrag zum Vereinssport in den zwanziger und dreißiger Jahren. In: Jahrbuch des Ehb. 42 (1996), S.9-31.

⁵⁹ Der Begriff steht für Flüchtlinge und Vertriebene.

⁶⁰ Wilbers-Noetzel: Eingliederung, S.51.

⁶¹ Hirschfeld, Michael: „Die Entlassung hat große Bestürzung hervorgerufen“. Der Lingener Oberkeisdirektor Dr. Walter Kallabis wurde 1947 ein Opfer der Entnazifizierung in: Jahrbuch des EHB Bd.45, Sögel 1999, S.344-351.

⁶² Steinwascher: Armenhaus, S.88-107.

⁶³ Lingener Tagespost vom 9.2.2012.

in Erinnerung geblieben ist er durch die nach ihm benannte Stiftung, die sich der Förderung der musisch-kulturellen Bildung, der Erforschung der neueren emsländischen Geschichte und der Unterstützung des Hospiz-Gedankens im Emsland verschrieben hat. Der Niederschlesier wollte so der Region, die ihm die Chance zum beruflichen Erfolg geboten hatte, etwas zurückgeben. Flüchtlinge wurden also auch im Emsland rasch zu „Motoren der Modernisierung“.⁶⁴ Die zumeist hochgebildeten und qualifizierten Neubürger zeigten sich flexibel und anpassungsfähig. Sie wurden bald zu einem Gewinn für die heimische Wirtschaft und trugen nicht unerheblich zu ihrem Aufbau bei.

Hunger zu leiden hatten die Menschen vor Ort auch direkt nach dem Ende des Krieges nicht. Auf Grund der landwirtschaftlichen Struktur konnten die Emsländer sich selbst ausreichend versorgen. So berichtete der Meppener Landrat Friedrich Ermert auf einer Versammlung der Bürgermeister am 14. April 1945, dass die Ernährungslage des Kreises gut sei. Der Kreis sei Selbsterzeuger in Kartoffeln, Getreide, Fleisch etc. mit Überschüssen.⁶⁵

Anders sah die Lage etwa im Ruhrgebiet aus, was dazu führte, dass viele Städter zu den sogenannten „Hamsterfahrten“ ins Emsland aufbrachen, um sich im Tausch von Schmuck und anderen Wertgegenständen mit Lebensmitteln einzudecken. Mancher Bauer wusste die Gelegenheit für sich auszunutzen und gelangte so etwa in den Besitz einer kostbaren Uhr und anderer Wertgegenstände. Während die Grundversorgung in der Region gesichert war, hatten die Einwohner von Städten und größeren Orten in der direkten Nachkriegszeit mit dem Problem der Wohnungsnot zu kämpfen. Dies war nicht primär auf die Zerstörungen durch das Kriegsgeschehen zurückzuführen, die sich in der Region im Vergleich zu Großstädten wie Hamburg etwa in Grenzen hielten. Ursache war vielmehr die Beschlagnahme von Häusern durch die Besatzungsmacht. In Meppen wurde das Hauptquartier des 1. Panzerregiments stationiert, in der Neustadt viele Offiziere, Unteroffiziere und Stabstruppen und in der Folge auch deren Familienangehörige einquartiert.⁶⁶ Hinzu kam, dass über tausend Displaced Persons (DP.s) untergebracht werden mussten. Sie fanden im sogenannten Barackenlager Meppen-Rose, einem ehemaligen Zwangsarbeiterlager eine behelfsmäßige Unterkunft. Medizinisch versorgt wurden die Menschen im örtlichen Maristenkloster, das nach der Vertreibung der Patres leer stand und in ein Krankenhaus unter polnischer Leitung umfunktioniert wurde. Insgesamt verlief das Zusammenleben von Displaced Persons und den Einheimischen relativ konfliktfrei, wohl auch, weil diese vorwiegend mit der Bewältigung der Alltagsprobleme beschäftigt waren.

⁶⁴ Harald Jähner: *Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945 – 1955*, Berlin 2019, S.103f. Jähner führt als Beispiele Bayern und Baden-Württemberg an. Vergleichbare Tendenzen sind in der Untersuchungsregion festzustellen.

⁶⁵ Rydel:Polen, S.194.

⁶⁶ Rydel:Polen, S.82

III. 2 Die Rolle der Britischen Militärregierung beim Aufbau demokratischer Strukturen

Früher als im Reich war die NS-Diktatur im Emsland beendet. Nachdem am 26. März 1945 in Lingen die letzte Ratssitzung unter der Leitung von Bürgermeister Georg von Brelie stattgefunden und zwei Tage später der Landrat Wege die letzte Bürgermeisterversammlung durchgeführt hatte, setzten sich die führenden Leute aus Politik und Verwaltung ab. Sie versuchten zuvor noch Akten zu beseitigen, wie etwa der Ortsgruppenführer Dammann und Kreisleiter Walter Brummerloh, was nicht immer gelang. Am 6. April 1945 begann die britische Militärregierung mit Major Glassford damit, das durch die Flucht der bisherigen Amtsinhaber entstandene Machtvakuum zu füllen und die Ordnung wiederherzustellen. Als erstes verhängte der Major eine Ausgangssperre. Die Probleme veranschaulichte ein Eintrag in den britischen Kriegstagebüchern recht plastisch.

„Bürgermeister, Polizeichef und alle führenden Mitglieder der Stadtverwaltung geflohen. Kein Wasser. Kein Gas. Kein Strom. Sofortiges Handeln ist nötig, um der (deutschen) Bevölkerung klarzumachen, daß wir nunmehr die oberste Gewalt innehaben.“

67

Die Alliierten legten – wie auch an anderen Orten – eine festgelegte Vorgehensweise an den Tag, indem sie in Ermangelung des geflohenen Fachpersonals nach Verwaltungsmitarbeitern aus der zweiten Reihe Ausschau hielten. So setzten sie den städtischen Angestellten und vormaligen Ortsleiter der NS-Winterhilfe Hermann Faust als Headman von Lingen ein. Bereits einen Tag später folgte ihm Stadtkämmerer Franz Kalbhen, der für die anstehenden Aufgaben geeigneter zu sein schien. Wiederum wenig später, am 10. April 1945, vertrauten die Alliierten dem ehemaligen Zentrums-Ratsmitglied Clemens Brackmann das Bürgermeisteramt an. Der Kaufmann war von einem kleinen Kreis einflussreicher Bürger der Militärregierung vorgeschlagen worden. Brackmann erfüllte offensichtlich das zweite Kriterium – keine enge Zusammenarbeit mit dem Nazi-Regime - besser als seine Vorgänger. In der Anfangszeit legten die Briten das Hauptaugenmerk auf die Verwaltungserfahrung.

Die Kompetenzen der deutschen Mitarbeiter waren eng beschränkt, hatten sie doch den Anweisungen der Briten zu folgen und deren Vorgaben umzusetzen. Diese operierten nach dem Prinzip der „indirectrule“. Zunächst ging es primär um die Beseitigung der Kriegsschäden, die Beschaffung von Wohnraum für die Besatzungsmacht und die Unterbringung der „Displaced Persons“. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass von einer umfassenden und gründlichen Entnazifizierung zunächst nicht die Rede sein konnte. Die Lösung der Alltagsprobleme stand zunächst im Vordergrund. Immerhin wurden sämtliche NSDAP-Bürgermeister im

⁵⁹ 802 MilGovDet. War diary. April 1945. Zitiert nach Schulze: Besatzung, S.105, Anmerk. 4. In: Remling, 1945.

Kreis Lingen vom Landrat Emanuel von Galen im Frühjahr 1945 entlassen.⁶⁸ Theo Mönch-Tegeder schreibt: „In zehn Gemeinden des Kreises Lingen führte die Wahl zu erheblichen Komplikationen, weil die Räte darauf bestanden, Männer als Bürgermeister zu berufen, welche die Militärverwaltung wegen ihrer Nazi-Belastung ablehnte.“⁶⁹

Die Briten achteten bei der Einberufung des Lingener Stadtrats im August 1945 auf das politische Engagement vor 1933. Der Bürgermeister hatte der Militärregierung eine Liste von möglichen Kandidaten vorzuschlagen, die von den Briten auf ihre politische Einstellung überprüft wurden. Eine Mitgliedschaft im rechtsnationalen und demokratiefeindlichen Stahlhelm war beispielsweise ein Ausschlusskriterium. Dem wenige Personen zählenden Stadtrat gehörten folgende Männer an, die nicht in Verdacht standen, die Nationalsozialisten unterstützt zu haben: Der Arbeiter August Krone (KPD-Ratsherr von 1924 bis 1933), der Maurer Julius Landzettel (DHP von 1919 bis 1924), der Schulrat Heinrich Meyer (Zentrum von 1929 bis 1933) und der Eisenbahner Wilhelm Vollmer. Später ergänzte der ehemalige SPD-Ratsherr Wilhelm Engelke dieses Gremium.

Zur gleichen Zeit setzten die Briten auch einen zunächst vorläufigen Kreisausschuss ein, dem folgende Personen angehörten: der Steuerinspektor Heinrich Driemann, die Landwirte Clemens Hesemann (Handrup) und Heinrich Kuhr (Biene) und Klünger (Listrup).⁷⁰ In der zweiten Sitzung des Kreistags am 25. Januar 1946 wählten die Abgeordneten den protestantischen Tierarzt Dr. Christoph Pante zum stellvertretenden Landrat, wohl auf Initiative der CDU, um ihre konfessionelle Öffnung zu demonstrieren.⁷¹ Der oben bereits erwähnte Kallabis wurde als Oberkreisdirektor eingesetzt.

Einfluss nahmen die Briten auch bei der Besetzung der Entnazifizierungsausschüsse, von den insgesamt 20 Mitgliedern bestimmten sie acht. Dazu kamen die Unterausschüsse für die Berufsgruppen.⁷² Diese Maßnahme der Briten erklärt sich auch dadurch, dass sechs Kreistagsmitglieder der NSDAP, 13 dem rechten Kyffhäuserbund angehört hatten.⁷³

Dass die Briten auch in der Stadt Meppen bei der Besetzung der Verwaltung das Hauptaugenmerk auf Fachkompetenz legten, lässt sich besonders am Beispiel des sich seit 1934 im Amt befindlichen Bürgermeisters Dr. Hans Kraneburg belegen. Nur so kann schlüssig erklärt werden, dass der oben erwähnte Kraneburg zunächst seine Position behalten durfte.⁷⁴ In der von

⁶⁸ KreisA EMS, Dep. 455 Lin 24.

⁶⁹ Mönch-Tegeder, Theo: Ein Lehrstück für Optimismus und Initiative. Die Nachkriegszeit in Emsbüren: 1945 bis 1949, in: Saxlinga-Kirchspiel-Gemeinde. 1175 Jahre Emsbüren, Emsbüren 1994, S.283-295, besonders S.294.

⁷⁰ Van Bevern: CDU Lingen, S.23.

⁷¹ KreisA Ems, Dep. Lin. 43,44.

⁷² Auf die Problematik der Entnazifizierung wird in einem eigenen Kapitel eingegangen.

⁷³ Van Bevern: CDU Lingen, S.59.

⁷⁴ Kleene: Kraneburg.

der Militärregierung einberufenen Stadtratssitzung am 7. Januar 1946 wählten die Ratsherren den Apotheker Dr. Hermann Kerckhoff zum ehrenamtlichen Bürgermeister. Major Goodridge führte den von ihm ausgesuchten Amtsinhaber ein und verdeutlichte die Zielvorstellungen der Besatzungsmacht. Das Volk solle sich selbst regieren, das Führerprinzip ausgemerzt werden. Die Mitglieder der Verwaltung hätten dem Volk zu dienen und dürften sich nicht parteipolitisch betätigen. Dem alten Bürgermeister, der Stadtdirektor werden wollte und es auch wurde, dankte er für die Jahre des „Hierseins“. ⁷⁵ Kraneburg konnte also an hervorgehobener Position in der Stadtspitze wie gehabt weiter machen, weil er in der Stadt als tüchtiger Verwaltungsbeamter galt und wohl auch von den Alliierten als geeignet befunden wurde, die nicht unerheblichen Probleme in der Stadt am Kriegsende zu lösen.

Nach einer gewissen Zeit verfahren die neuen Machthaber in Meppen ähnlich wie in Lingen. Auch hier wurden den Ratsmitgliedern, die von den Briten ernannt worden waren, Fragebögen vorgelegt, die ihre politische Vergangenheit beleuchten sollten. So reichte die Zugehörigkeit zum Kriegerverein oder zum Stahlhelm, um genauere Untersuchungen einzuleiten. ⁷⁶ Betroffen waren die Ratsmitglieder Dr. Hermann Kerckhoff (Mitglied im Kyffhäuserbund) und Arnold Blanke als Mitbegründer der örtlichen Stahlhelmgruppe. Die Maßnahmen hatten aber keine nachhaltigen Folgen, da beide rehabilitiert wurden und später Bürgermeister in ihrer Heimatstadt werden konnten.

Auch auf Kreisebene verfahren die Briten nach dem gleichen Schema bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern. Die Militärregierung ernannte den gelernten Gärtnermeister Friedrich Ermert mit Wirkung vom 10. April 1945 zum Landrat. Der Zentrumsmann galt als unbelastet – er war seit April 1928 3. Vorsitzender der Ortsgruppe gewesen - und genoss bei seinen Mitbürgern hohes Ansehen. ⁷⁷ Nach der Einführung der Zweigliedrigkeit in der Verwaltung übertrugen ihm die Briten mit Wirkung vom 17. Dezember 1945 das Amt des Oberkreisdirektors des Kreises Meppen. ⁷⁸ Er schien als ehemaliger Verwaltungsbeamter für die anstehenden Aufgaben besonders geeignet zu sein, weil er in der Kreisverwaltung als Kreisbaumeister gearbeitet hatte.

Landrat wurde der Rechtsanwalt Dr. Hermann Plate, der damit als Vorsitzender und Repräsentant des Kreistags fungierte. Dem von der Militärregierung einberufenen Gremium, das am 13. Dezember 1945 zum ersten Mal zusammentrat, gehörten 30 Männer an. ⁷⁹ Sechs stammten aus der Stadt Meppen, darunter auch der langjährige Bürgermeister Dr. Hans Kra-

⁷⁵ NLA Dep. 63b Stadt Meppen Nr.1013 Protokollbuch Stadt Meppen.

⁷⁶ KreisA Ems, Rep 455 MepNr. 252.

⁷⁷ Schulchronik Altstadtschule, o.P.

⁷⁸ Hermann Friese: Ein Bürger und seine Stadt, Band II, S.228 (künftig Friese: Bürger).

⁷⁹ Friese: Bürger, S.228.

neburg. Aus den Dörfern kamen vorwiegend Bauern, insgesamt 13, die alle dem Zentrum nahestanden.⁸⁰ Vier Volksvertreter bekannten sich dezidiert zur SPD.⁸¹ Haren stellte keinen Abgeordneten, da die Einwohner zu der Zeit evakuiert waren und der Ort unter polnischer Verwaltung stand. Die Polen hatten dort unter dem Namen Maczkow ein Gemeinwesen mit eigenem Gymnasium und Krankenhaus errichtet, die Harener Bürger mussten sich in benachbarten Dörfern eine Behelfsunterkunft suchen. Auch in anderen Orten, u.a. in Meppen, beschlagnahmte die Besatzungsmacht Häuser, um ihre Soldaten, aber auch Displaced Persons unterzubringen.

Dass diese Maßnahmen in der Bevölkerung auf wenig Verständnis trafen, bedarf keiner näheren Erläuterung. Etliche Betroffene empfanden die Besatzungsherrschaft als Fortsetzung der Diktatur der Nationalsozialisten. So war sogar vom „Vierten Reich“ die Rede, wodurch beide Staatsformen auf eine Stufe gestellt werden sollten. Vor Ort sprach auch der Meppener Bürgermeister Kraneburg von einem undemokratischen System. Eine solche Bewertung der Besatzungsmacht konnte vielen betroffenen Deutschen dazu dienen, die eigene Verantwortung für die nationalsozialistische Diktatur und den Krieg zu verdrängen.⁸² Überdies konnte so die Schuld an der Versorgungsnotlage nach 1945 den Briten angelastet werden. So kursierten Gerüchte, dass die Briten Lebensmittel nach England exportierten, um dort den Lebensmittelmangel zu beheben.⁸³ Ferner konnte die aufgrund mangelhafter Sprachkenntnisse angebliche Inkompetenz der Briten bei der Bekämpfung der Missstände als Argument angeführt werden, um das Ende der Besatzungsherrschaft zu fordern.

Zwischenfazit

Die britische Militärregierung griff in der direkten Nachkriegsphase in erheblichem Maße in das Leben der Menschen in ihrer Zone ein. Sie suchte nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, der auch das Wegbrechen jeglicher Staatsmacht und damit Anarchie bedeutete, wieder Ruhe und Ordnung herzustellen. Dies war eine nicht leicht zu realisierende Aufgabe, da eine Fülle von Problemen zu lösen war. Die aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten und die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Ostgebieten mussten integriert werden, die aus den Emslandlagern entlassenen Kriegsgefangenen mussten versorgt werden. Die Überschwemmungskatastrophe im Winter 1946 stellte eine weitere Herausforderung dar, die gemeistert werden musste. Immerhin bildete die Versorgung mit Lebensmitteln in dem ländlich strukturierten Gebiet kein größeres Problem, wie Landrat Ermert auf einer Besprechung der Bürgermeister am 14. April 1945 erklärte.⁸⁴ Über die Bewältigung der Alltagsprobleme hinaus legten die Briten Wert darauf, die Deutschen in verschiedenen Bereichen an

⁸⁰ KreisA Ems, Rep 455 Mep. In einer Liste der Mitglieder ist die Parteizugehörigkeit mit Bleistift angemerkt.

⁸¹ KreisA Ems Rep.455 Mep. Nr.254.

⁸² Barop: Demokratie, S.68.

⁸³ Barop: Demokratie, S.63.

⁸⁴ Bereits oben ausgeführt.

demokratische Verhaltensweisen heranzuführen. Entsprechend den selbstgesetzten Zielvorgaben der Alliierten – Demokratisierung, Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung – halfen sie den Deutschen, demokratische Strukturen und ein ziviles Gemeinwesen aufzubauen. Auf der kommunalen Ebene standen, wie oben ausgeführt, die Aspekte der Denazifizierung und Demokratisierung im Vordergrund. Die Amtsenthebung von NSDAP-Bürgermeistern in den Dörfern und die Überprüfung von Kandidaten können als Beleg dafür gelten, auch die Vorgaben bei Parteizulassungen und die Einführung des neuen Wahlrechts sowie die Zweiteilung bei der Verwaltung der Kreise stehen für das Bestreben, demokratische Verhältnisse zu etablieren. Dabei griff die Militärregierung auf Männer zurück, die schon in Weimar politisch aktiv gewesen waren, im Emsland also überwiegend auf Zentrumsleute. Wenn auch die Säuberungsmaßnahmen nicht alle Bereiche umfassten und nachhaltig waren, gelang es doch, die Menschen an demokratische Verfahren heranzuführen. Dass die Entwicklung der neuen Staatsform in der Region anders verlief als in den meisten Teilen der späteren Bundesrepublik, soll in den folgenden Kapiteln aufgezeigt werden.

IV Warum konnte sich das Zentrum in Teilen des Emslands so lange als kommunalpolitischer Machtfaktor halten?

Die Frage nach der Kontinuität bzw. Diskontinuität stellt sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf verschiedenen Ebenen. Verwiesen sei nur auf die in der frühen Bundesrepublik häufig vorkommenden Karrierefortsetzungen in den Bereichen der Wirtschaft, Justiz und Universitäten. Für die vorliegende Untersuchung ist der staatliche und parteipolitische Sektor relevant, weil es zwischen beiden eine signifikante Wechselwirkung gab. Das Land Niedersachsen wurde aus den Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg - Lippe neu gebildet. Am 22. November 1946 begründete die Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung rückwirkend zum 1. November das Land Niedersachsen und bestimmte Hannover zur Hauptstadt. Oldenburg und Braunschweig traten als Verwaltungsbezirke hinzu. Wenn auch die britische Militärregierung das letzte Wort bei der Gründung des Gemeinwesens hatte, hatte es lange vorher ein Niedersachsenbewusstsein gegeben.⁸⁵ Die Zusammenführung der vormals selbständigen staatlichen Einheiten zum Land Niedersachsen hatte erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Parteienlandschaft, was mit den höchst unterschiedlichen wirtschaftlichen und konfessionellen Gegebenheiten zu erklären ist. Der Ostteil des späteren Bundeslandes wies starke industrielle Zentren auf, während im Westen die Landwirtschaft vorherrschte. In ähnlicher Weise differierten die Regionen in konfessioneller Hinsicht. Im Westen hatten die Katholiken die Oberhand, im östlichen Teil bildeten die Protestanten die Mehrheit. Beide Komponenten führten, wie später noch detailliert zu zeigen sein wird, zu höchst unterschiedlichen Wahlergebnissen bei den großen Parteien. Auch bei der Neugründung der Zentrumsparterie nach dem Zweiten Weltkrieg im Emsland spielten die genannten

⁸⁵ Von Reeken: Gründung, S.644.

Faktoren eine erhebliche Rolle, die ihre Wurzeln in der Weimarer Republik und sogar im Kaiserreich haben. Gesellschaftliche und konfessionelle Strukturen hatten nach 1945 zunächst fast unverändert weiter Bestand. Überdies nahmen viele jüngere ehemalige Zentrumsvertreter, wie aufgezeigt, ihr politisches Engagement wieder auf, das sie während der Weimarer Republik in der Partei bzw. ihrer Jugendorganisation und ihren Untergliederungen sowie im katholischen Vereinswesen gezeigt hatten.

IV.1 Entscheidungen angesehener Lokalpolitiker für die CDU oder das Zentrum

Die Zentrumsanhänger in Lingen schienen nach Kriegsende 1945 noch unentschlossen, in welcher Form sie politisch tätig werden wollten, da nur die CDP, SPD und die KPD eine Zulassung als Partei bei den Briten beantragt hatten. Die Genehmigung zur Gründung bzw. Reorganisation der Parteien erfolgte am 15. September 1945.⁸⁶ Bereits vorher hatten sich spätere CDU-Anhänger versammelt, die noch als Zentrumsmitglieder auf der Vorschlagsliste für den Rat zu finden waren. Unter dem Namen CDP verzeichnet die Ratsliste neun Mitglieder, die dem konservativen Bürgertum zuzurechnen waren, darunter Kaufleute, Unternehmer, Beamte und Handwerksmeister. Die Gründungsversammlung der CDU in Lingen ergab eine ähnliche Zusammensetzung. Unter den 19 Anwesenden befanden sich sieben Kaufleute oder Unternehmer, fünf Handwerksmeister, drei Angestellte, ein Beamter und nur ein Arbeiter. Zum ersten Vorsitzenden wählten die Mitglieder Heinrich Reitemeyer, sein Vertreter wurde Dr. Christoph Pante, der – wie oben erwähnt - als Protestant die konfessionelle Öffnung der CDU dokumentieren sollte. Ab Februar 1946 betrat die neu gegründete Partei in der Stadt und im Kreis Lingen die politische Bühne. Zu dieser Zeit begannen auch intensive Gespräche mit Zentrumsanhängern, um diese zum Eintritt in die CDU zu bewegen. Die intensive Werbung um die potentiellen Anhänger hatten auch den Zweck, eine Neugründung des alten Zentrums zu verhindern. Die Versuche verliefen allerdings im Sande, es gelang nicht, alle traditionellen Zentrumsanhänger umgehend – wie an anderen Orten – in die CDU zu integrieren. Zwar verpass-ten sie nach einer langen Phase des Überlegens, wie man sich politisch organisieren wolle, sich mit Blick auf die anstehenden Wahlen rechtzeitig bei der Militärregierung anzumelden. Diese behielt sich nach Antragstellung eine Überprüfung und die endgültige Zulassung vor, weil sie in der Gründung von demokratischen Parteien einen wesentlichen Schritt zur Etablierung der Demokratie sahen.

Am 2. März 1946 wurde die in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik bedeutende politische Vertretung der Katholiken als DZP wiedergegründet. Die offizielle Zulassung als Partei erfolgte im Juli 1946, mithin einige Zeit später als bei den übrigen Parteien, was die Erfolgchancen bei den anstehenden Wahlen natürlich beeinträchtigte. Entsprechende Strukturen

⁸⁶ Ich folge hier den Ausführungen von Carsten van Bevern: CDU, S.32-33.

konnten in der knappen Zeit bis zu den Kommunalwahlen im Herbst nicht mehr aufgebaut werden. In der Deutschen Zentrumspartei (DZP) organisierten sich Handwerker, Kleinbauern, Heuerleute, aber auch Arbeiter, da die angestammten Arbeiterparteien im Emsland mit Ausnahme der Stadt Lingen ein Schattendasein führten. SPD und KPD galten als atheistisch und waren für die Dorfbewohner, die eng mit der Kirche verbunden waren, nicht wählbar. In der sozialen Zusammensetzung des Vorstandes, der dem unteren Mittelstand zugeordnet werden kann, spiegelt sich die Anhängerklientel wider. Er setzte sich folgendermaßen zusammen: Erster Vorsitzender wurde Oberpostinspektor a.D. Johannes Korves, zweiter Vorsitzender Baudemeister Heinrich Faber-Schmidt, Schriftführer Reichsbahnoberinspektor a.D. Theodor Kötting, Kassierer Friseur Heinrich Stallkamp.⁸⁷

In den Dörfern blieben viele angesehene Persönlichkeiten dem Zentrum treu und engagierten sich direkt nach Kriegsende wieder politisch. Dazu gehörte der bereits erwähnte Großbauer Clemens Hesemann, der in seinem Heimatdorf Handrup 1945 das Amt des Bürgermeisters übernahm. Zu diesem Kreis zählte auch der Heuermann Heinrich Kuhr.⁸⁸ Der älteste Sohn einer kinderreichen Heuermannsfamilie wurde bereits in der Weimarer Republik im Verein christlicher Heuerleute (VCH) aktiv, wie oben bereits beschrieben. Er setzte sich auch nach dem Krieg für die Interessen der ländlichen Unterschichten ein und gewann so rasch das Vertrauen der Dorfbewohner. Nach dem Zweiten Weltkrieg beriefen ihn die Briten in den ersten Linger Kreistag. Seine Mitbürger wählten ihn von 1945 bis 1948 sowie von 1954 bis 1964 in das Kreisparlament.

Die Protagonisten der beiden wichtigsten landwirtschaftlichen Interessenorganisationen spielten also auch im politischen Bereich eine hervorgehobene Rolle, beide zunächst im Zentrum, später in der CDU. Die Gründe für den Übertritt werden später näher erläutert. Beide konnten sich auf eine konservativ-autoritäre Tradition und ein katholisches Milieu stützen, das die Zeit des Nationalsozialismus relativ unbeschadet überstanden hatte.

Eine weitere wichtige Persönlichkeit war Gregor Dall aus dem damals noch selbständigen Dorf Laxten, einem heutigen Stadtteil von Lingen. Dall wurde am 19. August 1902 dort geboren und absolvierte eine landwirtschaftliche Ausbildung, bevor er 1935 den elterlichen Hof übernahm. Er trat dem Zentrum bei und vertrat als Ortsbauernführer den Reichsnährstand. Der Landwirt wurde im Jahr 1942 Bürgermeister in seiner Gemeinde und gewann so die Wertschätzung seiner Mitbewohner, die ihm auch 1946 wieder das Amt übertrugen. Er zog im Jahr 1946 in den Kreistag in Lingen ein. Ferner gehörte er dem Niedersächsischen Landtag der ersten und zweiten Wahlperiode vom 20. April 1947 bis zum 5. Mai 1955 an. Dort übernahm er am 20. April 1947 das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden (bis 25. Oktober 1950), am 26. Oktober 1950 bis zum 30. April 1951 gar den Vorsitz der Zentrums-Fraktion. Vom 7. November 1947 bis zum 10. Februar 1949 war er Vorsitzender des Ausschusses für das Gesundheitswesen.

⁸⁷ Van Bevern: CDU Lingen, S.36.

⁸⁸ Lensing, Helmut: Art. Heinrich Kuhr Heuerleuteführer, MdL, in: EG Bd.6, .239-245.

Am 8. Oktober 1953 schloss er sich der „Partei der Mitte“ an, bis er schließlich am 8. Dezember 1954 zur CDU wechselte.

Alle drei Politiker verbindet, dass sie sich schon vor 1933 im Zentrum engagierten und nach der Hitler-Diktatur ihre Tätigkeit in der traditionellen Partei wiederaufnahmen. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie in Dörfern wirkten, deren Einwohner zu einem hohen Prozentsatz der katholischen Kirche angehörten. Weiterhin stammten die prominenten Volksvertreter aus dem gleichen beruflichen Umfeld, dem landwirtschaftlichen. Hesemann und Dall gehörten allerdings zu den Bauern mit eigenem Hof, während Kuhr zu den armen Heuerleuten zählte. Ähnlich stellten sich die Verhältnisse im Kreis Aschendorf dar. Der Zentrums kandidat bei den Nachwahlen 1947 zum Landtag, Josef Trecksler, vom Spiegel als „klobiger, dunkelgekleideter Emsbauer“ titulierte, war schon mit 19 Jahren in der Partei aktiv. Er sieht die „Windthorsttradition mit dem gottgegebenen deutschen Naturrecht nur bei der deutschen Zentrumspar tei“.⁸⁹

Im Kreis Meppen stellten sich die Verhältnisse anders dar, weil die Impulse zur parteipoliti schen Neuorientierung aus der Stadt Meppen kamen. Die dortige Gründungsgeschichte der CDU ist bisher noch nicht hinreichend erforscht.⁹⁰ Es scheint aber so gewesen zu sein, dass die Männer der Gründungsphase sich bald gegen eine traditionelle und streng katholische Ausrichtung entschieden haben. Ernsthaftige Bestrebungen, die alte Zentrumspar tei wiederzu beleben, scheint es nicht gegeben zu haben. Es bildeten sich Mitte 1945 zwei Gruppen, die beide auf dem Fundament des Zentrums eine neue Partei gründen wollten, die jeweils offen für alle Christen und Arbeitsnehmer und Handwerker sein sollte. Die erste setzte sich aus ehemaligen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften unter der Leitung von Hermann Wessels zusammen. Wessels, in dessen Wohnung die ersten Treffen stattfanden, unterhielt beste Beziehungen zur britischen Militärregierung und bekam bald die Erlaubnis zur freien politischen Betätigung. Offensichtlich sympathisierte er mit der britischen Labourpar tei.⁹¹ Er verfolgte nicht zuletzt das Ziel, Arbeiter und nichtmarxistische SPD-Mitglieder für die neue Partei zu gewinnen. Der auch überregional verfolgte Plan scheiterte allerdings.⁹² Auch andern orts stellten die christlichen Gewerkschafter, die sich schon in der Weimarer Republik für die konfessionelle Öffnung des Zentrums eingesetzt hatten, die ersten Aktivisten bei der Grün dung der CDU.⁹³ Horst Heitzer bezeichnet in diesem Kontext die linken Zentrumsleute als trei bende Kraft. Er wertet die Bestrebungen, die alte Zentrumspar tei wieder ins Leben zu rufen,

⁸⁹ SPIEGEL_1947_47_41123631.pdf. Freundlicher Hinweis von Christof Haverkamp

⁹⁰ Möller, Hans: Die Gründung der CDU im Altkreis Meppen, in: Meemken: Wege aus dem Chaos, S.193-197. Möller wurde auf der Gründungsversammlung zum Schriftführer gewählt und beschreibt als Zeitzeuge in Memoirenform die Vorgänge.

⁹¹ Friese: Bürger, S.238.

⁹² Heitzer, Horst: Die CDU in der britischen Zone 1945- 1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988, S.125. Auch überregional gab es diese Bestrebungen. Heitzer führt das Beispiel Hamburg an.

⁹³ Bösch: CDU , S. 25

als anachronistisch.⁹⁴ Ferner setzten sich Akademiker, die in der Studentenzeit dem engen Kleinstadtleben entfliehen konnten, für dieses Ziel ein, wie die folgenden Ausführungen zeigen. Insofern gibt es durchaus parallele Entwicklungen in Klein- und Großstädten, wobei bei letzteren wahltaktische Überlegungen hinzukamen. In Berlin und Hamburg konnte eine kleine Zentrumspartei gegen die Sozialdemokratie nichts ausrichten, ein Zusammenschluss war also geboten. Mit der SPD, die sich als erste Partei im Sommer 1945 in der Kreisstadt reorganisierte, trat früh ein Konkurrent auf den Plan, der um Teile potentieller Zentrumswähler warb. Die Aktivisten, der Signalwerkführer Hermann Huisinga und der Maurer Fritz Hagel, waren bereits im ernannten Stadtrat tätig und trieben den Ausbau der Partei auch über die Stadtgrenzen hinaus rasch voran, wenn auch mit mäßigem Erfolg. Mit Unterstützung des Leiters des Gymnasiums, Dr. Friedrich Leonard, erarbeitete der Kreis um Hermann Wessels ein Parteiprogramm, das im August 1945 der britischen Militärregierung zwecks Zulassung vorgelegt werden konnte. Als bald schlossen sich ehemalige Zentrumsanhänger aus dem bürgerlichen Mittelstand, die ebenfalls Ideen zur Gründung einer christlichen Volkspartei entwickelt hatten, der unter dem Namen CDU auftretenden und inzwischen zugelassenen Partei an. So konnte am 8. Dezember 1945 die CDU Meppen unter reger Beteiligung offiziell gegründet werden.

Großen Zulauf erhielt die Neugründung in der Folge aus dem Bürgertum und aus Handwerkerkreisen, so traten der Malermeister und spätere Bundestagsabgeordnete Hermann Friese und der hochangesehene Apotheker und spätere Landtagsabgeordnete Dr. Hermann Kerckhoff ein. Letzterer gehörte dem am 11. Oktober 1945 von den Briten einberufenen Stadtrat an. Weitere Ratsherren waren der Lehrer Josef Hugenberg, der Hotelier Wilhelm Warren und der Oberstudienrat Arnold Blanke, die allesamt zu den frühen CDU-Mitgliedern zählen. Der Stadtrat wählte den Apotheker Anfang 1946 als Nachfolger von Dr. Hans Kraneburg zum Bürgermeister. In der Sitzung vom 7.1 Januar 1946 führte der Stadtkommandant Goodridge den CDU-Vertreter Dr. Kerckhoff in das Amt ein, wobei er die Ziele der Militärregierung verdeutlichte. Das Volk solle sich selbst regieren und das Führerprinzip ausmerzen.⁹⁵ Bereits am 22. Oktober 1946 wurde der Apotheker zum Landrat gewählt, nachdem er den Posten des Bürgermeisters an den Oberstudienrat Blanke übergeben hatte. Am 20. April 1947 wählten ihn seine Mitbürger in den Niedersächsischen Landtag, wo er den Vorsitz des Gesundheitsausschusses innehatte. Die CDU-Repräsentanten konnten also recht schnell wichtige örtliche Ämter gewinnen und so ihre Position ausbauen und sichern. Diese Erfolge der Protagonisten führten auch dazu, dass die Partei recht bald über eine solide Wähler- und Mitgliederbasis verfügen konnte. Das Sagen in der Stadt hatte die städtische Elite, die sich – etwa beim Zuzug protestantischer Flüchtlinge – aufgeschlossener für neue Strömungen im gesellschaftlichen und politischen Leben zeigte.

⁹⁴ Heitzer: CDU, S. 640.

⁹⁵ NLA Dep. 63b Stadt Meppen Nr. 1013 Protokollbuch.

IV.2 Stadt- Land-Unterschiede und emotional-traditionelle Bindungen der Wähler*innen

In den Dörfern des Kreises Meppen stellten sich die Verhältnisse in der direkten Nachkriegszeit zunächst anders als in der Stadt dar, da hier die traditionelle Partei auf große Zustimmung stieß. In dem von den Briten bestimmten ersten Kreistag saßen überwiegend Mitglieder, die dem Zentrum zugerechnet wurden.⁹⁶ Von den 30 Mitgliedern waren 12 Bauern aus kleineren Orten, sieben Volksvertreter stammten aus Meppen. In der größeren Ortschaft Haren präsentierte sich das Zentrum besonders erfolgreich bei den Kommunalwahlen, wo es 1947 gleichauf mit der CDU landete.⁹⁷ Ein wichtiger Aspekt bei der Wahlentscheidung könnte die bis 1947 andauernde Besetzung durch die Polen gewesen sein. Bis zum 15. Dezember 1947 waren von den insgesamt 545 beschlagnahmten Häusern erst 258 freigegeben worden. Die zurückkehrenden Harener fanden ihre Wohnungen oft leer, d.h. ohne Mobiliar, Herde und Öfen, und verwüstet wieder.⁹⁸ Auch die Freigabe des Krankenhauses für deutsche Patienten war noch nicht erfolgt. Zuvor hatte es am Beginn der Räumung der polnischen Enklave massive Streitigkeiten zwischen den Polen und der deutschen Bevölkerung gegeben, die etwa den Abtransport von Möbeln und Einrichtungsgegenstände aus Schulen und öffentlichen Gebäuden zu verhindern versuchten.⁹⁹ Mit Mistgabeln und Stöcken bewaffnet ließen sie ihrem angestauten Hass an den Polen freie Bahn, teilweise mit wüsten Beschimpfungen wie „Polnische Schweine, geht zu Stalin.“¹⁰⁰ Unter der Besatzungsmacht hatten vor allem Handwerker und Geschäftsleute, die durch die Beschlagnahmung ihre Existenz verloren hatten, gelitten. Aber auch Angestellte und Arbeiter entwickelten auf Grund der Beschränkungen und der Ausweisung aus dem Stadtgebiet eine regelrechte Abneigung gegen die Polen.

Offenkundig konnte das Zentrum hier die Stimmung in der Bevölkerung besser als andere Parteien aufgreifen und in Wahlerfolge ummünzen. Der Ortsvorsitzende, der bekannte Hotelier Wichers, setzte sich energisch für die betroffenen Mitbürger ein und schaffte es, den Kreistag zu einer Resolution für die durch die Besetzung der Polen Geschädigten zu bewegen. In anderen Dörfern des Kreises Meppen übernahm die CDU bald die führende Rolle, wohl weil es dem Zentrum nicht gelang, eine funktionierende Parteistruktur aufzubauen. Vereinzelt schafften es die Dorfeliten, z.B. die Pfarrer und Lehrer, die Wähler bei der angestammten Partei zu halten. Tendenziell gelang es der Meppener CDU bald aber besser, ihren Einfluss in den Dörfern auszuüben. Das hatte u.a. damit zu tun, dass angesehene Lokalpolitiker sich auch in den Gemeinden der CDU anschlossen. Ein treffendes Beispiel war der Twister Hermann Nottberg, der 1947 in die neue Partei eintrat. Schon für die Kreiswahl 1946 war er als Kandidat der CDU zugelassen worden.¹⁰¹ Der Landwirt war von 1948 bis 1964 ehrenamtlicher Bürgermeister seiner Gemeinde Hespertwist und gehörte dem Kreistag von 1946 bis 1977 an. Von

⁹⁶ Bleistifteintrag Z(entrum) in der Akte: KRA EL Rep 455 Nr.254.

⁹⁷ Niedersächsischer Kurier vom 20.01.1948.

⁹⁸ EL-Nachrichten vom 16.12.1947.

⁹⁹ Rydel: Polen, S.362.

¹⁰⁰ Rydel, Polen, S.363.

¹⁰¹ KrA Emsland Rep 455 Mep Nr,252.

1967 bis 1974 saß er im Niedersächsischen Landtag. Energisch und erfolgreich setzte er sich für die Entwicklung seiner mitten im Hochmoor gelegenen und daher verarmten Gemeinde ein. Er genoss folglich höchstes Ansehen und Reputation bei seinen Mitbürgern. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine DZP in diesem Bereich kaum Chancen hatte, bei Wahlen erfolgreich zu sein.

Völlig anders verlief die Entwicklung in vielen Dörfern des Kreises Lingen, in denen das Zentrum weiter unangefochten dominierte. Dort traten bei der Gemeindewahl 1948 häufig nur Kandidaten des Zentrums an, was dazu führte, dass nicht gewählt wurde, wenn die Ratssitze aus den Vorschlägen heraus besetzt werden konnten. So etwa in Spelle, wo elf Bewerber die elf Sitze bekamen. Genauso wurde in den kleinen Orten Berge (neun Ratsmitglieder, neun Bewerber) und Hummeldorf (sieben zu sieben) verfahren. In Handrup traten auch nur Zentrumsvertreter an, allerdings zwölf bei neun Plätzen, sodass gewählt werden musste; die Unterlegenen wurden aber Nachrücker.¹⁰² Im Übrigen sei auf die im zweiten Kapitel stehenden Tabellen verwiesen, die die Ergebnisse der Gemeindewahl 1946 auflistet. Die CDU landete hier bei 12,12 Prozent, die Unabhängigen, hinter denen sich zumeist die Zentrumsanhänger verbargen, kamen auf knapp 70 Prozent.

Die folgende Tabelle enthält die Wahlergebnisse der Kreiswahl 1948 aus der Stadt und den Dörfern des Kreises Lingen. Die Spalte „Hinweise“ enthält Anmerkungen zu den einzelnen Orten, etwa zur Größe und zu den Persönlichkeiten, die sich zur Wahl stellen. So können Erklärungen für die Ergebnisse gewonnen werden.

¹⁰² Niedersächsischer Kurier vom 26.11.1948.

Tabelle mit den Voten: Kreiswahl am 28.11.1948 im Kreis Lingen¹⁰³

Orte	SPD	CDU	Zentrum	Hinweise
Lingen, Stadt	683	865	490	Nur WB 7 Z, sonst durchgehend CDU
Emsbüren	139	594	700	Zentraler Ort (ZO)
Leschede	176	286	721	Bauernschaft (BS)
Berge	95	720	529	BS
Laxten	287	409	1245	ZO Ort des Aktivisten Gregor Dall
Clusorth-Bramhar	137	248	360	BS Dall
Mehringen	61	116	227	BS
Holthausen	82	69	312	BS Dall
Biene	189	304	609	BS Dall
Brögbern	311	231	575	BS
Bawinkel	111	373	436	BS
Plankorth	187	131	390	BS
Handrup	206	179	718	BS Hesemann
Freren	916	665	1530	ZO
Thuine	201	267	954	BS
Messingen	245	290	509	BS
Beesten	151	402	1121	BS
Spelle	179	635	796	ZO
Salzbergen	316	1129	1591	ZO
Mehringen	147	190	545	BS

Eine Tendenz lässt sich schnell ausmachen: Je kleiner der Ort, desto erfolgreicher war das Zentrum. In größeren Gemeinden wie Emsbüren und Salzbergen konnte die CDU einigermaßen mithalten. Die Analyse der Wahlergebnisse einzelner Orte zeigt ferner, dass dort, wo angesehene Politiker sich zur Wahl stellten, das Zentrum erfolgreich war. So konnte der oben bereits vorgestellte Georg Dall in seinem Heimatdorf Laxten, aber auch in Holthausen, Biene, Bawinkel etc. großen Zuspruch erfahren. Ein wichtiger Aspekt bei der Interpretation der Ergebnisse ist wohl, dass die CDU in der Stadt Lingen keinen großen Einfluss auf die Politiker in den Dörfern des Kreises ausüben konnte. Im Gegenteil: Es kam zu Streitigkeiten gerade auch zwischen Laxten, dem Wohnort Dalls, und Vertretern der Stadt Lingen. Hintergrund dürften u.a. Bestrebungen der Stadt gewesen sein, die Kommune einzugemeinden.

¹⁰³ KRA Emsland Rep. Lingen Nr. 988: Wahl Niederschriften.

IV.3. Programmatische Zentrumspositionen in Abgrenzung zur CDU

Nach Ansicht des Historikers Aschoff verstand sich die Deutsche Zentrumspartei (DZP) als „legitime Nachfolgerin des Weimarer Zentrums“.¹⁰⁴ Im damaligen Reichstag hatte sie eine Rolle eingenommen, in der sie zwischen den anderen Parteien vermitteln konnte, um so die Position der Katholiken zu stärken. So sahen sich die führenden Politiker auch nach 1945 und zudem auf Landesebene in einer Minderheitenrolle, was durchaus eine gewisse Berechtigung hatte, wenn man den konfessionellen Zuschnitt des Landes Niedersachsen betrachtet. Deshalb gaben sich die emsländischen Zentrumsanhänger stärker antiprottestantisch als andernorts, da man eine Einflussnahme der vormaligen DDP- und DVP-Anhänger auf die parteipolitische Linie befürchtete.¹⁰⁵ Verknüpft war diese Angst mit der traditionellen antipreußischen Einstellung, die ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert hatte. Der Kulturkampf war noch im kollektiven Gedächtnis der Emsländer präsent, die Erinnerung daran hatte das Dritte Reich überdauert. Ludwig Windthorst, der – wie oben ausgeführt – in der Weimarer Zeit in jedem Wahlkampf als Galionsfigur herangezogen wurde, spielte auch nach 1945 in Programmdebatten der DZP eine Rolle.

Das Selbstverständnis des Zentrums als katholische Partei der Mitte wurde bei öffentlichen Auftritten, besonders anlässlich von Wahlkämpfen stets betont. So hob der nordrheinwestfälische Minister Dr. Karl Spieker auf einer Kundgebung in Lingen als Aufgabe des Zentrums hervor, für Ausgleich und Versöhnung einzutreten.¹⁰⁶ Weiter zitiert ihn die Lokalzeitung in ihrem Bericht: „Das Zentrum wolle nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik betreiben.“ Wegweiser sei die göttliche natürliche Ordnung. Wirtschaftspolitisch wandte sich der Redner gegen die liberalen Vorstellungen der Frankfurter Richtung, die er als gescheitert ansah.

Weitere Einblicke in programmatische Unterschiede zwischen den beiden christlichen Parteien bietet ein offener Brief eines Mitbegründers der Bonner CDU-Ortsgruppe, in dem dieser seinen Austritt und seinen Eintritt ins Zentrum erläutert.¹⁰⁷ Da der Brief vollständig in der hiesigen Zeitung abgedruckt wurde, kann man davon ausgehen, dass die emsländischen Parteifreunde mit den Ausführungen übereinstimmten. Die Diskussion um den christlichen Sozialismus – so der Verfasser des offenen Briefes, Dr. Claessen – habe zu krassen Meinungsverschiedenheiten in fundamentalen Fragen geführt. Die CDU sei zu einer Partei von Interessenvertretern geworden, Grundsatzfragen wie die Verteidigung der Würde und der Freiheit der Menschen seien in der Praxis nicht beachtet worden. Als Erklärung führt Dr. Claessen an, dass in der CDU Kreise an Einfluss gewonnen hätten, die bis 1945 als Atheisten die Menschen-

¹⁰⁴ Aschoff: CDU und Zentrumspartei, S.88.

¹⁰⁵ Aschoff: CDU und Zentrumspartei, S.87.

¹⁰⁶ Niedersächsischer Kurier vom 26.11.1948.

¹⁰⁷ Niedersächsischer Kurier vom 26.11.1948.

würde mit Füßen getreten hätten. Weiterhin hätte nicht jede vorsichtige Sozialisierungsmaßnahme nur deshalb abgelehnt werden müssen, weil eine mächtige Gruppe in der CDU diese ablehne. Wahlkämpferisch spricht Claessen in rhetorischen Fragen die potentiellen Wählerschichten an: die Arbeiter, die Handwerker, die Kleinrentner und Pensionäre sowie die „Habebichtse“. Er fordert diese auf, sich von der CDU abzuwenden, und definiert damit die Hauptzielgruppe der DZP, die Angehörigen des unteren Mittelstandes. Die Partei werde sich in der politischen Praxis an Grundsätzen des christlich- abendländischen Denkens orientieren und eine reine Interessenpolitik ablehnen.

Die Rahmenbedingungen hatten sich aber auch im Emsland durch die oft protestantischen Flüchtlinge verändert, die eine strikt katholische Partei bei Wahlen nicht unterstützen wollten. So wirkte die Einstellung der DZP anachronistisch, die starke Fixierung auf die Tradition verhinderte eine realistische Einschätzung der gegenwärtigen Machtverhältnisse. Ein starres Festhalten an Grundsätzen erschwerte in einer modernen Demokratie ein erfolgreiches Handeln. Insgesamt waren die Anhänger der Wiedergründung stark vergangenheitsorientiert und gegen Modernisierungen eingestellt. All diese Punkte finden ihre Entsprechung in den Wahlergebnissen, die in der Regel Erfolge für das Zentrum auf den Dörfern aufweisen, in denen die Menschen stärker der Tradition verpflichtet waren. In den Städten dominierte hingegen schon bald die CDU, die sich weltoffener gab und dadurch bürgerliche Schichten ansprach.

IV.4 Die Rolle des Klerus und der Bischöfe

Dass der Klerus in einem Landstrich, in dem über 90 Prozent der Bewohner der katholischen Kirche angehören, auch in politischen Fragen eine gewichtige Rolle spielte, ist eine Binsenwahrheit. Wie stark der Einfluss der Kirchenvertreter in einzelnen Dörfern war, ist sicherlich nicht exakt zu messen und unterschied sich von Ort zu Ort. Die Persönlichkeit des Pfarrers und sein Interesse an politischen Fragen dürfte ausschlaggebend für seine Wirkung gewesen sein. Genauer fassbar sind die Einlassungen der katholischen Bischöfe zum Konflikt zwischen dem Zentrum und der CDU, da dieser Bereich wissenschaftlich genau untersucht wurde. Der Historiker Frank Bösch räumt in seiner Geschichte der CDU dieser Frage viel Platz ein.¹⁰⁸ Besonders die Bischöfe Konrad Gröber (Freiburg), Clemens August Graf von Galen (Münster) und der für das Untersuchungsgebiet zuständige Dr. Wilhelm Berning (Osnabrück) sprachen sich gegen eine Wiederbelebung des Zentrums aus, und zwar weniger aus programmatischen Gründen als aus taktischen Erwägungen. Die Oberhirten hofften durch die Gründung der CDU ein starkes Bollwerk gegen den „Marxismus“ zu errichten, wobei unter dem Kampfbegriff die Kommunisten wie die Sozialdemokraten gefasst wurden. Bundeskanzler Adenauer nahm diese Argumentation nur allzu gerne auf, um die interkonfessionelle Parteigründung zu be-

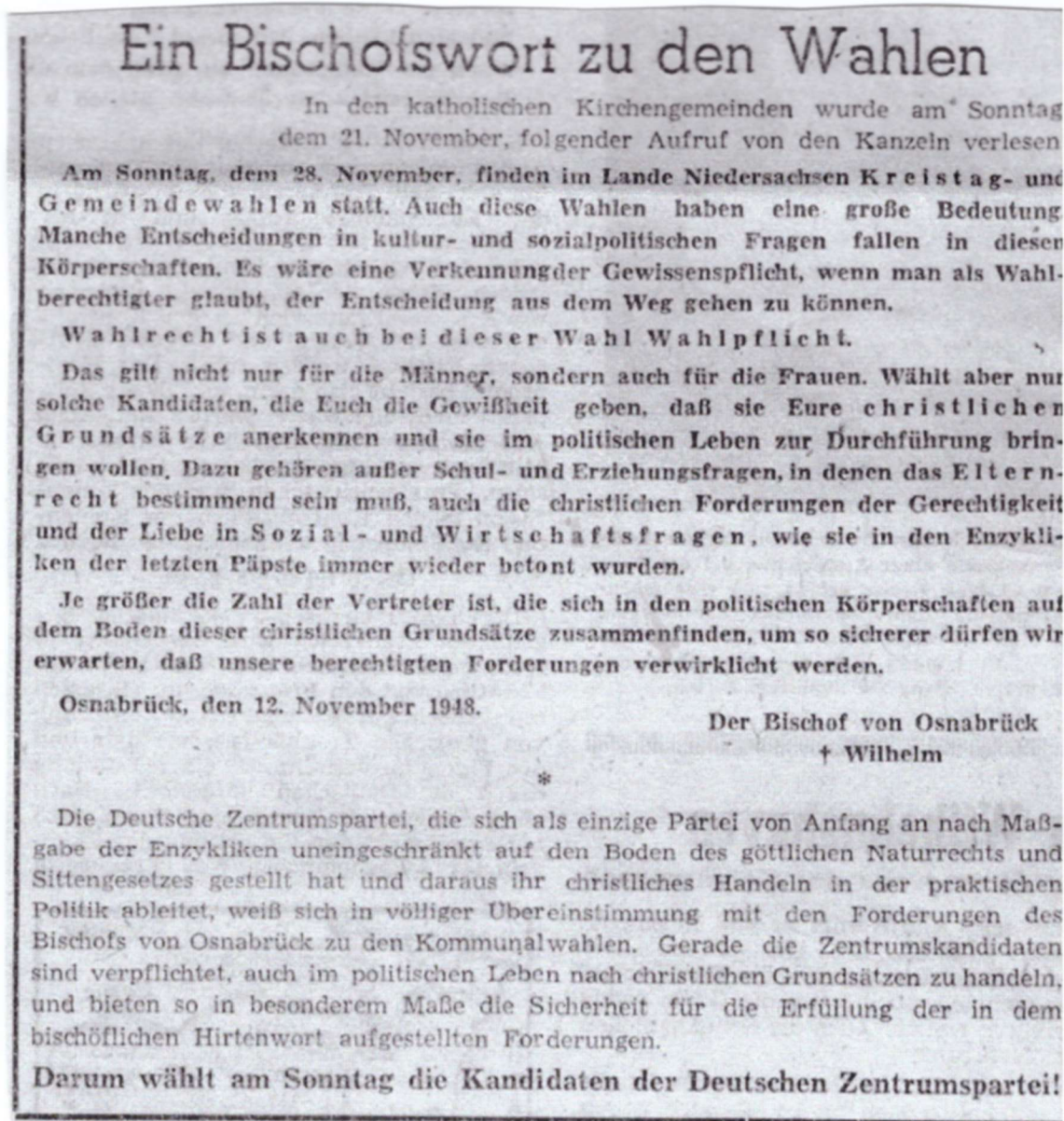
¹⁰⁸ Bösch: Adenauer, S.27f.

fördern. Er erklärte die Zusammenarbeit von Protestanten und Katholiken zur unverzichtbaren Notwendigkeit und stilisierte die politische Auseinandersetzung zum großen „Kampf zwischen dem Christentum und dem materialistischen Marxismus“.¹⁰⁹

Für die Menschen vor Ort im Emsland war die angebliche Gefahr aus dem Osten jedoch nicht direkt spürbar und die SPD konnte hier auch keine Wahlergebnisse einfahren, die den Dorfbewohnern Angst eingeflößt und sie in Scharen in die Arme der CDU getrieben hätten. Für sie spielte die Anknüpfung an die traditionellen Werte der alten Zentrumsparterie, etwa an die Staats- und Soziallehre, eine wichtigere Rolle, was im Übrigen auch für die CDU trotz der Öffnung für Protestanten galt. Wie nah die beiden Parteien in programmatischen Fragen beieinander lagen, zeigt der nachstehende Aufruf des Bischofs Berning aus Osnabrück anlässlich der Gemeinde- und Kreistagswahlen 1948. Eine bekannte Vorgehensweise war die Verlesung von Bischofsworten von der Kanzel, vorzugsweise im Sonntagsgottesdienst, zudem wurde der Aufruf im Zentrumsblatt „Niedersächsischer Kurier“ abgedruckt, so dass die Stellungnahme des Oberhirten eine breite Verbreitung fand.¹¹⁰

¹⁰⁹ Bösch: Adenauer, S.28.

¹¹⁰ Niedersächsischer Kurier vom 27.11.1948.



Quelle: Niedersächsischer Kurier vom 27.11.1948

Das Bischofswort ist insofern von Interesse, als Bischof Berning – wie oben erwähnt – früh für die Gründung der CDU eintrat. Das Hirtenwort zur Wahl ist allerdings so offen formuliert, dass die Zentrumsredakteure ohne Bedenken die Verlautbarung abdruckten. Angefügt wurde eine Passage, in der die „völlige Übereinstimmung mit den Forderungen des Bischofs von Osnabrück“ ausgemacht wurde. Es folgte der Appell an die Leser, das Zentrum zu wählen. Dass der Bischof sich in seinem Aufruf nicht festlegte und sich nicht für die eigentlich von ihm präferierte CDU aussprach, mag am Wissen um die starke Bindung deremsländischen Katholiken an das Zentrum gelegen haben. So konnte er einen Konflikt zwischen den christlichen Parteien vermeiden und deren Anhänger für die gemeinsamen Ziele einnehmen. Deutlicher wurden die niedersächsischen Bischöfe vor der Landtagswahl im April 1955.

Appell der Bischöfe Niedersachsens:

Keine Zersplitterung der Christen

Gemeinsames Hirtenwort zur niedersächsischen Landtagswahl

„ . . . deshalb bitten und beschwören wir Bischöfe alle unsere Diözesanen, vor allem jene, die sonst glauben, in der Politik getrennte Wege gehen zu müssen, sich in dieser Wahl mit allen Katholiken des Landes, mit den evangelischen Brüdern und mit allen, denen die Freiheit ein inneres Anliegen ist, zu einer einigen, großen und starken Abwehrfront zusammenzuschließen.“ Dieser eindringliche Appell an die politische Einsicht aller Christen ist das wesentliche Anliegen des gemeinsamen Hirtenwortes, das die Bischöfe von Hildesheim, Münster und Osnabrück zu den Landtagswahlen in Niedersachsen erlassen haben. Das Hirten Schreiben, das vor einer Zersplitterung der christlichen Front warnt, wurde Ostern in den Kirchen Niedersachsens verlesen.

satzes der recht verstandenen Gewissensfreiheit ist der Damm durchbrochen, der die Fluten des Kollektivismus zurückhält. Eine der stärksten Waffen gegen die falsche Gedankenwelt des Ostens hat man damit aus der Hand gegeben.“

Wenn je, so fahren die Bischöfe fort, dann sei dieses Mal Wahlrecht auch Wahlpflicht. Kein Grund außer physischer und moralischer Unmöglichkeit könne auch nur einen Christen von dieser schweren Gewissenspflicht entbinden. Die Bitte um ein einheitliches Zusammenstehen aller Christen bei der Wahl sprechen die Bischöfe „mit um so größerer Zuversicht“ aus, als sie davon überzeugt seien, „daß auch jene, die bisher einen eigenen Weg gegangen sind, sich von niemandem in der wachsamten Sorge für die berechtigten Forderungen unseres katholischen Gewissens übertreffen lassen wollen. Deshalb können wir auch nicht daran zweifeln, daß sie um der großen Sache willen das geforderte Opfer des Verzichtes zu bringen bereit sind.“

In scharfer Form halten die Bischöfe Abrechnung mit der kulturkämpferischen Politik der bisherigen sozialistischen Regierung Kopf. „Ein Gesetz, durch das die Freiheit geknebelt, das Elternrecht mit Füßen getreten, die Gewissen rücksichtslos vergewaltigt werden, ist das traurige Ergebnis der letzten Legislaturperiode.“ Die katholische Schule und Lehrerbildung seien aufs äußerste gefährdet, weil die Regierung ohne Rücksicht auf Proteste

und die Not des Gewissens der Christen ihren Willen aufzuzwingen suche. Keiner könne sagen, ob der gleiche Staat morgen nicht auch die Kinder in staatliche Zwangskindergärten schicken würde; die Bemühungen um die Errichtung der sogenannten Dorfgemeinschaftshäuser mit angegliederten Kindergärten wiesen in diese Richtung. Dieser Weg müßte zwangsläufig in der Diktatur des totalen Staates enden. „Mit der Preisgabe des Grund-

Quelle: Emslandnachrichten vom 23.4.1955

Die niedersächsischen Bischöfe sprechen sich fast beschwörend für die Einheit aller Christen und gegen ein getrenntes Vorgehen der christlichen Parteien aus. Sie fordern ihre Diözesanen eindeutig zur Wahl der CDU auf. Nur so könne „der kulturkämpferischen Politik der sozialistischen Regierung Kopf“ Einhalt geboten werden. Diese stelle die katholische Schule und Lehrerbildung in Frage, wolle in Zukunft staatliche Zwangskindergärten einrichten, was schließlich zu einer „Diktatur des totalen Staates“ führen müsse. Die Wahlpflicht wird von den Bischöfen zu einer Gewissensentscheidung der Christen gemacht, der sich niemand entziehen könne. Es ist hier nicht der Ort, die Forderungen nach Bekenntnisschulen und katholischen Kindergärten nach sachlichen pädagogischen Gesichtspunkten aus heutiger Perspektive zu bewerten. Was in jeder Zeile zu spüren ist, ist die tief sitzende, historisch begründbare Befürchtung vor einem übermächtigen Staat, der die Katholiken zu Außenseitern stempelt. Formulierungen wie „kulturkämpferisch“ und „Diktatur des totalen Staates“ belegen dies eindeutig. Mit Blick auf die Frage nach der inneren Demokratisierung zeigt der Hirtenbrief eines überaus deutlich: Die Bischöfe haben erkannt, wie Demokratie funktioniert. Wenn man seine Ziele erreichen will, muss man Mehrheiten organisieren.

Zwischenfazit

Die am Anfang des Kapitels aufgeworfene Frage, warum sich das Zentrum im Emsland noch so lange behaupten konnte, kann nicht mit einer einfachen These beantwortet werden, sondern bedarf – wie durch die Ausführungen deutlich geworden sein sollte – einer differenzier-ten Betrachtung. Eine monokausale Erklärung wie etwa: die Region war streng katholisch und blieb deshalb dem Zentrum treu,- würde den Sachverhalt nicht hinreichend erklären. Es gab eine Reihe von Gründen, die zum Teil miteinander verwoben sind, was eine Priorisierung und Gewichtung ausgesprochen schwierig macht. Es scheint aber so gewesen zu sein, dass die Persönlichkeit der vor Ort ansässigen und beliebten Politiker die entscheidende Rolle für das lange Leben des Zentrums im jeweiligen Umfeld gespielt hat. Ihr Ansehen und ihre Reputation in der dörflichen Wählerschaft speisten sich unmittelbar aus einem offen praktizierten Katho-lizismus und einer ausgeprägten Traditionsverbundenheit. Dass die Parteiprogramme von CDU und Zentrum für die jeweiligen Anhänger nicht eine entscheidende Rolle spielten, zeigt der Befund, dass sie sich nur in weniger gewichtigen Punkten unterschieden. Zudem schafften alle frühen Zentrumsprotagonisten später ohne großes Kopfzerbrechen den Übertritt zur CDU. Diese Punkte finden ihre Entsprechung in den Wahlergebnissen, die in der Regel Erfolge für das Zentrum auf den Dörfern aufweisen. In den Städten dominierte hingegen schon bald die CDU, die sich weltoffener zeigte.

V. Gründe für den Niedergang des Zentrums

V.1. Entnazifizierung und der unterschiedliche Umgang mit NS- Belasteten durch Zent-rum und CDU

Ein zentrales Ziel der alliierten Siegermächte war die Errichtung eines demokratischen Sys-tems auf den Trümmern des Dritten Reichs. Diesem Zweck sollte die im Krieg beschlossene und auf der Potsdamer Konferenz bestätigte Entnazifizierung dienen. Zuerst hatten sich die etwa 10 Millionen NSDAP - Mitglieder – die genaue Zahl lässt sich nicht ermitteln¹¹¹ - dieser Prozedur zu unterwerfen. Hinzu kamen alle Personen, die in Bereichen tätig waren, die die Westalliierten als wichtig für den Aufbau eines demokratischen Staats betrachteten. Bereits im Frühjahr 1945 begannen die Maßnahmen, an denen sich auch Deutsche aus der Antifa-Bewegung beteiligten. Die Alliierten verboten aber im Sommer 1945 das Engagement der lin-ken Antifaschisten, weil sie ein tiefes Misstrauen gegenüber allen Deutschen hegten, auch gegen ausgewiesene Hitler-Gegner. In der ersten Phase nach Kriegsende, etwa bis zum Herbst 1945, übten die Besatzungsmächte die Herrschaft allein aus. Vor allem die Briten aber

¹¹¹ Jürgen Falter (Hg.): Junge Kämpfer, Alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt 2016. Es hat eine Fülle von Ein- und Austritten in der Geschichte der Partei gegeben. Zudem sind nicht mehr alle Personalkarteikarten überliefert, so dass eine genaue Angabe nicht möglich ist.

waren an einer raschen Beteiligung der ehemaligen Kriegsgegner beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft interessiert, da die eigene durch die enormen Rüstungsausgaben in eine Rezession geraten war. Folglich verfahren sie ab dem Herbst 1945 nach dem Prinzip der „indirectrule“, wobei die Deutschen an Entscheidungen mitbeteiligt wurden, die Militärregierung aber das letzte Wort behielt. Der Alliierte Kontrollrat präsentierte im Januar 1946 eine Entnazifizierungsdirektive, in der - ergänzt durch Richtlinien – festgelegt wurde, wie die Parteimitglieder und Anhänger zu behandeln seien. Die Betroffenen wurden in fünf Kategorien eingeteilt: 1. Hauptschuldige 2. Belastete 3. Minderbelastete 4. Mitläufer und 5. Entlastete. Grundlage für diese Eingruppierung bildeten die Angaben in einem Fragebogen, den die Betroffenen ausfüllen und teils mit Belegen ergänzt, einreichen mussten. Zwischenzeitlich hatten die Entnazifizierungsverfahren längst begonnen, und zwar in unterschiedlicher Ausprägung. Die Amerikaner führten die Untersuchungen sehr streng durch, während die Briten weniger bürokratisch vorgehen. Die Franzosen wählten einen Mittelweg, die Sowjets hingegen entfernten rigoros alle NSDAP-Mitglieder aus wichtigen Ämtern.

Das Untersuchungsgebiet – es gehörte bekanntlich zur britischen Zone – soll unter diesem Aspekt genauer in den Blick genommen werden, da die Entnazifizierung ein grundlegendes Problem bei der Errichtung eines demokratischen Systems darstellt. Können Menschen, die die Diktatur unterstützt, zumindest aber toleriert haben, zu Befürwortern und Trägern der Demokratie werden? Dietmar von Reeken spricht von einem klassischen Zielkonflikt zwischen der „Ausschaltung nationalsozialistischen Gedankenguts und seiner früheren Verfechter“¹¹² und der Unterstützung des Fachpersonals beim Aufbau der Demokratie. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob es unterschiedliche Auffassungen in den Parteien, in Sonderheit zwischen dem Zentrum und der CDU bezüglich dieser Problematik gab.

Zur praktischen Durchführung der Überprüfung wurden in die Entnazifizierungsausschüsse aus Mangel an geeigneten eigenen Leuten auch Deutsche berufen, denen man eine genauere Kenntnis über das Dritte Reich zutraute. In der Regel waren es, da die Juristen oft als belastet galten, Laien, die den gerade zugelassenen Parteien angehörten.

Die im Frühjahr 1945 von der BMR veranlasste Maßnahme, also noch vor der Kapitulation und Befreiung Deutschlands, stellte, wie bereits in Kapitel II kurz erwähnt, die Entfernung der NS-Bürgermeister aus dem Kreis Lingen dar. Die Amtsinhaber von Spelle, Setlage, Thuine, Suttrup, Lohe-Venslage, Anderverenne Nord, Anderverenne Ost, Leschede mussten auf Anordnung des Landrats als ausführendes Organ der Briten ihr Amt aufgeben.¹¹³

¹¹² von Reeken: Gründung, S.654.

¹¹³ KrA Emsland Rep 455 Lin Nr.24, Bürgermeister.

Nachfolger des in Handrup entlassenen Bürgermeisters wurde der Zentrums Politiker Clemens Hessemann, der in den 50er Jahren eine überregionale Karriere machte. In den kleineren Gemeinden setzten sich vor allem die Zentrumsanhänger für eine Absetzung der Nazis ein. Anfang 1946 suchten die Briten durch die Anordnung zur Bildung von Ausschüssen die Entnazifizierung straffer zu organisieren. Berufen wurden zum Beispiel in Meppen Männer, die als unbelastet galten und die nicht dem Kreistag angehörten.¹¹⁴ So waren Vertreter aus den Parteien vertreten, ferner aus dem Handel, Handwerk und der Landwirtschaft. Auch ein Pfarrer und ein Zahnarzt gehörten dem Gremium an.

Exemplarisch soll die Vorgehensweise der Besatzungsmacht an zwei Persönlichkeiten, die im Emsland höhere kommunalpolitische Ämter innehatten, untersucht werden. In einem Fall gingen die Briten radikal vor, wohl weil sie ein Exempel statuieren wollten.¹¹⁵ Es handelt sich um den bereits erwähnten Dr. Walter Kallabis, der schon in der Weimarer Republik politisch tätig gewesen war und über den Windthorstbund einflussreiche Männer kennengelernt hatte, die ihm auch nach dem Krieg zur Seite standen. Der andere ist der ebenfalls schon vorgestellte Meppener Bürgermeister und spätere Stadtdirektor Dr. Hans Kraneburg.

Zunächst scheint es sinnvoll, knappe biografische Angaben der eigentlichen Analyse voranzustellen. Die Fakten zu Dr. Kallabis sind einem Aufsatz von Michael Hirschfeld entnommen, den dieser unter dem Titel „Die Entlassung hat große Bestürzung hervorgerufen.“ Der Lingener Oberkreisdirektor Dr. Walter Kallabis wurde 1947 ein Opfer der Entnazifizierung“ im Jahrbuch des EHB 1999 veröffentlicht hat.¹¹⁶ Mag das Originalzitat aus dem historischen Kontext noch nachvollziehbar sein, ruft der vom Autor formulierte Titel Verwunderung hervor. Kann ein im Dritten Reich tätiger Politiker als Opfer bezeichnet werden?

Dr. Walter Kallabis wurde am 19. Januar 1901 in Schonewitz im schlesischen Kreis Ratibor geboren. Als Schüler trat er der Abstinenzbewegung Quickborn bei, als Jurastudent in Breslau und Freiburg schloss er sich der Hochlandverbindung an. Im dritten polnischen Aufstand 1921 unterbrach er sein Studium und meldete sich zur Ortswehr. Nach dem Staatsexamen ergriff er die Laufbahn eines höheren Regierungsbeamten. Politisch engagierte er sich im Windthorstbund, was ihm nach dem Assessorexamen und der Promotion bei seiner ersten Anstellung am Landratsamt in Meppen die Kontaktaufnahme erleichterte. So konnte er die schon zu Beginn der 1930er Jahre bekannten Politiker aus der Region wie den Landwirt Hessemann, den Siedler Kuhr und den Schulrat Meyer aufsuchen, die alle auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle in der Kommunalpolitik spielen sollten. Kallabis übernahm nach

¹¹⁴ KrAEmsland Rep.455 Mep Nr.272.

¹¹⁵ von Reeken: Gründung, S.659.

¹¹⁶ Hirschfeld, Michael: „Die Entlassung hat große Bestürzung hervorgerufen.“- Der Lingener Oberkreisdirektor Dr. Walter Kallabis wurde 1947 ein Opfer der Entnazifizierung, in: Jahrbuch des EHB, Bd. 45 (1999), S.15-48.

der Absetzung des bisherigen Landrats durch die Nationalsozialisten dessen Aufgaben kommissarisch. Die Frage stellt sich, wie weit sich Kallabis auf die neuen Machthaber einlassen musste, um in diese Position zu gelangen. Allein die Tatsache, dass er sich öffentlich zurückhielt und vor dem Kreistag den Hitler-Gruß verweigerte, können nur begrenzt als Zeichen von Resistenz gewertet werden.¹¹⁷ Im Oktober 1933 wurde der Verwaltungsfachmann nach Weißenfels im Regierungsbezirk Merseburg versetzt. Dort trat er dem NSRB (Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund), der NSV (Volkswohlfahrt) und dem Reichsbund der deutschen Beamten bei. Kurzzeitig leistete er Dienst in der SA-Reserve, aus der er aber wieder austrat. Nach der Ernennung zum Regierungsrat 1935 und der Berufung zum Dezernatsleiter für Schulen und Kirchen beantragte das dortige NSFK die Aufnahme in die NSDAP. Kallabis hat sich nicht gewehrt, weil er seiner beruflichen Karriere „keine Steine in den Weg legen wollte.“¹¹⁸ Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde er eingezogen und diente als Soldat, zuletzt im Range eines Oberleutnants.

Nach dem Dritten Reich vermochte er schnell beruflich Fuß zu fassen. Da seine letzten Einsatzorte in der SBZ lagen und er dort nicht wegen seiner politischen Ansichten auf eine Einstellung hoffen konnte, zog es ihn ins Emsland, wo er auf die Unterstützung der alten Freunde aus dem Windthorstbund zählen konnte. In der Tat halfen diese und ebneten ihm den Weg auf den Posten des Oberkreisdirektors in Lingen. Im Vorfeld wurde seine NSDAP-Mitgliedschaft vom Bürgermeister Brackmann und Landrat von Galen thematisiert, diese erwies sich aber zunächst nicht als Hinderungsgrund. Stadtkommandant Lister berief ihn ins Amt, stellte jedoch keine schriftliche Bestätigung des Vorgangs aus. Der neue Kreistag sollte Stellung beziehen und Kallabis musste einen ausführlichen Lebenslauf einreichen. Landrat von Galen äußerte weiterhin seine Bedenken wegen der politischen Vorbelastung, wobei ein Dolmetscher, der bei den Briten angesehen war, das Misstrauen gegen den Oberkreisdirektor weiter geschürt haben soll. Der Kreistag hingegen sprach in der Sitzung vom 25. Januar 1946 dem Verwaltungschef das Vertrauen aus mit der Bitte an die Militärregierung, ihn im Amt zu belassen. Er sei nur nominelles Mitglied der NSDAP gewesen. Ferner habe er sich nach 1945 für die Demokratisierung eingesetzt. Die SPD stimmte gegen die Resolution – aus prinzipiellen Gründen, nicht weil sie etwas gegen Kallabis als Person vorzubringen hätte. Die Angelegenheit war damit aber nicht abgeschlossen. Die Militärregierung griff immer wieder in die Personalpolitik des Kreises ein und entließ Inspektoren, obwohl diese dringend gebraucht wurden. Den Oberkreisdirektor vernahmten sie häufig, um Informationen über sein Handeln im Nationalsozialismus zu erlangen. Der deutsche Entnazifizierungsausschuss wurde schließlich beauftragt, den Sachverhalt aufzuklären.¹¹⁹

Mit der Einordnung in die Kategorie III hatten die Briten nun die Handhabe, den Oberkreisdirektor in die Gruppe der zu entlassenen Personen einzuordnen. Nach der Veröffentlichung

¹¹⁷ Hirschfeld: Kallabis, S.18.

¹¹⁸ Hirschfeld: Kallabis, S. 19.

¹¹⁹ Hirschfeld: Kallabis, S.19.

der Abberufung bezog die Deutsche Zentrumspartei, die bisher eher rigoros gegen alte Parteigenossen vorgegangen war, Stellung für Kallabis. Das hatte er wahrscheinlich seinem alten Freund Hesemann aus Windthorstbundzeiten zu verdanken. Die Überprüfung der Unterlagen enthalte Fehler, wurde als Argument angeführt. Zwar bescheinigten die deutschen Stellen Oberkreisdirektor Kallabis im Entnazifizierungsverfahren, er sei nur ein nominelles NSDAP-Mitglied gewesen. Die Briten ließen sich von dieser Einschätzung aber nicht überzeugen und entließen ihn. In der Regel ging die Besatzungsmacht nicht so streng vor, weil sie das Fachpersonal in der Verwaltung brauchte. Zwischenzeitlich hatte sich der Regierungspräsident in Osnabrück eingeschaltet und bat die Militärregierung, Kallabis zunächst im Amt zu belassen, weil er dieses aus Sicht der Bevölkerung zur vollsten Zufriedenheit ausübe. Daraufhin schaltete sich die höhere Ebene der Militärregierung – der Gebietsbeauftragte für Niedersachsen – ein und untersagte am 30. Mai 1947 die Tätigkeit des Oberkreisdirektors. Drei Tage später wählte ihn der Kreistag für zwölf Jahre zum Verwaltungschef des Landkreises. Die SPD-Abgeordneten enthielten sich der Stimme. In der kommunistischen Presse in Bremen wurden Vorwürfe wegen der braunen Vergangenheit erhoben; deshalb könne er nicht Oberkreisdirektor bleiben. Diese Anschuldigungen wurden offenkundig vom Betriebsrat der Kreisverwaltung aufgenommen. Kallabis habe sich intern nicht als überzeugter Demokrat gezeigt. Möglicherweise zeigten sich hier – so vermutet Hirschfeld – inneramtliche Auseinandersetzungen um die Vergabe von Posten. Seinem Ansehen in der Öffentlichkeit war ferner abträglich, dass er bei Familienangehörigen Einfluss auf die berufliche Eingliederung genommen haben soll. So brachte er seinen Vater und seine drei Geschwister unter, zum Beispiel an Schulen, wo durch die Entnazifizierung etliche Stellen frei geworden waren, die vorwiegend durch Flüchtlinge besetzt wurden.¹²⁰

Ergebnis war, dass Landrat Hesemann seinem alten Weggefährten das Schreiben des Regierungspräsidenten überreichen musste, in dem die Abberufung vom Amt des Oberkreisdirektors innerhalb von 14 Tagen angeordnet wurde. Auch weitere Versuche, die Entlassung rückgängig zu machen, scheiterten. Selbst eine Eingabe beim Ministerpräsidenten Kopf war erfolglos, die britische Militärregierung blieb hart. Sie berief sich auf das Urteil des deutschen Entnazifizierungsausschusses und eine Direktive des Alliierten Kontrollrates, die in § 13 festlegte: „.... dass höchste deutsche Beamte im Rahmen einer Provinz, eines Regierungsbezirks und eines Kreises unbescholtene Anti-Nazis sein müssen.“ Dr. Kallabis wurde in der Folge mit der niedriger dotierten Stelle eines Kreisfinanzdirektors bedacht und widmete sich ehrenamtlichen Tätigkeiten in Organisationen der Ostvetriebenen, unter anderem im Hedwigskreis. Erneute Versuche, in Nachbarkreisen in das Amt des Oberkreisdirektors zu gelangen, scheiterten. Schließlich erreichte er es, auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Eckstein, eine „angemessene Stelle im Bundesinnenministerium zu erlangen“.¹²¹

¹²⁰ Eiyk: Alte Heimat, S.84. In Niedersachsen waren 40 Prozent der Lehrerstellen mit Flüchtlingen besetzt.

¹²¹ Hirschfeld: Kallabis, S.42.

Entscheidend für die Verhinderung einer Rückkehr auf den Posten des Oberkreisdirektors war die britische Militärregierung, die an Kallabis ein Exempel statuieren wollte. Beigetragen haben dürfte auch eine in der Bevölkerung ausgeprägte Aversion gegenüber alten- auch nominalen - Nazis, was bei der Entfernung der Bürgermeister auf den Dörfern und am Urteil des Entnazifizierungsausschusses deutlich wird. Hinzu kam, dass Kallabis in seiner Behörde nicht bei allen wohl gelitten war. So traf der Oberkreisdirektor auf zumindest Antipathie, die auch den Briten nicht verborgen geblieben sein dürfte. Inwieweit diese Haltung parteipolitisch begründet war, ist auf Grund der vorhandenen Quellenlage schwer zu entscheiden.

Die Fakten zum zweiten Beispiel sind meiner Arbeit über den Meppener Bürgermeister und Stadtdirektor entnommen.¹²² Hans Kraneburg wurde am 25. Juli 1899 als Sohn der katholischen Eheleute Josef und Christine Kraneburg, geb. Westermann, in Bösensell im Münsterland geboren. Der Vater übte als Gutspächter den Beruf des Landwirtes aus. Sohn Hans, der zwei Geschwister hatte, wechselte nach dem Besuch der Grundschule zum Gymnasium Paulinum in Münster, wo er 1917 das Abitur ablegte. Vom Mai 1917 bis zum Februar 1919 leistete er Garnisons- und Heeresdienst ab. Im Februar 1919 begann er an der Westfälischen Wilhelm-Universität das Studium der Rechts- und Staatswissenschaft sowie der Nationalökonomie.

Die biografische Vorstellung kann knapp gehalten werden, da es eine Fülle von Übereinstimmungen mit dem Lingener Kollegen gibt. Beide haben Jura studiert und promoviert, beide waren im katholischen Milieu fest verwurzelt, wobei Kraneburg beim „Volksverein für das katholische Deutschland“ sogar hauptberuflich tätig gewesen war. Beide engagierten sich im Windthorstbund sowie später im Zentrum und strebten Ämter im öffentlichen Dienst an in einer Zeit, als ihre Parteifreunde von den Nationalsozialisten abgesetzt wurden. Beide hatten offenkundig wenig Skrupel, deren Nachfolge anzutreten. Dr. Kraneburg wurde am 30. Januar 1934 vom Osnabrücker Regierungspräsidenten Bernhard Eggers zum Bürgermeister in Meppen bestimmt und blieb bis 1945 im Amt. Kallabis hingegen wurde in den Regierungsbezirk Merseburg versetzt und wurde zu Beginn des Krieges zum Militärdienst eingezogen. Der gerade berufene Meppener Bürgermeister diente sich devot den neuen Machthabern an, wie seine Rede bei der Amtseinführung belegt.

„Ich bekenne hiermit ohne allen Vorbehalt, daß ich voll und ganz hinter der Regierung unseres großen Führers stehe und nach seinen Grundsätzen und Ideen meine Arbeit in meinem Amte aufnehmen werde. Ich werde mich dabei von dem Grundsatz leiten lassen: Das eigene Ich hat vor den Pflichten und Aufgaben, welche die Allgemeinheit fordert zurückzutreten.“¹²³

Auch in den folgenden Jahren wusste sich Kraneburg den neuen Verhältnissen geschmeidig anzupassen, so dass die Nationalsozialisten keine Veranlassung zur Kritik sahen. Ein Ereignis

¹²² Kleene: Kraneburg.

¹²³ Der Emsländer vom 4. Februar 1934.

gab den Briten nach dem Krieg allerdings die Möglichkeit, Kraneburg vor Gericht zu ziehen. Die Rede ist vom Verhalten des Bürgermeisters, der der Vorgesetzte der örtlichen Polizei war, in der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, als überall im Reich SA-Leute und Parteimitglieder begannen, jüdische Geschäfte zu plündern, Juden zu misshandeln und Synagogen anzuzünden. In Meppen zog die SA-Truppe unter Führung von Philipp Egert, dem Bruder des NSDAP- Kreisleiters Josef Egert, zum Nagelshof, dem Standort der örtlichen Synagoge. Auf dem Weg dorthin wurden Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeworfen und Waren geraubt; die jüdischen Mitbürger wurden von den SA-Horden aus ihren Häusern gezerrt und auf offenen Lastwagen abtransportiert, wie der damals sechzehnjährige Paul Alexander später berichtete.¹²⁴ Die Synagoge wurde von den SA- Leuten in Brand gesetzt, wobei der Kreisleiter Josef Egert aktiv mitwirkte.

Der Bürgermeister Dr. Kraneburg war ebenfalls anwesend; er weigerte sich, Maßnahmen zur Beendigung der Ausschreitungen zu veranlassen. Als Polizeiverwalter – er hatte das Amt 1934 von Egert übernommen – hätte er die Möglichkeit gehabt, die mit blinder Zerstörungswut agierenden Nazis zu stoppen. Der Bürgermeister unternahm jedoch nichts, er ließ den Mob gewähren. Auch in der Folge, als um den Verkauf des Synagogengrundstücks und anderer Grundstücke jüdischer Mitbürger ging, verhielt sich Kraneburg wenig vorbildhaft, da die Eigentümer ihren Besitz weit unter Wert abgeben mussten. Nach dem Krieg blieb der bisherige Amtsinhaber mit Genehmigung der Briten vom 10. April 1945 auf seinem Posten, wohl weil ihnen zu diesem Zeitpunkt seine Rolle im Nationalsozialismus nicht bekannt war. Die Briten suchten bei der Einführung demokratischer Verhältnisse auf kommunaler Ebene unbelastete Bürger und ernannten diese zu Mitgliedern des ersten Stadtrats, der am 20. Oktober in Anwesenheit von Dr. Kraneburg zusammentrat. Die Briten führten eine neue Verwaltungsstruktur mit einer Doppelspitze ein; danach standen der Stadt ein ehrenamtlicher Bürgermeister und ein hauptamtlicher Beamter als Verwaltungschef vor. Dr. Kraneburg wurde – wie oben erwähnt - am 11. November 1945 zum Stadtdirektor gewählt, Bürgermeister wurde der Apotheker Dr. Hermann Kerckhoff. Die Karriere des Stadtdirektors wurde jedoch im Zusammenhang des sogenannten Synagogenprozesses jäh unterbrochen. Am 16. September 1946 erfolgte die Amtsenthebung durch die Militärregierung mit der Begründung, dass er in den Prozess um die Zerstörung der Meppener Synagoge verwickelt sei.¹²⁵

Der Prozess gegen 28 an den Vorgängen in der Reichspogromnacht Beteiligten begann im Herbst 1946 vor dem Landgericht in Osnabrück. Hauptangeklagter war der ehemalige Meppener Kreisleiter Josef Egert, dem vorgeworfen wurde, maßgeblich an der Inbrandsetzung der Synagoge, der illegalen Festnahme der Juden Ernst und Dagobert Cohen sowie Ludwig Alexander und deren Misshandlung auf dem Weg zum SA-Heim involviert gewesen zu sein. Egert selbst bestritt jede Tatbeteiligung und behauptete, er sei nur in der Synagoge bzw. in den Häusern der Juden gewesen, um die SA-Männer von Ausschreitungen abzuhalten. Das Gericht

¹²⁴ Friese: Bürger, S.149-151.

¹²⁵ StAOSDep 63b Akz. 200/055 Nr.1.

befand die Angaben Egerts für unglaubwürdig und verhängte gegen ihn wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit schwerer Brandstiftung, der Zerstörung von Bauwerken, schweren Landfriedensbruchs sowie Freiheitsberaubung mit gefährlicher Körperverletzung eine Strafe von fünf Jahren Zuchthaus. Darüber hinaus verfügte es den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre. Von den Angeklagten wurden mehr als die Hälfte „wegen Mangels an Beweisen“ freigesprochen, einige sogar wegen angeblich erwiesener Unschuld, wozu auch Dr. Kraneburg gehörte, obwohl er beim Brand nachweislich anwesend war und nichts gegen die verbrecherische Horde unternommen hatte.¹²⁶

Für die Fragestellung der Arbeit ist die Reaktion der Meppener von Bedeutung. Der Stadtrat zeigte sich in der Sitzung vom 3. Oktober 1946 betroffen und erschüttert von der Maßnahme der Briten; der Verwaltungschef habe anderthalb Jahre gute Arbeit geleistet und sich nie an Übergriffen gegenüber Juden beteiligt.¹²⁷ Bürgermeister Dr. Kerckhoff lobte die gute Arbeit, Pflichttreue und die überragenden Verwaltungskennnisse des Angeklagten. Auch die SPD sah keinen Anlass zur Kritik an seiner Arbeit. Für seine Fraktion betonte der Ratsherr Meyer, dass seine Partei „nichts mit der Sache zu tun habe“. Auch der Stadtkommandant habe sich lobend über Dr. Kraneburg während der Besatzungszeit geäußert. Die Ratsherren rieten, dass der Bürgermeister Arnold Blanke – Dr. Kerckhoff war zwischenzeitlich ins Landratsamt gewechselt – Beschwerde gegen die britische Maßnahme einlegen solle.

Die seit der Amtsenthebung vakante Stelle des Stadtdirektors sollte allerdings nach Auffassung der Militärregierung neu ausgeschrieben werden.¹²⁸ Auch die SPD-Fraktion im Rat vertrat die Auffassung, dass die ein dreiviertel Jahr vakante Stelle neu besetzt werden müsse. Die CDU-Mehrheit lehnte die Neuausschreibung allerdings ab mit der Begründung, man wolle den Ausgang des Prozesses abwarten, um nicht zwei Gehälter zahlen zu müssen. Inzwischen hatte Dr. Kraneburg in einem Schreiben an Bürgermeister Fehrmann auf das Amt verzichtet mit der Aussage:

„Ich erwarte kein Recht von einem System, dass Recht so mit Füßen tritt, dass Männer ohne Anhörung und ohne Angabe von Gründen auf die Straße wirft. Ich mag nicht mehr an eine Demokratie glauben, die der Besatzungsmacht als Dirne dient.“¹²⁹

Der Stadtrat nahm den Amtsverzicht nicht an, sondern wandte sich an den Entnazifizierungsausschuss in Osnabrück, um das Verfahren zu beschleunigen. Bemerkenswert ist, dass der CDU dominierte Rat trotz des Verzichts Kraneburgs an ihm festhielt. Dabei mögen finanzielle Erwägungen eine Rolle gespielt haben, da die Stadt nicht im Geld schwamm und zwei Amts-

¹²⁶ Kleene, Heinz/ Lensing, Helmut : Art.Egert, in: EG Bd.15, Haselünne 2008, S.341-373.

¹²⁷ NLA OS DEP 63 b Stadt Meppen Nr. 1014 Stadtratsprotokoll vom 3.10.1946.

¹²⁸ StAOSDep 63b Akz. 2000/055 Nr.1.

¹²⁹ Ebd. Schreiben Dr.Kraneburgs an Bürgermeister Fehrmann vom 16.10.1947.

inhaber nicht versorgen konnte. Gewichtiger war das Netzwerk des suspendierten Bürgermeisters, der sich auf die ehemaligen Mitstreiter aus Weimarer Zeiten verlassen konnte. Dazu zählten die Ratsmitglieder der CDU, an der Spitze der Bürgermeister Kerckhoff und sein Nachfolger Blanke, aber auch die SPD hatte inzwischen gegen einen Verbleib im Amt nichts einzuwenden. Kraneburgs Unterstützer reichten aber über den unmittelbaren politischen Bereich hinaus. Er konnte schon kurz nach seiner Entlassung eine Reihe von angesehenen Zeugen anführen, die ihn entlasten sollten. So wusste Propst Meyer ausschließlich Positives zu berichten. Er habe in Meppen viele „vor Bösem“ bewahrt; er sei der Partei 1937 „nur äußerlich“ beigetreten, einen Austritt aus der Kirche habe er abgelehnt. Deswegen sei er schon beim Amtsantritt vom Kreisleiter Egert als „schwarzer Sack“ tituliert und abgelehnt worden. Damals habe auch der Bischof gefordert, dass nach der Absetzung von Bürgermeister Dr. Heinrich Lesker die Stadt Meppen einen katholischen Bürgermeister bekommen müsse¹³⁰. Weiterhin verwies der Geistliche auf die großen Verdienste als Bürgermeister; so seien fast sämtliche Straßen in der Neustadt von ihm gebaut, die Kanalisation eingerichtet worden.

Die enge Kirchenbindung betonte auch der Mediziner Dr. Kurt Pickert, der 1944/45 im Meppener Krankenhaus beschäftigt gewesen war; der Kreisleiter habe ihn als „unsicheren Kantonnisten“, als „schwarz bis auf die Knochen“ gekennzeichnet. Die Einstellung der Kirchenvertreter liegt auf der Linie, die auch in anderen Regionen verfolgt wurde. Im Einklang mit der CDU präferierte die katholische Amtskirche einen lascheren Kurs im Umgang mit Amtsträgern im Dritten Reich. Selbst die Hausangestellte hatte ein Leumundszeugnis anzuführen; sie sagte aus, dass die Gespräche bei Tisch die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus gezeigt hätten. Zudem sei der NSDAP-Kreisleiter nur einmal zu Gast im Hause Kraneburg gewesen, der Propst und sein Vikar Samse hingegen häufiger. Auch der Lehrer Tambor wurde ins Feld geführt; er bezeugte, dass der für die NAPOLA vorgeschlagene Sohn der Familie das Angebot ausschlug, weil die Eltern die nichtreligiöse Erziehung an der NS-Eliteinstitution ablehnten. Schließlich sprach sich der Rat der Stadt, wie oben bereits erwähnt, einstimmig für Dr. Kraneburg aus.

In der ersten Entscheidung des Entnazifizierungsausschusses vom 30. Dezember 1947 wurde der Bürgermeister in die Kategorie IV „Parteigänger/Mitläufer“ eingestuft. Die Überprüfung habe ergeben, dass er von 1933 bis 1935 SA-Mann und Mitglied des NSKK gewesen sei. Am 1. Juli 1937 sei er in die NSDAP eingetreten. Somit könne Dr. Kraneburg nicht eine Stelle als Stadtdirektor oder Regierungsrat bekleiden; er dürfe weiterhin nicht in der Verwaltung der Stadt und des Kreises Meppen angestellt werden. Als Rechtsanwalt oder in der Wirtschaft könne er arbeiten. Die Mehrheit im Rat hielt aber auch nach diesem Urteil zum Stadtdirektor und empfahl, in Berufung zu gehen. Die rechtliche Vertretung übernahm der Rechtsanwalt Jung hülsing, der den ehemaligen Leiter des Gymnasiums, Dr. Friedrich Leonhard, als Zeugen berief. Diese Eingaben führten unter anderem dazu, dass die Einschränkungen in der Berufsaus-

¹³⁰ Kleene, Heinz: Art. Heinrich Lesker, in: EG Bd.22, Haselünne 2015, S.233-243.

übung aufgehoben wurden, die Einordnung in die Kategorie IV blieb allerdings bestehen. Dieser in den Augen des Stadtrates erfreuliche Ausgang führte dazu, dass die Vakanz an der Spitze der Stadt zu Ende war. Eine Neuausschreibung der Stelle sei somit nicht erforderlich, da Dr. Kraneburg nur suspendiert worden sei; mit 15 Stimmen bei drei Enthaltungen wurde er am 15. Oktober 1948 erneut zum Stadtdirektor auf Lebenszeit gewählt¹³¹. Aus der Verwaltung der Arenberg-Rentei kam das vielsagende Glückwunschsreiben: „Wir gratulieren zum Endsieg!“.

Im Rückgriff auf die zu Anfang dieses Kapitels aufgeworfene Frage, ob es bei den untersuchten Parteien Unterschiede im Umgang mit dem Nationalsozialismus gab, lässt sich festhalten, dass das Zentrum in den Dörfern des Kreises Lingen mit der Absetzung von etlichen Bürgermeistern in der Entnazifizierungsfrage energischer verfuhr. Im Kreis Meppen, wo das Zentrum - abgesehen von dem Ort Haren – nicht richtig Fuß fassen konnte, erfolgte eine solche „Säuberung“ nach bisherigen Erkenntnissen nicht. Auch bei den ausgewählten Protagonisten lässt sich belegen, dass das Zentrum schärfer gegen NS-Belastete vorging als die CDU. So hatte Dr. Kallabis, der als Oberkreisdirektor an der Spitze der Kommunen stand, mit stärkeren Widerständen, vor allem auf den Dörfern zu kämpfen. Hinzu kam, dass Dr. Kallabis, dessen Rolle im Dritten Reich bisher nicht ganz geklärt wurde, von 1933 bis 1945 nicht im Emsland weilte und daher kein Netzwerk aufbauen konnte – abgesehen von den Parteifreunden aus der Weimarer Zeit.

Ganz anders stellte sich die Lage beim zweiten Fallbeispiel dar. Dr. Kraneburg übte das Amt des Bürgermeisters vom 31. Januar 1934 über das Ende der Diktatur hinaus bis zum Spätherbst 1945 ununterbrochen aus. Der Jurist engagierte sich in dieser Zeit ehrenamtlich im kulturellen Bereich, etwa in der Heimatbewegung, und war quasi von Amtswegen vielfältig ins gesellschaftliche und kirchliche Leben der Kleinstadt eingebunden. Durch die tiefe Verwurzelung in der bürgerlichen Oberschicht der Kleinstadt konnte sich Kraneburg ein Netzwerk aufbauen, das auch nach der Entfernung aus dem Amt durch die Militärregierung trug. Man kannte sich und man half sich. Ferner hatte das rasche Umschwenken der vormaligen Zentrumsmitglieder auf die Neugründung einer christlichen Partei und die damit verbundene Öffnung auch in konfessioneller Hinsicht zur Folge, dass man – im Einklang mit der Linie auf überregionaler Ebene – den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern die Mitarbeit nicht verweigerte. Dadurch konnten diese in das demokratische System eingebunden und eine eventuelle Hinwendung zu rechtsradikalen Gruppierungen verhindert werden. Ohnehin hatte die kleinstädtische Oberschicht kein Interesse an einer fundierten Aufarbeitung der braunen Vergangenheit. Aus den Dörfern, die auch bald von der CDU vereinnahmt wurden, hatte er als Bürgermeister ohnehin nichts zu befürchten, anders als der Oberkreisdirektor Kallabis, der mit Vorbehalten der Zentrumsortsgruppen zu kämpfen hatte. Diese führten zusammen mit anderen Faktoren dazu, dass Kallabis schließlich Lingen verlassen musste. Kraneburg hingegen blieb

¹³¹ NLA OS DEP 63 b Stadt Meppen Nr. 1014 . Protokollbuch vom 15.10.1948.

als Stadtdirektor in Meppen bis zu seiner Pensionierung im öffentlichen Dienst. So spielen letztlich die unterschiedlichen Einstellungen von Zentrum und CDU eine erhebliche Rolle bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus vor Ort.

V.2 Die Diskussion über den Emsland-Plan (1948-1950) als Katalysator der Schwächung des Zentrums, die Rolle Adenauers im Streit zwischen Zentrum und CDU und die Ambitionen lokaler Politiker

Die Verabschiedung des Emslandplans am 5. Mai 1950 durch den Deutschen Bundestag gilt als wichtige Zäsur in der neueren Geschichte dieser Region. Mit der Umsetzung dieses Beschlusses – die offizielle Bezeichnung lautete „Erschließung der Ödländereien des Emslandes“ – verbesserten sich durch die umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen die Lebensbedingungen der Menschen enorm.

Was hatte nun die mit großer Mehrheit erfolgte Entscheidung im Bundestag für den Plan mit der parteipolitischen Auseinandersetzung zwischen Zentrum und CDU zu tun? Warum konnte der bisher kaum im Fokus der Bundes- und Landespolitiker stehende Landstrich, der als „Armenhaus der Nation“ galt, plötzlich auf eine derartige Zustimmung für sein Vorhaben stoßen? Dies wird im Folgenden zu klären sein.

Zum Verständnis ist zunächst ein Blick in die Vorgeschichte unabdingbar. Bemühungen, die Lebensverhältnisse der dortigen Bewohner zu verbessern, gab es bereits in der Weimarer Republik.¹³² Die Initiative dazu ging vom Osnabrücker Regierungspräsidenten Adolf Sonnenschein aus. Der Verwaltungsjurist hatte zuvor im preußischen Landwirtschaftsministerium gearbeitet und konnte als Zentrumsmitglied schnell Kontakte zu wichtigen Persönlichkeiten im Emsland knüpfen. Bei der praktischen Umsetzung der Kultivierungsmaßnahmen setzte er auf Gesellschaften mbH. Aktiv in diesem Bereich wurde auch der „Verband christlicher Heuerleute, Pächter und Kleinbauern“, der die „Siedlungsgenossenschaft Emsland mbH“ gründete. Vorsitzender des Verbands wie auch der Gesellschaft war der bereits erwähnte Heinrich Kuhr, der engen Kontakt zu seinem Parteifreund Sonnenschein pflegte. Kuhr und seinen Mitstreitern ging es vor allem darum, den Heuerleuten und armen Bauern landwirtschaftliche Flächen zu verschaffen. Insgesamt zeigten die Anstrengungen wenig Erfolg, wohl weil ein Gesamtkonzept zur langfristigen Entwicklung der Region fehlte. Hinzu kam, dass nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 ein völlig anderes Konzept verfolgt wurde. Sonnenschein wurde von seinen Aufgaben entbunden, obwohl er nach den Märzahlen die Aufnahme in die NSDAP ersuchte, was aber von den neuen Machthabern abgelehnt wurde.

¹³² Grundlegend zu dieser Frage: Haverkamp, Christof: Die Erschließung des Emslandes im 20. Jahrhundert als Beispiel staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung, Sögel 1991.

Die NS-Regierung führte die Kultivierung der Ödlandflächen fort, wenn auch aus völlig anderen Motiven. Zum einen wurden im nördlichen Teil des Emslandes die anfangs vorwiegend politischen KZ-Häftlinge aus den Lagern eingesetzt, um sie zu bestrafen und ihren Widerstand zu brechen. Der Tod der Gefangenen wurde auf Grund der harten Arbeit bei schlechter Ernährung und mangelnder medizinischer Versorgung billigend in Kauf genommen. Im südlichen Teil hingegen fand der Reichsarbeitsdienst ein Betätigungsfeld – mit andersartiger Intention. Die jungen Männer – uniformiert und mit Spaten ausgestattet - hatten vor Beginn des Studiums und Eintritt ins Berufsleben einen halbjährlichen Pflichtdienst zu absolvieren. Durch Unterbringung in Lagern, Morgenappell und Marschformation hatte der Arbeitsdienst durchaus paramilitärische Züge und sollte auf den Wehrdienst vorbereiten. Die Frauen im weiblichen Arbeitsdienst hatten die Männer zu unterstützen. Im Hintergrund stand die verquaste Blut und Boden-Ideologie der Nationalsozialisten, nach der landwirtschaftliche Flächen für siedlungswillige Bauern geschaffen werden sollten. Auffällig sind die widersprüchlichen Motive bei der Umsetzung der infrastrukturellen Maßnahmen. Während im Norden die Arbeit im Moor zur Bestrafung der Häftlinge eingesetzt wurde, wurde der Dienst der RAD-Männern als Ehrendienst fürs Vaterland propagiert. Beiden Formen war gemeinsam, dass die zuständigen Stellen weitgehend auf den Einsatz von technischem Gerät verzichteten, was viel effektiver gewesen wäre. Die Lagerleiter des KZs nutzten die Arbeit im Moor zum Quälen und Drangsalisieren der Häftlinge, der Reichsarbeitsdienstmann sollte durch die Arbeit mit dem Spaten und die vormilitärischen Umgangsformen auf den Wehrdienst vorbereitet werden. Beide Organisationsformen waren also unter dem Aspekt einer raschen Kultivierung von Ödlandflächen wenig effektiv.

Der Erfolg stellte sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Verabschiedung des Emslandplans ein. Dieser sah einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Infrastruktur vor und sollte die Initialzündung zur Überwindung der ärmlichen Lebensumstände bilden. Dass die bisher von Bundes- und Landespolitikern kaum beachtete Region ins Blickfeld geriet, hatte primär mit der Lösung der Flüchtlingsfrage zu tun. Die umfangreichen Moorgebiete sollten kultiviert und auf den Flächen Existenzmöglichkeiten für Siedler aus den deutschen Ostgebieten geschaffen werden. Befördert wurden diese Bestrebungen auch durch den Blick über die Grenze zu den Niederlanden. Im Unterschied zu den großen brachliegenden Flächen auf deutscher Seite waren dort „blühende Landschaften“ entstanden. Hinzu kam, dass die westlichen Nachbarn, die am 10. Mai 1940 von den Deutschen überfallen worden waren und über fünf Jahre eine brutale Besatzungsherrschaft ertragen mussten, Gebietsforderungen als Entschädigung erhoben. Mit der sogenannten „Grenzkorrektur“ hatten die Niederlande wohl nicht nur die wirtschaftliche Schwächung der Bundesrepublik im Sinn, da viele Unternehmen der Torfverarbeitung und Bauernhöfe betroffen gewesen wären. Die Entdeckung riesiger Oelfelder Anfang der 40er Jahre weckte zusätzliche Begehrlichkeiten. Bundeskanzler Konrad Adenauer, der sich bereits in der Kabinettsitzung vom 18. März 1950 für den

Emslandplan ausgesprochen hatte, verband über die genannten Aspekte hinaus ein parteipolitisches Kalkül mit dem Ausbau der emsländischen Infrastruktur, nämlich die Schwächung des Zentrums, wie später noch detaillierter ausgeführt wird.

Auch vor Ort zeichnete sich schon im Vorfeld der Bundestagswahl 1949 eine Veränderung im Verhältnis von CDU und Zentrum ab. Bei den Kommunalwahlen am 29. November 1948 war eine hohe Wahlbeteiligung zu konstatieren. So stimmten im Kreis Lingen über 81 Prozent der Wahlberechtigten über die Zusammensetzung des Kreistags und der Gemeinderäte ab, im Kreis Meppen waren es immerhin über 78 Prozent. Dies kann als ein Indikator für ein wachsendes demokratisches Bewusstsein gewertet werden. Vermutlich hat der Wettbewerb zwischen den beiden christlichen Parteien dazu beigetragen, dass die Menschen, die parteipolitisch zum überwiegenden Teil aus der Zentrumstradition kamen, durch den Stimmzettel ihre Präferenz kundtun wollten. Die Ergebnisse bestätigten die Tendenz, die oben aufgezeigt wurde.¹³³ Das Zentrum konnte sieben Abgeordnete in den Meppener Kreistag schicken, die CDU hingegen 18. In den Gemeindeparlamenten errang das Zentrum 141 Sitze, die CDU 340, was verdeutlicht, dass die CDU im Kreis Meppen nicht nur im städtischen Bereich, sondern auch in den Dörfern angekommen war und akzeptiert wurde. Völlig anders stellten sich die Gegebenheiten im Kreis Lingen dar. Im neuen Kreistag saßen 15 Abgeordnete vom Zentrum, von der CDU hingegen elf. In den Landgemeinden fielen die Stimmen für das Zentrum noch deutlicher aus. Mit 244 Mandaten ließ die traditionelle Partei die neugegründete, die 97 Sitze erreichte, weit hinter sich. Die oben ausgeführte These, dass das Zentrum auf den Dörfern des Lingerer Lands dominierte, findet durch die kommunalen Wahlen im Jahre 1948 eine klare Bestätigung. In der Stadt Lingen behielt die CDU mit acht Sitzen gegenüber sechs für das Zentrum die Oberhand.

1949-08-10 NK

Kundgebungen des Zentrums

In M E P P E N sprechen am heutigen Abend um 20 Uhr im **Kolpinghaus, Marienstraße,**
Bundestagskandidat Bauer Gregor Dall, M.d.L.,
und der Fraktionsführer der Zentrumsfraktion im Landtag, **Dr. K R A P P,**
über die Bundestagswahl.

In H A S E L Ü N N E sprechen am Donnerstag um 20 Uhr im
Saale Rudolf Esders, Hasebrücke,
Bundestagskandidat Bauer Gregor Dall, M.d.L.,
und **Landrat Meyer** zur Bundestagswahl.

Quelle: Niedersächsischer Kurier vom 10.8.1949

¹³³ Niedersächsischer Kurier vom 30.11.1948.

Der angesehene Kommunalpolitiker Georg Dall, von dem oben bereits die Rede war, hatte bei der Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 20. April 1947 das Mandat mit 44,4 Prozent der Stimmen errungen und sich klar gegen den CDU -Kandidaten Heinrich Kuhr durchgesetzt.¹³⁴ Dall genoss in der Landtagsfraktion hohes Ansehen und wurde sofort deren stellvertretener Vorsitzender, am 20. Oktober 1950 sogar ihr Vorsitzender. Überdies agierte er erfolgreich in verschiedenen Ausschüssen, besonders in dem für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. In Meppen gewann der CDU -Mann Dr. Friedrich Kerckhoff, der vormalige Bürgermeister und Landrat, mit 50 Prozent der Stimmen das Direktmandat, während das Zentrum bei mageren 19,4 Prozent landete. Auf Grund der Landtagswahlergebnisse war es nur folgerichtig, dass Dall als Kandidat für die Bundestagswahl 1949 nominiert wurde. Im Vorfeld liefen zwischen den beiden christlichen Parteien intensive Gespräche, wie man den Wahlkampf erfolgreich für die gemeinsame christliche Sache gestalten könne. Dabei kam es zu Konflikten, da die CDU das Angebot, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, abgelehnt habe – so die Deutung des Zentrumsorgans in einem Bericht über eine Windhorstbundveranstaltung.¹³⁵



Quelle: Niedersächsischer Kurier vom 1. August 1949.

¹³⁴ Vgl Tabelle zu den Wahlergebnisse im Kreis Lingen im Kapitel II, bes. Fußnote 33.

¹³⁵ Niedersächsischer Kurier vom 1.8.1949.

Die CDU habe nicht „den Sieg der christlichen Front als Ziel“, sondern wolle das Zentrum vernichten. Geplant war, im Wahlkreis Lingen einen gemeinsamen Kandidaten vom Zentrum – vorgesehen war der erwähnte Hesemann – ins Rennen zu schicken. Im Gegenzug sollte der Wahlkreis Osnabrück an die CDU gehen. Die örtlichen Parteigliederungen waren sich einig über ein solches Vorgehen geworden, umgesetzt wurde es aber nicht. Das Störmanöver kam aus Hannover. Der Landesverband lehnte eine Übereinkunft zwischen den Schwesterparteien ab mit der Begründung, dass das Zentrum an der 5 Prozent Klausel scheitern werde. Nach dem Scheitern der Absprache mussten die Funktionäre beider Parteien neu überlegen. Die CDU-Honoratioren einigten sich auf den aus dem Fränkischen stammenden Landwirt Heinrich Eckstein (19.5.1907-6.8.1992), der nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung Mitte der 30er Jahre im Dienst des Grafen von Galen gestanden hatte.¹³⁶ Ab 1940 verwaltete er das Gut Holsfelderfeld vor den Toren der Stadt Rheine, wo er 1945 über den Gemeinderat und 1946 über den Kreistag den Weg in die Politik fand. Ferner gehörte er zu den Mitbegründern der CDU in Lingen.¹³⁷ So wunderte es nicht, dass eine Delegiertenversammlung der CDU Lingen ihn am 6. Juli 1949 als Kandidaten für den neu zugeschnittenen Wahlkreis aufstellte, der aus den Kreisen Bersenbrück und Lingen sowie einzelnen Dörfern Meppens bestand. Die Vertreter aus den benachbarten Kommunen bestätigten am 18. Juli 1949 die Kandidatur.¹³⁸

Offenkundig handelte die Landespartei aus einem Machtkalkül heraus. Wenn man auf Bundesebene etwas für die Region erreichen wollte, etwa durch den Emslandplan, konnte man nur mit der CDU erfolgreich sein. Das Zentrum schickte den erfolgreichen Landtagsabgeordneten Gregor Dall ins Rennen.¹³⁹ Im „Niedersächsischen Kurier“ wandte sich „Bauer Gregor Dall an seine Wähler“.¹⁴⁰ Nach knappen biografischen Angaben stellte er seine politische Position vor, die sich auf einer „unzweideutigen christlichen Lebensüberzeugung“ fuße, wobei die naturrechtliche und elternrechtliche Frage noch nicht zufriedenstellend gelöst seien. Daraus ergebe sich eine Politik der „versöhnenden Mitte“. Diese bejahe das Eigentum, das aber unter Verzicht auf den kapitalistischen Egoismus zu einer sozialen Verpflichtung führen müsse. Der mittelständische Besitz sei die Säule der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung. Ferner läge ihm als kinderreichem Vater der Schutz der Familie und das Elternrecht hinsichtlich der schulischen Erziehung am Herzen. Bei allen Übereinstimmungen mit dem CDU – Programm fällt auf, dass das Zentrum stärker die soziale Verpflichtung des Eigentums, den Einsatz für Arbeiter und Angestellte sowie die Förderung des Mittelstands betont. Damit setzte sich das Zentrum vom wirtschaftsliberalen Kurs der CDU ab. Dall führte einen intensiven Wahlkampf, in dem ihn auch überregional bekannte Persönlichkeiten wie zum Beispiel Helene Wessel unterstützten.

¹³⁶ Gerdes, Karin: Art. Heinrich Eckstein, in: EG Bd.21, Haselünne 2014, S.498-516.

¹³⁷ Lingener Tagespost vom 22. Oktober 1955 („10-jähriges Jubiläum der CDU“).

¹³⁸ Van Bevern, S.101.

¹³⁹ Niedersächsischer Kurier vom 1. August 1949.

¹⁴⁰ Niedersächsischer Kurier vom 19. August 1949.



Quelle: Niedersächsischer Kurier vom 23. April 1955

Helene Wessel (1898- 1969), die zu der Zeit noch dem Zentrum angehörte, sprach am 7. August 1949 auf einer Kundgebung in Lingen. Die diplomierte Fürsorgerin aus Dortmund, jüngste Abgeordnete des preußischen Zentrums (1928-1933), hatte sich als Sozialexpertin im Parlament einen Namen gemacht. Die überzeugte Katholikin schloss sich nach 1945 nicht – wie viele ihrer politischen Gefährten – der CDU an, sondern engagierte sich im Zentrum, wo sie sich insbesondere für die Belange der Frauen einsetzte. Wie schon in der Weimarer Republik suchte sie durch die Bildung von Frauenausschüssen innerhalb der Partei die Rolle der weiblichen Mitglieder zu stärken. Jede Ortsgruppe sollte einen derartigen Ausschuss einsetzen. „Auf dem Parteitag 1948 in Recklinghausen setzte Wessel einen 20-Prozent Anteil von Frauen im Hauptvorstand durch und forderte sichere Listenplätze für die Kandidatinnen.“¹⁴¹ In einem Zeitungsartikel des Niedersächsischen Kuriers mit dem Titel „Und wir Frauen?“ plädierte sie in einer Zeit der „Umwertung auf allen Lebensgebieten“ für eine Stärkung der Rolle der Frau. Im Parlamentarischen Rat seien von 65 Abgeordneten nur vier Frauen vertreten gewesen. Die Frauen dürften nicht nur als Masse und Zahl bei Wahlen wahrgenommen werden, sie müssten entsprechenden Einfluss in der Politik gewinnen und am Aufbau des Neuen Bundesstaates beteiligt werden. Der künftige Bundestag müsse das Familien - und Eherecht verändern, da es aus heutiger Sicht unhaltbare Passagen enthalte. Bemerkenswert ist, dass das Zentrum als erste Partei in der deutschen Geschichte mit Helene Wessel eine weibliche Vorsitzende - 1949 und 1951 gewählt - vorweisen konnte.¹⁴²

¹⁴¹ Schmitt, Uta: Helene Wessel. Eine überzeugte Katholikin in Gegnerschaft zur Wiederbewaffnung, in: frauen/ruhr/geschichte. https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_biografie/helene-wessel/ (letzter Zugriff: 18.8.2021) Auch die übrigen Ausführungen zu Helene Wessel fußen weitgehend auf dieser Arbeit.

¹⁴² Zeit vom 29.9.1949.

Dadurch wurde durch die neue Vorsitzende ein innerparteilicher Demokratisierungsprozess angestoßen, da die männlichen Parteimitglieder zu einer Auseinandersetzung mit der weiblichen Perspektive gezwungen wurden. Sie geriet zu Beginn der 50er Jahre immer stärker in einen Gegensatz zur Politik Adenauers, der für die Westintegration und eine Wiederaufrüstung stand. Gerade beim letzten Punkt mochte die überzeugte Katholikin nicht mitmachen, was sie schließlich in immer stärkere Konflikte mit den eigenen Parteifreunden führte. Konsequenterweise trat sie aus der Partei aus und gründete 1952 mit dem Protestanten Gustav Heinemann die Gesamtdeutsche Partei.

Ein wichtiges Ergebnis erreichte sie durch ihr Wirken im Parlamentarischen Rat, wo sie zusammen mit ihren drei Mitstreiterinnen dafür sorgte, dass das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau ins Grundgesetz geschrieben wurde. Ulrich Herbert wertet diesen Erfolg als „eine der bemerkenswerten Neuerungen der Verfassungsgebung“.¹⁴³ Allerdings war davon in der Realität zunächst wenig zu spüren, schon gar nicht auf dem Lande, wo die herkömmliche Aufgabenverteilung in der Familie weiterhin Bestand hatte. Immerhin wurden auch hier Rednerinnen zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen.

Mit den politischen Positionen von Helene Wessel konnte sich der Lingener Kandidat in vielen Punkten identifizieren. Aus tiefer christlicher Grundüberzeugung handelnd hatte sich der achtfache Vater dem Schutz der Familie und dem Elternrecht verschrieben. Zur Abgrenzung von der CDU zitierte das Zentrumsblatt eine Äußerung Adenauers, die dieser auf einer Veranstaltung in Osnabrück getätigt haben soll. „Es kommt jetzt nicht auf die Gesinnung, sondern auf den Erfolg an.“¹⁴⁴ Dem führenden CDU-Mann wurde vorgeworfen, die Machtfrage in den Vordergrund zu rücken. Dafür spreche die Annäherung an die FDP, die in ihrer Wahlpropaganda die christlich-sozialen Ziele des Zentrums angreife und ihre Gesinnung dem materiellen Erfolg untergeordnet habe. „Das Zentrum muß verschwinden“, das sei die Parole der CDU.

Trotz des engagierten Wahlkampfes hatten Gregor Dall und das Zentrum bei der Bundestagswahl am 14. August 1949 gegenüber der CDU das Nachsehen. Gegen den CDU-Kandidaten Eckstein hatte Dall im neu zugeschnittenen Wahlkreis Bersenbrück-Lingen (Nr. 5, später Nr. 27) trotz Stimmenzuwachs gegenüber der Landtagswahl letztlich keine Chance. Die CDU erreichte 36 Prozent (33.086 Stimmen), das Zentrum 19.610. Erheblich enger ging es im Kreis Lingen zu: Die CDU lag mit 12.102 Stimmen nur knapp vor dem Zentrum mit 11.099.¹⁴⁵ Selbst bei dieser Wahl, bei der vorwiegend überregionale Themen auf der Tagesordnung standen, konnte die traditionelle Partei einen beachtlichen Erfolg verbuchen.

Im Wahlkreis Emsland (Nr. 4, später Nr. 26) – bestehend aus Bentheim, Aschendorf und großen Teilen des Kreises Meppen – gewann der Grafschafter Fabrikant Ben Povel mit 50,5 Prozent

¹⁴³ Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 699.

¹⁴⁴ Niedersächsischer Kurier vom 14. 8. 1949.

¹⁴⁵ Niedersächsischer Kurier vom 16. 8. 1949.

(43.001 Stimmen) das Direktmandat. Povel – in Weimar dem Zentrum nahestehend - gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Nordhorn und der Grafschaft Bentheim. Dem Kreisverband stand er 1949 und 1950 vor. Erst nach langem Bitten seiner Parteifreunde hatte er sich zur Kandidatur bereit erklärt, wohl weil er um die konfessionelle Problematik des neu zugeschnittenen Wahlkreise wusste.



Wahlplakat der CDU-Kandidaten für den Wahlkreis 4¹⁴⁶

Für das Zentrum trat der Aschendorfer Dr. Pieper-Struve an. Der gelernte Landwirt, der auch im Landwirtschaftlichen Verein und der Landwirtschaftskammer aktiv war, kam in dem Wahlkreis, der zu großen Teilen aus Reformierten bestand, auf 15.489 Stimmen. Beide CDU-Kandidaten gewannen also das Direktmandat, das Zentrum konnte nur in Teilgebieten der Wahlkreise Erfolge verbuchen. So schnitten die Zentrums-Kandidaten Dall und Pieper-Struve in ihren Hochburgen Lingen und Aschendorf mit jeweils über 32 Prozent stark ab, in Meppen musste die Partei sich mit 22,5 Prozent, in Bersenbrück mit nur 15,3 Prozent zufriedengeben. Das Zentrum konnte sich also nur in Regionen mit hohem Katholikenanteil halten. Das hatte zur Folge, dass die Partei bundesweit in der Bedeutungslosigkeit versank. Sie stellte im ersten Bundestag nur zehn Abgeordnete, die aus NRW stammten, weil dort die 5 Prozent Klausel aufgehoben war. In den anderen Wahlkreisen schaffte das Zentrum es nicht, diese Marke zu überwinden.

¹⁴⁶ Konrad Adenauertiftung. Abt. Plakate Signatur:10-001:120.

Entscheidend für den Ausgang der Wahl war, dass bisher nicht im Fokus der Wähler stehende Themen auf der Tagesordnung standen. Die Diskussion über ökonomische Fragen beherrschte den Wahlkampf im Herbst 1949, da die Währungsreform 1948 und die Durchsetzung der liberalen Wirtschaftspolitik Probleme wie steigende Preise und steigende Arbeitslosenziffern zur Folge hatten.¹⁴⁷ Zur Absicherung dieser ökonomischen Position galt es Mehrheiten zu organisieren, die nur im bürgerlichen Lager zu finden waren.

Deshalb verwundert es nicht, dass der abgelegene und arme Landstrich schon vor der Wahl mehr und mehr in das Blickfeld der CDU-Bundespolitiker geriet, etwa von Konrad Adenauer. Bei seinen Besuchen dort, so beispielsweise im März 1947 in Lingen zur Unterstützung der CDU im Landtagswahlkampf, musste er zur Kenntnis nehmen, dass das Zentrum in den Wahlen auf der Gemeinde-, Kreis- und Landesebene höchst erfolgreich abschnitt und der CDU vor allen im südlichen Emsland überlegen war und auch in Lingen selbst noch breite Unterstützung fand.¹⁴⁸ Bei den Gemeindewahlen 1948 gewann das Zentrum im Kreis Lingen 244 Sitze gegenüber 97, die an die CDU fielen. Auch bei der Landtagswahl 1955 gelang es der CDU trotz des Einsatzes des Bundeskanzlers, der kurz zuvor die Stadt Lingen besuchte, nicht, das Zentrum entscheidend zu schlagen.¹⁴⁹ Mit 28,1 Prozent blieb die traditionelle Partei ein gewichtiger Konkurrent der CDU, die auf 46,4 Prozent kam. Damit wollte sich Adenauer nicht zufriedengeben. Ihm schwebte nichts anderes vor, als dem Zentrum den „Todesstoß zu versetzen“, wie ein Zeitzeuge glaubhaft versicherte.¹⁵⁰

Welche Auswirkungen hatte das Engagement des Kanzlers nun auf die Beziehungen der beiden christlichen Parteien vor Ort? Die überregionalen Motive des Kanzlers für den Kampf gegen das Zentrum können hier nicht detailliert erörtert werden. Verwiesen sei auf die Gesamtdarstellungen von Frank Bösch und Horst Heitzer.¹⁵¹ Dennoch soll hier die generelle Einstellung Adenauers zum Zentrum knapp skizziert werden. Als ehemaliger Oberbürgermeister von Köln war er im Rheinland bekannt und angesehen und konnte deshalb nach Kriegsende schnell Kontakte zu wichtigen Persönlichkeiten aus dem politischen und kirchlichen Bereich knüpfen. Adenauer war praktizierender Katholik, vertrat aber die Auffassung, dass seine Kirche nicht direkt politisch agieren sollte. Das erleichterte den Umgang mit den Protestanten, was schließlich zu einer interkonfessionellen Ausrichtung der CDU führte. Die gemeinsame antikommunistische Position bildete einen starken Kitt bei der Zusammenarbeit, was innen-

¹⁴⁷ Herbert: Geschichte, S. 646.

¹⁴⁸ Zu den Ergebnissen im Detail siehe die Statistiken im Kapitel 2.

¹⁴⁹ „Herr Dr. Adenauer wird am Freitag, dem 15. April 1955, in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler durch die Stadt Lingen im Rathaus empfangen.“, zitiert aus Lingener Tagespost, vom 07.04.2015 Archivalie des Monats April 2015.

¹⁵⁰ Zitiert nach Christof Haverkamp, der sich auf eine Gesprächsnotiz mit dem Bundestagsabgeordneten Heinrich Eckstein bezieht, in: Haverkamp: Erschließung, S.113.

¹⁵¹ Bösch: Adenauer-CDU) , Heitzer: CDU in der brit. Zone. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Arbeit von Bösch.

politisch zu einem klaren Bekenntnis zur Marktwirtschaft führte. Selbst den Begriff „christlicher Sozialismus“ suchte der Rheinländer aus der öffentlichen Debatte fernzuhalten, die Zentrumsanhänger bezeichnete er polemisch als Marxisten. Andererseits hielt er durchaus vertrauliche Kontakte zu ihren Führungspersonlichkeiten und suchte sie auf die Seite der CDU zu ziehen, oft auch mit dem Versprechen der Karriereförderung. So trat etwa der ehemalige Zentrumsvorsitzende Spiecker zur CDU über und wurde danach Minister in Nordrhein-Westfalen.¹⁵² Ähnliches ist vor Ort festzustellen, wenngleich geheime Absprachen nicht belegbar sind. So schloss sich vor der Neuwahl des Landrats im Dezember 1950 der mehrfach erwähnte Clemens Hesemann der CDU an. Daraufhin verweigerte das Zentrum seine erneute Wahl in das einflussreiche Amt. In diesem Zusammenhang folgten vier weitere Zentrumskreistagsabgeordnete dem Kandidaten zur CDU. Bei der Landratswahl kam es daher zu einem Patt zwischen CDU und Zentrum/SPD, was zu einem Losverfahren führte. Dadurch wurde der Zentrums kandidat Hans Richter neuer Landrat. Clemens Hesemann konnte sich nach seinem Parteiwechsel über die Spitzenkandidatur für die CDU bei der Wahl zum Niedersächsischen Landtag von 1951 freuen. Der Übertritt des früheren Spitzenmanns schwächte das Zentrum im Lingener Land sehr, da er weiterhin bei vielen Wählern hohes Ansehen genoss. Von 1957 bis 1965 gehörte er für die CDU dem Deutschen Bundestag an.

Dass Hesemann als einer der führenden Köpfe sich schon früh von den oben beschriebenen Zentrumsgrundsätzen entfernte, legt er in einem Zeitungsartikel dar, in dem er sich als strikter Interessenvertreter der Landwirtschaft zu erkennen gibt.¹⁵³ In der Zeit bis zur Währungsreform habe eine Zwangswirtschaft geherrscht, in der in der Landwirtschaft Verordnungen und Erlasse aus dem Dritten Reich in Kraft geblieben seien. Nach der Währungsreform seien die Beschränkungen für den gewerblichen und industriellen Bereich aufgehoben worden, in der Landwirtschaft hingegen nicht, was zu deren Niedergang führe. Der Betrieb, der sich an die Abgabevorgaben halte und auf Schwarzmarktgeschäfte verzichte, könne die Kosten für die Modernisierung der Geräte und für Reparaturen an Gebäuden nicht tragen. Sein Wirtschaftszweig – so Hesemann – könne die Lage nur durch erhöhte Produktion, nicht durch Bewirtschaftung bekämpfen. Der Politiker forderte volle Markt- und Betriebsfreiheit, wie sie in der Industrie schon bestehe, andererseits aber auch eine Einfuhrregelung für landwirtschaftliche Produkte. An dieser Stelle wird klar, dass sich Hesemann wirtschaftspolitisch mehr und mehr von Zentrumspositionen entfernte, wenngleich er bis 1948 Mitglied blieb. Von einem christlichen Sozialismus, wie er in Zentrumskreisen diskutiert wurde, ist bei ihm keine Rede mehr. Dr. Claesen fragte dann auch anlässlich seines bereits diskutierten Austritts aus der CDU: „Welcher Arbeiter, Kleinrentner, Pensionär, Habenicht kann sich nach der Währungsreform zur CDU bekennen?“

¹⁵² Bösch: Adenauer-CDU, S.85.

¹⁵³ Niedersächsischer Kurier vom 29.4.1948.

Zwischenfazit

Das Bestreben der Emsländer, nach dem Zweiten Weltkrieg endlich Anschluss an die Lebensbedingungen der Menschen in den anderen Teilen der späteren Bundesrepublik zu gewinnen, hatte Auswirkungen auf das Verhältnis der beiden christlichen Parteien zueinander. Das Ziel der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage sollte durch den sogenannten „Emslandplan“ erreicht werden. Die Motive waren - wie oben ausgeführt - in unterschiedlichen Bereichen zu finden: auf Bundes- und Landesebene und in den Kommunen, wobei es durchaus Auseinandersetzungen über die effektive Vorgehensweise gab. Diese spiegeln einen fortschreitenden Demokratisierungsprozess vor Ort, ging es doch um die Frage, wie das von allen Beteiligten angestrebte Ziel verbesserter Lebensverhältnisse umgesetzt werden kann, es ging mithin um das Problem der Mehrheitsbeschaffung. Das Zentrum als Splitterpartei konnte diese Erwartungen nicht mehr erfüllen. Diese Erkenntnis führte auch altgediente Zentrums-Spitzenleute dazu, der CDU beizutreten, wobei die Aussicht auf eine Karrierefortsetzung nicht als störend empfunden wurde. Das Zentrum spielte in der Folge auf Bundesebene keine Rolle mehr.

V.3 Der Niedergang des Zentrums nach der Landtagswahl 1955. Die Schulpolitik als Spiegel tief verwurzelter Konflikte.

Die für das Zentrum katastrophalen Ergebnisse der Landtagswahl am 24. April 1955 haben der Partei auf Landesebene den Todesstoß versetzt. Auch in ihren emsländischen Hochburgen musste sie erhebliche Verluste hinnehmen, so dass sie auch hier, wo sie – anders als in den anderen Teilen der Bundesrepublik – über ein Jahrzehnt einen wichtigen Faktor in der Kommunalpolitik bildete, langsam in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Der Landtagswahlkampf 1955 wurde von einem landespolitischen Thema dominiert - dem Streit um die Schulgesetzgebung, der eine längere Vorgeschichte hatte.

Eine Neuorientierung in der Bildungspolitik gehörte nach Auffassung der britischen Militärregierung ohne Frage zu den unverzichtbaren Aspekten bei der Schaffung demokratischer Verhältnisse. Die Briten förderten die Reformbestrebungen nach 1945 allerdings nicht nachhaltig, da in ihren Augen andere Punkte wie zum Beispiel der Wirtschaftsaufbau Priorität genossen. Die SPD geführte Landesregierung von Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf strebte von Anfang an eine Reform der Schule an, die auf eine Aufhebung des starren dreigliedrigen Systems abzielte. Der spätere niedersächsische Kultusminister Adolf Grimme verfolgte den „Neubau des Schulwesens“ mit Nachdruck.¹⁵⁴ Auf der Basis der Reformpädagogik strebte er vor allem eine stärkere Durchlässigkeit innerhalb des traditionellen Schulsystems an, was keine revolutionäre Veränderung bedeutete. Dennoch regte sich in einzelnen Landesteilen

¹⁵⁴ Von Reeken: Gründung, S.675.

starker Widerstand gegen eine derartige Reform. Schon 1946 hatte es besonders in den katholischen Regionen ein energisches Eintreten für die Bekenntnisschulen gegeben. Im Emsland, in Südoldenburg und in Hildesheim formierten sich - unterstützt von ihren politischen Vertretungen Zentrum und CDU - die Katholiken, was auf Grund ihrer historischen Erfahrungen nicht weiter verwundert. Hier hatte es traditionell ein dichtes Netz von katholischen Schulen gegeben, die von den Nationalsozialisten im Frühjahr 1939 geschlossen worden waren. So wurde etwa das Maristengymnasium in Meppen am 1. April 1939 aufgelöst; die Pennäler hatten, wenn sie das Abitur ablegen wollten, das staatliche Gymnasium, das von einem NSDAP-Mitglied geleitet wurde, zu besuchen. In Haselünne, wo der Ursulinenorden eine Schule betrieb, gingen die Nazis noch brutaler vor. Nachdem am 11. Juli 1941 alle Schwestern aus dem Kloster vertrieben worden waren, richteten die Machthaber hier gar eine „Nationalpolitische Erziehungsanstalt (NAPOLA)“, also eine Eliteanstalt für den NS-Nachwuchs, ein. Hinzu kam, dass im kollektiven Gedächtnis der Menschen der Kulturkampf im 19. Jahrhundert noch präsent war.¹⁵⁵ Besonders die Auseinandersetzung um das Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 hinterließ im Emsland tiefe Spuren, wie eine neuere Arbeit nachweist.¹⁵⁶ Die Vorstellungen, wie ein katholisches Schulwesen zu gestalten sei, hatten also eine lange Tradition und waren in der Bevölkerung tief verwurzelt.

Mit den Ausführungsbestimmungen griff auch der bundesrepublikanische Staat konkret in das Schulwesen ein. So durften die sogenannten Schulorden keinen Unterricht in Volksschulen mehr anbieten. Weiterhin wurden die höheren Töchterschulen verboten, was auch die bereits erwähnte Ursulinenschule betraf. Hinzu kam, dass die Pläne der SPD geführten Landesregierung als sozialistisch angesehen wurden, wogegen man sich ebenfalls strikt wandte. Vor diesem Hintergrund erscheint es allzu verständlich, dass die Emsländer eine große Sensibilität gegenüber staatlich verordneten Reformen entwickelten, die mit ihren Vorstellungen von christlicher Erziehung und Schule nicht in Einklang zu bringen waren.

Nach der Beratung im Landtag und der Vorlage eines Schulgesetzentwurfs begannen die Proteste in der Region. Nach dem Entwurf sollte die Gemeinschaftsschule Regelschule werden, die Bekenntnisschule nur unter strengen Auflagen möglich sein. Die Wellen der Empörung schlugen im Emsland hoch, die Eltern befürchteten, dass die Kreuze in den Schulen abgehängt würden. Auf Elternversammlungen in kleinen Dörfern im Kreis Lingen wurde mit dem Anschluss an Nordrhein-Westfalen gedroht, um Druck auf die Landesregierung auszuüben.¹⁵⁷ Der Minister möge dorthin verschwinden, wo der Pfeffer wächst, hieß es auf einigen Versammlungen. Die Bischöfe von Osnabrück, Paderborn, Hildesheim und Münster gaben ein gemeinsames Hirtenwort heraus, das von den Kanzeln verlesen werden musste. Es solle kein

¹⁵⁵ Willi Rüländer: „Der Kulturkampf geht in seinem Sturmschritt weiter“. Kulturkampf in der Region. Das Emsland. , Sögel 2020 (künftig Rüländer: Kulturkampf).

¹⁵⁶ Rüländer: Kulturkampf.

¹⁵⁷ LVB vom 10.2.1954.

neuer Kulturkampf angezettelt werden, aber die Hindernisse für die Einrichtung von Bekenntnisschulen seien zu hoch.¹⁵⁸ Auf Vortragsveranstaltungen sprachen sich Pädagogen, etwa „Frau Oberstudiendirektor Knapstein und Herr Oberstudiendirektor Dr. Knapstein“ aus Meppen gegen das Gesetz aus. In Osnabrück versammelten sich 1.000 Bürgermeister und Gemeindevertreter*innen und protestierten mit einem Schweigemarsch gegen das Schulgesetz, in dem sie eine Vergewaltigung ihrer Rechte sahen.¹⁵⁹ Die Leitung hatten ein Aktionsbündnis aus Osnabrück und der Lingener Landrat Greve inne, der eine EntschlieÙung verlas. Erzbischof Wilhelm Berning nahm die Gelegenheit anlässlich einer Wallfahrt wahr, um den Schulgesetzentwurf zu kritisieren. Würden die Pläne der Regierung verwirklicht, hörten die katholischen Schulen bis auf wenige Ausnahmen auf zu existieren. In der Diözese Osnabrück würden nur zehn bestehen bleiben, alle anderen würden in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Die Aktionen der Eltern seien nicht klerikal gesteuert gewesen, sie hätten nur ihr Elternrecht eingefordert und auf Gewissensfreiheit bestanden, gab Berning der Presse zu Protokoll.¹⁶⁰

Eine Zuspitzung erfuhr der Streit durch einen Beschluss des Kultusausschuss am 3.Juni 1954 in Hannover. Mit den Stimmen der SPD, des BHE und der FDP wurde die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule als Regelschule beschlossen. Der Antrag der DP/ CDU, neben der Gemeinschaftsschule auch der Bekenntnisschule volle Gleichberechtigung zu geben, wurde damit abgelehnt. Der Abgeordnete der CDU, Ernst Watermann stellte den Antrag: „Schulen sind christliche Schulen. Maßgebend für Gestaltung der Schulform ist der Elternwille. Die Volksschulen sind entweder evangelische Volksschulen oder katholischen Volksschulen oder allgemeine Volksschulen.“ Dagegen beharrten die Regierungsparteien und die FDP auf ihrem Standpunkt: „Schulen sind grundsätzlich christlich, in ihnen werden die Schüler ohne Unterschiede des Bekenntnisses und der Weltanschauung gemeinsam erzogen“.

Besonders die Protestaktionen der katholischen Elternverbände nahmen in der Folge Fahrt auf. Das geplante Schulgesetz schränke nach ihrer Auffassung die Religions- und Gewissensfreiheit ein. Sie lehnten die „staatliche Einheitsschule“ ab, die die Freiheit gefährde, und forderten dezidiert die Bekenntnisschule, damit „durch diese das christliche Vätererbe erhalten bleibe“.¹⁶¹ Wie einflussreich die Elternverbände mit Unterstützung der katholischen Abgeordneten waren, zeigten die zahlreichen Protestveranstaltungen und die großen Demonstrationen am 7.März 1954 in Hannover mit 60.000 Teilnehmer*innen und am 22.August 1954 in Lingen mit über 70.000 Gegner*innen des Schulgesetzes.

Bemerkenswert war, dass bei dieser Großkundgebung eine Frau das Wort ergriff. Zwar betonte Frau Mathilde Knapstein aus Meppen eingangs, dass sie nicht als Vertreterin einer politischen Partei oder als Abgesandte der katholischen Kirche spreche, sondern als Mutter von

¹⁵⁸ LVB vom 22.2.1954.

¹⁵⁹ LVB vom 8.5.1954.

¹⁶⁰ Lingener Tagespost vom 16.1954.

¹⁶¹ Emsland –Nachrichten vom 23.April 1955, Anzeige.

fünf Kindern. Sie interessiere sich nicht für die politischen und rechtlichen Aspekte des Schulgesetzes, sondern für die Auswirkungen auf die Kinder. Bisher habe es eine Einheit von Familie, Schule und Kirche gegeben, die durch die neuen Richtlinien gesprengt würden. Die Schüler dürften nicht mehr das Schulgebet sprechen, die Lehrkräfte würden in ihrem Wirken beeinträchtigt. Die von der Landesregierung angestrebte Erziehung zum Staatsbürger müsse ergänzt werden durch die zum Bürger des Reiches Gottes. Die Rednerin appellierte an das Gewissen der Mütter, die sich am besten um die Kinder kümmerten. „Wenn jemand die Stimme erheben darf, dann sind es die Mütter.“¹⁶² Die Rede endete mit einem flammenden Appell an „unseren Landesvater“ Hinrich Kopf.

„Hier im Emsland erfüllen viele zehntausende Mütter nichts anderes als ihre Pflicht, indem sie um ihr Recht bitten. Wir sind eine Minderheit. Aber sind Sie nicht auch Landesvater dieser Minderheit? Und warum sollen wir nicht auch die gleichen Rechte haben wie alle anderen, da wir doch die gleichen Pflichten tragen?“¹⁶³

Der Journalist schließt seinen Artikel mit dem Hinweis, dass viele Mütter vor Rührung Tränen in den Augen hatten.

Im Hinblick auf die „Demokratisierung“ gerade der Emsländerinnen geschieht hier im Kampf gegen das Schulgesetz etwa Überraschendes, zumindest für die Untersuchungsregion. Frauen waren hier bislang bei politischen Aktionen und Konflikten – wenn überhaupt – nur am Rande in Erscheinung getreten. Selbst wenn die Rednerin angibt, die politischen Aspekte den Männern überlassen zu wollen, agiert sie doch im Kern politisch, indem sie vehement die Interessen der Mütter vertritt, ihre Partizipation an demokratischen Entscheidungsprozessen einfordert und sie für Demonstrationen und einen politischen Kampf für ihre Interessen mobilisiert. Das ist auch deswegen bemerkenswert, da sie andererseits einem traditionellen Familienbild verhaftet bleibt. Offenkundig wurde mit der geplanten Veränderung des Schulgesetzes ein Kern des emsländischen Selbstverständnisses getroffen. Für die Väter sprach der stellvertretende Landrat Hermann Nottberg, der auf das alleinige Recht der Eltern zur Kindererziehung abhob. Deshalb werde man einem unmoralischen Gesetz nicht zustimmen, weil es mit dem Gewissen nicht vereinbar sei. Nottberg forderte für die heimischen Kinder die katholische Schule, in anderen könne die Gemeinschaftsschule eingeführt werden. Er hoffe, dass die Regierung die Emsländer nicht als „Bürger minderen Rechtes“ ansehe und sie als Vollbürger akzeptiere.¹⁶⁴ Was hier durch scheint, ist die Angst vor einer Benachteiligung der Katholiken durch die Landesregierung.

¹⁶² LVB vom 23.08.1954.

¹⁶³ LVB vom 23.08.1954.

¹⁶⁴ LVB vom 23.08.1954.

Recht geht vor Macht!

Die christlichen Eltern West-Niedersachsens protestieren
gegen das geplante Niedersächsische Schulgesetz

Grosskundgebung

am Sonntag, 22. August, in Lingen

**Landtagspräsident Gockeln, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf
als Hauptredner**

**Wir kämpfen um die Erziehung unserer Kinder
und für unser Elternrecht!**

Aus allen Teilen West-Niedersachsens werden Sonderzüge und
Sonderomnibusse eingesetzt

Quelle: Lingener Volksbote vom 19. August 1954

Die Grundsatzrede bei der Demonstration in Lingen hielt der NRW- Landtagspräsident Josef Gockeln, der auch Vizepräsident des Zentralrats deutscher Katholiken war. Der CDU- Vertreter stellte grundsätzliche Überlegungen zum Elternrecht an, bei dem es um die Freiheit, um das Recht und um die Zukunft „unseres christlichen Volkes“ gehe. Hier gehe es um Erziehungs-

gesetze, die Strukturgesetze eines Volkes seien und über wirtschaftlichen Tagesfragen stünden. Die Demokratie müsse die Lebensräume der Bürger respektieren, die Freiheit des Wohnsitzes, die in Wirtschaftsfragen und in der Konsumwahl. Die Erziehungsfrage sei das entscheidendste Anwendungsfeld der persönlichen Verantwortung. Daraus folge, dass das Elternrecht die Gretchenfrage der Demokratie sei. Der Landtagspräsident fordert Bekenntnisschulen und die Gleichberechtigung aller privaten Schulen sowie die finanzielle Sicherheit und die Abschlussberechtigung.¹⁶⁵ So betrachtet können die Demonstrationen als ein Musterbeispiel für die fortschreitende Demokratisierung in der frühen Bundesrepublik gelten. Die Menschen erkennen, dass sie durch ihr Handeln etwas erreichen können, sie wollen nicht mehr alles schlucken, was von oben angeordnet wird. Dass das Ziel, die Etablierung einer katholischen Bekenntnisschule, aus heutiger Sicht eher rückwärtsgewandt wirkt, ist unter diesem Aspekt weniger relevant. Die Menschen mobilisierten sich und nahmen das im Grundgesetz festgeschriebene Demonstrationsrecht wahr.

Die Protestaktionen waren nicht von Erfolg gekrönt. Am 1. September 1954 beschloss der Landtag das neue Schulgesetz. Danach wurde die Gemeinschaftsschule die Regelschule. Es bestand aber weiterhin die Möglichkeit, eine Bekenntnisschule einzurichten, wenn 120 Eltern (bei Gemeinden bis 5.000 Einwohnern) bzw. 240 Eltern (bei Gemeinden über 5.000 Einwohnern) sich dafür aussprachen. Ferner wurde an den Pädagogischen Hochschulen das Fach Katholische Religionspädagogik eingeführt. Die Hochschule Vechta blieb als katholische Institution erhalten. Überdies sollten die Privatschulen sowie die katholische Erwachsenenbildung staatlich gefördert werden. De Facto wurde ein „tragfähiger Kompromiss“ gefunden.¹⁶⁶ Frank Bösch spricht in diesem Zusammenhang von einem „konservativen Pragmatismus“.¹⁶⁷ Zwar traten im Oktober 1954 etliche Schüler in einen kurzfristigen Streik, der aber ohne Folgen blieb. Die Gemüter beruhigten sich, zumal in katholischen Regionen wie dem Emsland schnell der Schulalltag einkehrte und alles wie gehabt in gewohnten Bahnen ablief.¹⁶⁸

Das Schulgesetz kam im Vorfeld der Landtagswahl 1955 noch einmal auf die Tagesordnung und bildete – wie erwähnt – das zentrale landespolitische Thema. Allerdings griffen auch einige prominente Bundespolitiker in den Wahlkampf ein, was den Stellenwert der Landtagswahl für den Bund unterstrich. So trat der spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 21. April 1955 auf einer CDU -Veranstaltung im benachbarten Nordhorn auf.

Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer ließ es sich nicht nehmen, im Landtagswahlkampf aufzutreten. Mit großen Aufwand wurde der Auftritt des Bundeskanzlers in der Presse angekündigt. Neben redaktionellen Vorberichten erschienen etliche Annoncen der örtlichen CDU, in denen auf die Unterstützung des Emslandes durch die Adenauer-Regierung verwiesen wurde.

¹⁶⁵ LVB vom 23.08.1954.

¹⁶⁶ Kuroпка: Katholiken, S.1156.

¹⁶⁷ Zitiert aus Reeken: Gründung, S.675.

¹⁶⁸ LVB vom 23.08.1954.

Aufruf an die Bevölkerung

In vier Tagen, am Freitag, dem 15. April, 15 Uhr, wird Bundeskanzler Dr. Adenauer in Lingen zu uns Emsländern sprechen. Seit 1949 trägt er nun schon die Last als verantwortlicher Kanzler. Tatkräftig und zäh hat er die Voraussetzungen für den Wiederaufbau im Innern geschaffen und dem deutschen Namen im Ausland wieder einen guten Klang gegeben. Nicht zuletzt, weil er mit unbeirrbarer Folgerichtigkeit für die von Deutschland eingegangenen Verträge eintritt.

Der Bundeskanzler kommt nicht mit leeren Händen in das Emsland. Seine Regierung ist die erste, die zu der oft geplanten, aber immer wieder unterbrochenen wirtschaftlichen Erschließung den entscheidenden Anstoß gegeben hat und sie in die Tat umsetzt. Wenn er am Freitag nach Lingen kommt, so ist das ein erneuter Beweis seines Interesses für unsere Heimat.

Bei der letzten Bundestagswahl im September 1953 hat das Emsland dem Kanzler mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Zeigt dadurch, daß Ihr am Freitag nach Lingen kommt, und durch Euere Stimmabgabe am 24. April, daß Ihr auch heute hinter ihm steht.

Arbeitgeber! Gebt Eueren Gefolgschaften Gelegenheit, an der Kundgebung teilzunehmen. Arbeitnehmer! Verhandelt darüber mit Eueren Betriebsleitern!

Lingener! Noch nie hat ein deutscher Kanzler in Eueren Mauern geweiht. Am Freitag wird Konrad Adenauer unter Euch sein. Wißt diese Stunde zu würdigen und schmückt Eure Häuser mit Fahnen!

Lingen, 11. April 1955.

Christlich-Demokratische Union.

Quelle: Lingener Volksbote vom 11. April 1955

Bundeskanzler Konrad Adenauer sprach am 23. April 1955 in Lingen zu 12.000 Anhängern, die sich auf dem Marktplatz und in den Nebenstraßen drängten. Er warb für seine außen- und innenpolitischen Konzepte, griff dabei die Sowjetunion scharf an und bezichtigte sie, hauptverantwortlich für die Störung des Weltfriedens zu sein.¹⁶⁹ Daher sei das Scheitern des Zustandekommens der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bedauerlich. Breiteren Raum nahm der Verweis auf die wirtschaftlichen Erfolge und deren positiven Auswirkungen auf den Landstrich ein, weil dieser über den Emsland-Plan direkt davon profitiere. Ein weiteres Motiv für den Einsatz des Kanzlers dürfte im Verlust der Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat – die SPD hatte in Bayern 1954 die Landtagswahl gewonnen - zu suchen sein. Den Wahlerfolg der SPD in Bayern suchte er durch einen Sieg in Niedersachsen zu korrigieren, um die vorhergehenden Machtverhältnisse wiederherzustellen. Mit Blick auf die Wahlen mahnte der Kanzler die Einheit des christlichen Lagers an, nur so könne der Materialismus besiegt werden. Es gelte der Politik der CDU, die für Frieden, Freiheit und Wohlstand stehe, zum Sieg zu verhelfen. Der Kanzler gibt wenig verklausuliert zu erkennen, dass es ihm auch um die Ausschaltung des Zentrums ging, wenn er die Einheit des christlichen Lagers forderte. Der Streit um die Schulpolitik wird zum Kampf gegen die materialistische Ideologie aufgebauscht. Die Bot-

¹⁶⁹ EL-Nachrichten vom 24.4.1955.

schaft scheint bei den Landtagsabgeordneten Clemens Hesemann und Heinrich Kuhr angekommen zu sein, da sie sich für den Einsatz Adenauers in der Schulfrage und besonders für die finanzielle Unterstützung bedankten.



Bundeskanzler Adenauer beim Verlassen seiner Dienstlimousine. Quelle: Stadtarchiv Lingen

Im Mittelpunkt des Landtags-Wahlkampfes stand aber mit der Schulpolitik ein landespolitisches Thema. Getragen wurde der Protest erneut primär von den Elternverbänden, die „das untragbare Schulgesetz“ beseitigen und durch ein „besseres, auf Natur und Elternrecht fest gegründetes Schulgesetz“ ersetzen wollten. Im Hintergrund stand – und nicht nur bei ihnen – ein großes Misstrauen gegenüber der Landesregierung. Ein Bauer drückte das auf einer Versammlung mit den Worten aus: „Die versprechen viel und halten wenig.“¹⁷⁰ Unmut geäußert wurde auch über den Wahltermin im Frühjahr, wo doch die Bauern viel auf den Feldern zu tun hätten. Ferner kritisierten die Teilnehmer die Parteibuch- Personalpolitik, das angeblich die SPD bevorzugende Wahlgesetz und die Ausführungsgestaltung des Schulgesetzes, das die Emsländer am meisten aufrüttelte. In ihren Stellungnahmen warfen die Teilnehmer*innen der Regierung eine Einschränkung der Religions- und Gewissensfreiheit vor, lehnten die staatliche Einheitsschule pauschal ab und forderten dezidiert die Bekenntnisschule, damit „das christliche Vätererbe erhalten bliebe.“ Im Kern ging es weniger um differenzierte sachliche Verbesserungen, sondern um den Sturz der ungeliebten Regierung. Im Flugblatt wurden die Wähler aufgefordert, „jede Zersplitterung von Stimmen, auch auf mehrere christliche Parteien, zu vermeiden. Man helfe nur „der liberalistisch- marxistischen Front SPD, FDP, BHE

¹⁷⁰ EL-Nachrichten vom 20. April 1955.

u.a.“¹⁷¹ Das war ein unmissverständlicher Appell an die Zentrumsanhänger, der CDU die Stimme zu geben, um das gemeinsame Ziel, ein neues Schulgesetz, zu erreichen und damit das Elternrecht durchzusetzen.

Aktiv wurden erneut die Frauen im Vorfeld der Wahl. So lud der Katholische Frauenbund in die Aula der Meppener Liebfrauenschule zum Vortrag von Frau Dr. Bleyler ein. Die Bundestagsabgeordnete, aus dem Elsass vertrieben, hatte nach dem Studium der Sozialwissenschaften und ihrer Tätigkeit bei der Caritas intensive Erfahrungen im Flüchtlingswesen gemacht. Dr. Bleyler forderte die Zuhörerinnen auf, sich zu vergegenwärtigen, welche Verantwortung die heutige Frau in der Zeitgeschichte habe. Als Nachteil für das Zentrum stellte sich ferner heraus, dass sich die Position der CDU in dieser Frage nur um Nuancen von der eigenen unterschied. Das Zentrum vertrat ausschließlich katholische Interessen und berief sich dabei auf das Elternrecht als Naturrecht, das den weltlichen Gesetzen übergeordnet sei. Daraus leitete die Partei die Forderung nach einer Bekenntnisschule ab, die Schüler sollten nach Konfessionen getrennt unterrichtet werden.¹⁷²

¹⁷¹ EL-Nachrichten vom 23. April 1955.

¹⁷² Simon, Christian: Das religiöse Fundament der niedersächsischen Schulgesetze im Parteienstreit der Fünfziger Jahre, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 66, 1994, S. 261-289.

Der dritte Protestmarsch im Kampf um das Elternrecht

Wann findet er statt?

Am Sonntag, dem 24. April 1955, von 8—18 Uhr.

Wohin führt er Dich?

In Dein Wahllokal zur Wahlurne.

Wer nimmt teil?

Jeder, der in seiner Stimmenabgabe die Entscheidung seines Gewissens sieht.

Warum dieser Protestmarsch?

Weil vier Jahre Unterdrückung durch SPD, BHE u. a. uns voll- auf genügen.

Wozu dient er?

Um das Elternrecht, die Religions- und Gewissensfreiheit in Niedersachsen zu erkämpfen.

Für wen machen wir uns auf den Weg?

Für unsere Kinder, damit die Bekenntnisschule und durch diese das christliche Vätererbe erhalten bleibe. Jedes staatliche Einheitsschulmonopol gefährdet die Freiheit.

Wem gilt unser Protest?

Allen, denen wir das ungerechte Schulgesetz verdanken. Das sind: SPD, BHE, FDP und einige aus der Fraktion Mitte.

Wie gehen wir ihn?

Geschlossen, auf einem Wege, der sicher zum Ziele führt. Wir wissen, daß jede Zersplitterung von Stimmen, auch auf mehrere christliche Parteien, nur dem Gegner Vorteile verschafft.

Nach dem Wahlgesetz werden wohl alle Stimmen gezählt, jedoch benötigen kleine Parteien zur Erlangung eines Mandats erheblich mehr Stimmen, vielleicht sogar doppelt soviel, als die großen Parteien. Wenn wir uns spalten, helfen wir nur der liberalistisch-marxistischen Front, SPD, FDP, BHE u. a.

Was geloben wir?

Nicht zu ruhen noch zu rasten, bis das untragbare Schulgesetz beseitigt und dadurch ein besseres, auf Natur und Elternrecht fest gegründetes Schulgesetz ersetzt wird.

Landtagswahl!

bedeutet nicht Außenpolitik, Wiedervereinigung, Aufrüstung, Mitbestimmung oder andere lebenswichtige Gebiete, wohl aber entscheidet sie über die Bildungsstätte der kommenden Generationen, nämlich die

Schule

KATH. ELTERNAUSSCHÜSSE WEST-NIEDERSACHSEN

Quelle: Emslandnachrichten vom 23. April 1955

Die CDU vertrat auf Grund ihrer Überkonfessionalität weniger strikt die Position der Schwesterpartei, zeigte aber in der Bildungspolitik wenig Reformbereitschaft und hielt am dreigliedrigen Schulsystem fest. Die katholischen Bischöfe von Osnabrück, Hildesheim und Münster

fühlten sich – wie bereits oben ausgeführt - in schulischen Fragen von der CDU gut vertreten.¹⁷³ Dies machten sie auch in einem Hirtenbrief deutlich, der am Wahlsonntag von allen Kanzeln verlesen und auch in der Tageszeitung veröffentlicht wurde.¹⁷⁴ Sie erklärten die Einstellung in dieser Frage zu einer Gewissensentscheidung, was bedeutete: „Wer aus Wahlmüdigkeit nicht wählt, der sündigt“. Weiter schrieben die Bischöfe. „Niemand kann es mit seinem Gewissen vereinbaren, einer jener Parteien seine Stimme zu geben, die durch die Tat (gemeint ist das Schulgesetz, die Redaktion) bewiesen haben, daß sie nicht gewillt sind, für unsere berechtigten Forderungen einzutreten.“¹⁷⁵ Unmissverständlicher konnte eine Wahlaufforderung kaum ausfallen. In der Folge verlangten die Bischöfe von ihren Diözesanen, politische Meinungsverschiedenheiten aufzugeben und sich mit den evangelischen Brüdern und Schwestern zu einem starken Bündnis zusammenzuschließen. Dieser Appell war an die Zentrumsanhänger gerichtet, die CDU zu wählen, um das Schulgesetz rückgängig zu machen. Damit verzichteten sie auf die rein katholische Position, die vom Zentrum vertreten wurde, und auf eine direkte Einflussnahme auf politische Entscheidungen zugunsten von taktischen Erwägungen. Es ging den Würdenträgern darum, das Schulgesetz zu verhindern, was nur in einem starken Bündnis möglich war, andererseits aber Kompromissbereitschaft verlangte. Eindeutig bezog auch das parteinahe Blatt „Emslandnachrichten“ im redaktionellen Teil Stellung für die CDU.

So müssen wir wählen!

1	Sozialdemokratische Partei Deutschland	SPD	<input type="radio"/>
2	Gesamtdeutscher Block-BHE	BHE	<input type="radio"/>
3	Deutsche Partei	DP	<input type="radio"/>
4	Christlich-Demokratische Union	CDU	<input checked="" type="radio"/>
5	Freie Demokratische Partei	FDP	<input type="radio"/>
6	Deutsche Zentrums-Partei	Z	<input type="radio"/>
7	Deutsche Reichs-Partei	DRP	<input type="radio"/>
8	Kommunistische Partei Deutschland	KPD	<input type="radio"/>
9	Bund der Deutschen, Partei für Einheit und Frieden	BdD	<input type="radio"/>

Quelle: Emslandnachrichten vom 23. April 1955

Der intensive Wahlkampf spiegelt sich auch in den zahlreichen Zeitungsanzeigen der Parteien. Die CDU verweist auf die wirtschaftlichen Erfolge des Wiederaufbaus und beschwört die Einigkeit ihrer Anhänger.

¹⁷³ Aufruf zur Wahl 1955: EL vom 23.4.1955 (s.Kp.IV.d).

¹⁷⁴ EL vom 23.4..1955 (Hirtenbrief).

Am Montag ist es zu spät!

Am Sonntag fällt die Entscheidung!

**Das System der Parteibuchpolitik und der Skandale
in Niedersachsen hat abgewirtschaftet!**

Allein die CDU

konnte in den Bundestagswahlen 1953 erstmals die SPD in Niedersachsen schlagen, weil alle ihre Stimmen auf die CDU konzentrierten. Nur mit einer **starken CDU** wird das Ziel erreicht: Jeder einzelne sieht doch den Wiederaufbau dieser Jahre. Jeder weiß doch, wem dieser großartige Wiederaufbau zu verdanken ist.

In der Einigkeit liegt die Stärke! Wer mitbestimmen will, muß wählen!

Wählt die Partei des Bundeskanzlers

die

CDU - Liste 4

Quelle: Lingener Volksbote vom 23. April 1955

Profitieren konnte die CDU von Übertritten von prominenten Zentrumspolitikern im Umfeld der Landtagswahlen 1955. Im Rahmen dieser Arbeit soll exemplarisch die Position des promi-

nenten und im Emsland äußerst aktiven Gregor Dall, der oben bereits ausführlicher biografisch vorgestellt wurde, analysiert werden. In der ersten und zweiten Wahlperiode gehörte er für das Zentrum dem Niedersächsischen Landtag an, vom 26. Oktober 1950 bis zum 30. April 1951 als ihr Fraktionsvorsitzender. Am 8. Oktober 1953 schloss er sich der „Partei der Mitte“ an, bis er schließlich am 8. Dezember 1954 zur CDU wechselte.



Quelle: Emslandnachrichten vom 23. April 1955

Direkt vor der niedersächsischen Landtagswahl 1955 erläuterte der Redakteur H.B in einem Kommentar mit dem Titel „Wer betreibt hier Dummenfang?“ die Einstellung Dalls.¹⁷⁶ Er beschrieb als Einstieg die Position des Zentrums und setzte sich in der Folge damit auseinander. Nach Meinung der Zentrumspolitiker komme jede Stimme für ihre Partei „voll und ganz zur Auswirkung“.¹⁷⁷ Der Kommentator zitiert zur Widerlegung ausführlich den Landtagsabgeordneten Dall, der als Abgeordneter einer Splitterpartei gearbeitet und daraus die einzig mögliche Konsequenz gezogen habe, nämlich das Zentrum zu verlassen. Dall argumentiert: Wenn die Wähler einen Abgeordneten ins Parlament schickten, erwarteten sie, dass er sich für ihre Interessen einsetze. „Voraussetzung dafür ist freilich, daß der Abgeordnete einer arbeitsfähigen Fraktion angehört. Denn nur eine solche Fraktion ist in der Lage, die Voraussetzung für eine ordnungsmäßige und erfolgreiche parlamentarische Arbeit zu geben.“¹⁷⁸ Ferner fehlten den Abgeordneten die Fachleute für die Vorarbeiten in den Ausschüssen, in denen sie überdies häufig nicht vertreten seien. Laut Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtags betrage die Mindestzahl einer Fraktion zehn Abgeordnete. Dall appellierte an die Wählerschaft, keine Splittergruppe zu wählen, weil die Stimmen nicht voll zum Tragen kämen. Als Christ könne man seine Stimme nur der CDU geben.

Deutlich wird in der Erklärung, dass es nicht um Meinungsverschiedenheiten in einer Sachfrage - in der Beurteilung der Schulpolitik stimmten die beiden christlichen Parteien weitgehend überein – ging, sondern um die Schlagkraft in der Auseinandersetzung mit den Regierungsparteien. Dass diese Argumentation bei den meisten christlichen Wählern Gehör fand, zeigten die Wahlergebnisse, die die Zentrumspartei zur Bedeutungslosigkeit verbannte. Die Zentrumspartei setzte in ihrem Wahlkampf einseitig auf das Thema Schulpolitik und verlor dadurch andere, die Wählerinnen und Wähler bedrückende Themen aus dem Blick. Überdies erkannte sie offenkundig nicht richtig, wie Demokratie funktioniert. Es reicht nicht, ein erstrebenswertes Ziel zu haben, sondern dafür müssen auch Mehrheiten organisiert werden. Das hatte die CDU viel besser verstanden.

Am 5. Mai 1951 sagte die Deutsche Zentrumspartei an dieser Stelle vor der letzten Niedersächsischen Landtagswahl:

Das Zentrum
vertritt kompromißlos das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder. Es fördert Schulen nach dem Willen der Erziehungsberechtigten und verlangt für katholische Kinder die katholische Bekenntnisschule.

**Liste 6
(Z)
Hermann Greve**

Darum wähle nur:

Dieser Standpunkt des Zentrums hat sich auch heute noch nicht geändert.

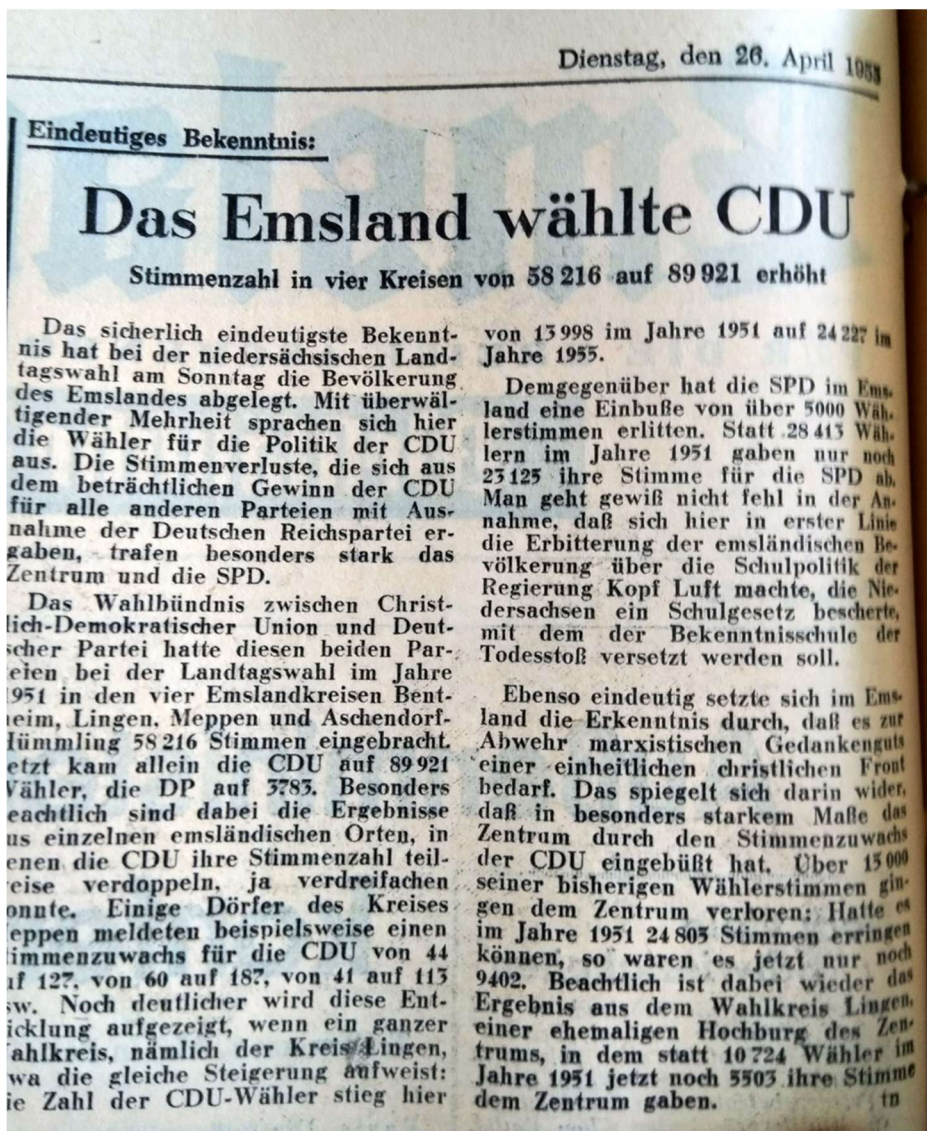
Quelle: Lingener Volksbote 23. April 1955

¹⁷⁶ EL vom 23.4.1955.

¹⁷⁷ EL vom 23.4.1955.

¹⁷⁸ EL vom 23.4.1955.

Zwei Tage nach der Wahl titelte die Emslandnachrichten: „Das Emsland wählte CDU. Stimmzahl in vier Kreisen von 58.216 auf 89.921 erhöht“.¹⁷⁹ Die Stimmenverluste trafen nach Ansicht des Reporters besonders stark das Zentrum und die SPD. Im Kreis Lingen verdoppelte die CDU fast ihre Voten von 13.998 im Jahre 1951 auf 24.227. Die SPD büßte über 5.000 Stimmen ein, was der Journalist auf die Erbitterung der Emsländer über die Schulpolitik zurückführt. Noch stärker fielen die Verluste beim Zentrum aus. Hatte die Partei 1951 noch 24.803 Stimmen erreicht, landete sie 1955 bei dem katastrophalen Ergebnis von 9.402 Stimmen. Ein besonders schmerzhaftes Ergebnis mussten die Zentrumsanhänger in ihrer ehemaligen Hochburg Lingen hinnehmen. Statt 10.724 wie 1951 gaben die Wähler der Partei nur noch 5.503 Stimmen. Der Reporter erklärt das Ergebnis der Wahlen damit, dass die Emsländer erkannt hätten, „dass es zur Abwehr des marxistischen Gedankenguts einer einheitlichen christlichen Front bedarf.“¹⁸⁰



Quelle: Emslandnachrichten vom 26. April 1955

¹⁷⁹ EL vom 26.4.1955. Hier wird der Kreis Bentheim zu den Emslandkreisen gezählt.

¹⁸⁰ EL vom 26. April 1955.

Diese Wahlanalyse des Reporters wirkt plakativ und überzogen. Die typischen Wähler und Wählerinnen dieser Region werden bei seiner Entscheidung an der Wahlurne weniger an den Kampf gegen den Marxismus gedacht haben. Wodurch die Menschen sich mobilisieren ließen, war die Schulpolitik der Landesregierung. Dass die sonst eher bedächtigen und zurückhaltenden Emsländer und explizit auch die Emsländerinnen - befördert durch die aktiven Elternverbände - sich zu Protestversammlungen trafen und Großdemonstrationen in bisher nicht bekanntem Ausmaß wie in Lingen organisierten, beweist allein schon, wie stark das Thema die Menschen umtrieb. Die CDU-Politiker vor Ort trugen ihren Teil zur Mobilisierung und zur Wahlentscheidung bei, indem sie auf die Machtverhältnisse in Niedersachsen abhoben. In der Tat konnte die CDU auf Landesebene ein ungleich stärkeres Gewicht in die Waagschale werfen auf Grund der besseren Beziehungen. Um erfolgreich gegen die Regelungen im Schulwesen vorgehen zu können, musste man die Kräfte bündeln, was erst zur Schwächung des Zentrums und schließlich zu seiner Bedeutungslosigkeit führte. Die Wählerschaft orientierte sich bei ihren Entscheidungen immer weniger an der Tradition, sondern mehr an der Durchsetzungsmöglichkeit ihrer Interessen. Ferner standen die früheren Differenzen zwischen Zentrum und CDU, etwa die Entnazifizierung und sozialpolitische Probleme, nicht mehr im Vordergrund ihrer Wahrnehmung. Die NS-Belasteten wurden integriert, die sozialen Fragen verloren mit dem Wirtschaftswunder an Schärfe. Die CDU ging als die große Siegerin aus diesem Konflikt hervor.

Zwischenfazit

Dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmid wird folgender Ausspruch zugeschrieben: „Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine.“ Die Großdemonstration in Lingen wie auch die zahlreichen anderen Protestveranstaltungen und öffentlichen Stellungnahmen gegen die Schulpolitik stellen danach ein Musterbeispiel für gelebte Demokratie dar. Die Emsländerinnen und Emsländer suchten ihre Vorstellungen und Interessen in einem legitimen demokratischen Procedere durchzusetzen. Bemerkenswert ist die Rolle der Frauen, die sich als Rednerinnen und als Aktivistinnen in den Elterninitiativen in die Protestbewegung einbrachten und erste Schritte zur politischen Partizipation und Gleichberechtigung machten. Ferner ging es bei der Auseinandersetzung zwischen Zentrum und CDU um einen für die Demokratie konstitutiven Vorgang. Im Hintergrund stand stets – bei allen persönlichen Ambitionen der Protagonisten aus beiden Parteien – die Frage, wie man am besten eine Mehrheit gegen die SPD geführte Landesregierung organisieren kann.

VI Fazit und abschließende Diskussion der Fragestellung

Die Geschichte der heftig geführten Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und der CDU zwischen 1945 bis 1955 kann als Beispiel für demokratische Lernprozesse interpretiert werden. Dabei erfolgte die Entwicklung zu demokratischen Praktiken im Emsland zeitversetzt zu anderen Gegenden der Bundesrepublik und vor Ort mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. In der Untersuchung konnten folgende, für die Etablierung der Demokratie relevanten Aspekte ermittelt werden. Das katholische Milieu, das das Leben der Emsländer seit dem Kaiserreich prägte, überstand die Zeit des Nationalsozialismus zunächst unbeschadet. Das Zentrum konnte in den Dörfern über das intakte dichte Netz katholischer Vereine und Verbände die Wähler weiterhin an sich binden. Vielfach wussten die Pfarrer ihren starken Einfluss auf die Gemeindeglieder bei den Wahlen auszuüben. Ferner sahen die Heuerleute als zahlenmäßig größte Gruppe auf dem Land ihre Interessen zunächst überzeugender vom Zentrum vertreten. Das lange Festhalten am traditionellen Wahlverhalten hatte auch damit zu tun, dass die oft abgeschieden in kleinen Dörfern lebenden Menschen wenig Möglichkeiten besaßen, sich über moderne Entwicklungen zu informieren. Man hielt am Gewohnten fest. Dies änderte sich mit dem Zuzug der Flüchtlinge, wodurch der Landstrich auch konfessionell gemischerter wurde. Die neu gegründete CDU konnte durch die bewusste Öffnung für protestantische Christen vor allem in den Städten Meppen und Lingen rasch Fuß fassen. Überdies zeigte sie sich aufgeschlossener für Neuerungen, die auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse im Emsland zielten.

Damit einher ging die Erkenntnis, dass zur Umsetzung der Modernisierung in einer Demokratie parlamentarische Mehrheiten erforderlich sind. Mit dem Zentrum, das im Ersten Bundestag nur mit zehn Abgeordneten vertreten war, konnte dies nicht erreicht werden. Umgekehrt unterstützte die Bundes-CDU, insbesondere Konrad Adenauer, das Bestreben der Emsländer nach umfangreichen infrastrukturellen Verbesserungen, wobei er auch parteipolitische Ziele verfolgte. Adenauer wollte schlicht die ungeliebte Zentrumsparterie als Machtfaktor ausschalten.

Wie in einem demokratischen System zu agieren war, lernten die politischen Akteure unterschiedlich schnell. Bürgerliche Politiker erkannten bald, dass sie auf Bundesebene und im SPD dominierten Niedersachsen nur geeint erfolgreich sein konnten. Auch die Bischöfe schlugen sich bald auf die Seite der CDU, weil sie sich dadurch größeren Einfluss auf politische Entscheidungen versprachen. Diesem Kurs schlossen sich vermehrt die Dorfpfarrer an, vor allem dort, wo es angesehenen Persönlichkeiten gelang, einen CDU-Ortsverband zu gründen.

Das Thema der Entnazifizierung, das 1945/46 im Lingener Raum auf Betreiben des Zentrums zur Absetzung etlicher NS-Bürgermeister geführt hatte, wurde Ende der 40er Jahre ad acta gelegt. Die CDU agierte pragmatischer, indem sie fachlich versierte nationalsozialistische Funktionsträger integrierte oder gar wieder in vorher ausgeübte Ämter brachte.

Die genannten Punkte wirkten sich auf das Wahlverhalten vieler Emsländer aus – wenn auch unterschiedlich schnell. Die Menschen votierten nicht mehr nur aus traditioneller Gewohnheit, sondern fragten danach, welche Partei die eigenen Vorstellungen und Wünsche am besten umsetzen könne. Dies führte dazu, dass bisher unpolitische Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Mütter die demokratischen Spielregeln erlernten, um ihre Interessen zu vertreten. Als ein Musterbeispiel für gelebte Demokratie – und zwar nicht nur regional – kann die große Demonstration gegen die Schulpolitik der SPD-Landesregierung gelten, bei der die Elternverbände fast 70.000 Teilnehmer in Lingen auf die Straße brachten, die sich gegen die Abschaffung der Bekenntnisschule aussprachen. Vorher nahmen Elterninitiativen auf zahlreichen Versammlungen und mit etlichen Petitionen ein demokratisches Recht wahr und taten somit kund, dass sie in der neuen Staatsform angekommen waren. Im Rückgriff auf die eingangs aufgeworfene Frage kann der im Emsland länger als andernorts anhaltende Konflikt zwischen den Schwesterparteien daher als Beitrag zur „inneren Demokratisierung“ und Stabilisierung der Bundesrepublik gedeutet werden.

Anhang

Kurzbiographien wichtiger Lokalpolitiker im Emsland

Arnold Blanke (* 05.12.1887 in Stadtlohn, + 28.05.1972 in Meppen)

Gymnasiallehrer, Bürgermeister

Nach dem Abitur am 10. März 1908 studierte er in Münster und München die Fächer Geschichte und Deutsch. 1913 legte er sein Staatsexamen ab. Er wurde im Ersten Weltkrieg Soldat, danach arbeitete er als Studienassessor in Danzig und Thorn. In Folge der Unruhen gelangte Blanke auf eigenen Wunsch nach Meppen, wo er mit kurzen Unterbrechungen am hiesigen Gymnasium bis zu seiner Pensionierung am 31. März 1953 tätig war.

Geprägt von seiner Soldatenzeit traf er sich mit gleich gesinnten Frontsoldaten, um die Kriegserlebnisse aufzuarbeiten und um ihre Interessen zu vertreten. Zusammen gründeten sie am 26. Februar 1924 den Stahlhelm, eine Unterstüzerorganisation der rechten Deutschnationalen Volkspartei. Blanke übernahm den örtlichen Vorsitz dieser Vereinigung, die die Demokratie bekämpfte. Gegen Ende der Weimarer Republik radikalisierten sich viele Stahlhelmer und schlossen sich der NSDAP an, so auch Blanke, der allerdings nach kurzer Zeit nach der Lektüre von Rosenbergs Rassentheorie wieder austrat, weil er sich damit nicht identifizieren konnte.

Nach 1945 tat sich Blanke mit dem Ausstellen von sogenannten „Persilscheinen“ hervor. Blanke gehörte dem von den Briten einberufenen ersten Stadtrat an, der unter der Leitung von Bürgermeister Kraneburg am 11. Oktober 1945 zusammentrat. Dr. Hermann Kerckhoff übernahm Anfang 1946 das Ehrenamt, weil der bisherige hauptamtliche Bürgermeister Dr. Hans Kraneburg es vorzog, nach der Neugliederung der Verwaltung durch die Briten den neu geschaffenen, ebenfalls hauptamtlichen Posten des Stadtdirektors zu übernehmen. Zu einem weiteren Wechsel kam es im November 1946, weil Dr. Kerckhoff zum Landrat gewählt wurde und als Bürgermeister zurücktrat. Blanke wurde vom CDU dominierten Stadtrat am 22. November 1946 mit 14 Stimmen gewählt, konnte das Amt nur ein knappes Jahr bekleiden, weil er auf Grund einer Verfügung des Niedersächsischen Kultusministers dieses wie auch das Mandat als Ratsmitglied niederlegen musste.

Nach seiner Pensionierung konnte er wieder Bürgermeister werden. Am 22. Februar 1956 trat er als Nachfolger von Sagemüller erneut das Amt an und übte es bis 9. November 1963 aus. Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt erfolgte am 05. Dezember 1967. Einen Tag nach seinem 75. Geburtstag wurde ihm das Bundesverdienst I. Klasse vom Regierungspräsidenten Dr. Friemann verliehen. In der Feierstunde betonte der SPD Vertreter Wernemann die stets ausgleichende Art des Bürgermeisters.

Literatur: EL-Nachrichten vom 5.12.1967 (75.Geburtstag), vom 7.12.1962 (Verleihung des Bundesverdienstkreuzes)

Gregor Dall, (* 19. August 1902 in Laxten; † 5. April 1966)

Landwirt und Politiker, Bürgermeister, Kreistag, Landtag bis 1963 (Zentrum, CDU).

Dall wird im Text ausführlich behandelt. Deshalb wird an dieser Stelle auf eine biografische Vorstellung verzichtet.

Heinrich Eckstein(* 19. Mai 1907; † 6. August 1992)

Landwirt, Politiker Zentrum, CDU), Unternehmer.

Der Sohn eines Gast- und Landwirts absolvierte nach dem Schulbesuch eine landwirtschaftliche Ausbildung und besuchte Ergänzungslehrgänge. Er arbeitete auf verschiedenen Höfen, bis er schließlich Mitte der 1930er Jahre ins Emsland nach Altenlingen kam. 1940 wurde er Verwalter des Gutes Holsterfeld in der Gemeinde Holsten, heute Gemeinde Salzbergen. Im Oktober 1945 gehörte Eckstein zu den Initiatoren und im Dezember zu den Mitbegründern der CDU im Kreis Lingen. Bald nach Kriegsende wurde er Mitglied des Rates der Gemeinde Holsten, von 1946 bis 1948 gehörte er dem Kreistag des Landkreises Lingen an, ferner seit 1947 dem CDU-Bezirksvorstand. Darüber hinaus arbeitete er an führender Stelle in der „Vereinigung des emsländischen Landvolks“ mit. Die CDU nominierte ihn als Direktkandidaten für den Wahlbezirk 5 (Bersenbrück-Lingen) zur Wahl des ersten Bundestags. Dem Parlament gehörte er von 1949 bis 1957 an, 1949 und 1953 wurde er direkt gewählt. Er war Mitglied des einflussreichen Haushaltsausschusses. Als Bundestagsabgeordneter war Eckstein wesentlich am Zustandekommen des Emslandplans beteiligt.

Literatur: Gerdes, Karin: Art. Heinrich Eckstein, in: EG Bd. 21, Haselünne 2014, S.498- 516.

Heribert Schulte -Eissing, (*29.11.1863-+25.12.1935)

Landwirtschaftsfunktionär, Zentrums Politiker

Heribert Schulte-Eißing war ein vermöglicher Landwirt, der sich schon im Kaiserreich für das Zentrum engagierte. So gehörte er zum Wahlkreiskomitee im Landtagswahlkreis Meppen Aschendorf-Hümmling und seit 1898 auch zum Reichstagswahlkomitee. Nach der Änderung des Wahlrechts 1918 begann er als Leiter der Zentrumsgruppe Aschendorf mit dem Aufbau einer neuen Organisationsstruktur in seinem Ort und im Kreis. Seinen Heimatort entwickelte er als Gemeindevorsteher zu einem modernen Gemeinwesen. So verbesserte er durch den Bau von Straßen und Gehwegen sowie die Anbindung an das Stromnetz die Infrastruktur. Er

war Mitbegründer der Aschendorfer Baugenossenschaft und ließ Arbeiterwohnungen errichten. Der tatkräftige Gemeindevorsteher machte sich durch machtbewusstes Auftreten nicht nur Freunde. So wurde ein Disziplinarverfahren wegen Wahlmanipulationen gegen ihn eingeleitet, das ihn – neben gesundheitlichen Problemen – 1914 zum Rücktritt vom Amt zwang. Nach einigen Interimslösungen wurde Schulte-Eißing am 27. Mai 1924 erneut Bürgermeister; er wurde 1925 in den Kreistag gewählt und gehörte bald dem einflussreichen Kreisausschuss an. Ferner engagierte er sich im landwirtschaftlichen Vereinswesen. Seit 1920 stand er dem Emsländischen Bauernverein vor. Schützen- und Kriegerverein waren ein weiteres Betätigungsfeld. Selbstverständlich setzte er sich für die katholische Kirchengemeinde ein. Im Kommunalwahlkampf 1933 kritisierte Schulte-Eißing besonders die Nationalsozialisten, die ihn heftig anfeindeten. Auf deren Betreiben musste er den Vorsitz des Emsländischen Bauernvereins abgeben. In einer Kampfabstimmung im April 1933 verlor er auch das Amt des Gemeindevorstehers. Nach und nach verlor der einst mächtigste Mann des Emslandes alle Ämter. Vereinsamt starb Heribert Schulte-Eißing am ersten Weihnachtstag 1935.

Literatur: Lensing, Helmut: in EG Bd.7, Dohren 1998, S.235-244.

Emanuel von Galen-Beversundern, (6.10.1877-20.10.1950),
Politiker (Zentrum, NSDAP bis 1935), nach 1945 Landrat im Kreis Lingen

Nach dem Besuch eines Gymnasiums in Münster wechselte er auf das österreichische Jesuiten-Gymnasium Feldkirch. Nach der Ausbildung bewirtschaftete das Gut Beversundern bei Lingen. Er gründete mit anderen Grundbesitzern den emsländischen Bauernverein (EVB), der sich als Gegenspieler zum Verein christlicher Heuerleute" (VCH) verstand. Da das Zentrum seine Basis bei den Heuerleuten hatte und der Graf auf der Gegenseite stand, lehnte er eine Mitarbeit in der katholischen Partei ab. Er positionierte sich politisch rechts vom Zentrum. So sammelte er in seinem Archiv zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925 Flugblätter für den Kandidaten der Rechtsparteien, Paul von Hindenburg (1847-1934). Anfang der 30er Jahre trat er in die NSDAP ein, trat aber öffentlich nicht als Mitglied in Erscheinung, weil die NSDAP im Emsland als Außenseiterpartei galt. Bei den Kommunalwahlen im März 1933 trat er auf der Liste „Kreisbauernverein Lingen“ an und tauchte nach der Wahl als Ersatzmann auf der NSDAP-Liste für den Kreisausschuss auf. Seinen Posten als Kreisbauernführer verlor er im Streit mit dem Bezirksvorsitzenden Dr. Hermann Korte. Die Karriere des Grafen endete abrupt wegen einer Auseinandersetzung mit zwei Anglern, die sich auf seinem Grundstück aufgehalten hatten. Diese beriefen sich auf die neuen Verhältnisse, was von Galen mit drastischen Worten bestritt. Der Fall schlug hohe Wellen („Ein Graf beschimpft das Dritte Reich“), hieß es in der Presse. Der Graf wurde gar in Schutzhaft genommen. Nach gerichtlichen Auseinandersetzungen legte er sein Mandat nieder und wandte sich vom Nationalsozialismus ab, zu dem er – wohl aus einem Standesdünkel und ideologischer Differenzen – auch bisher keine engere Beziehung hatte.

Die britischen Militärbehörden setzten den ausgebildeten Juristen mit Wirkung vom 7. April 1945, also noch während des Krieges, als Landrat des Kreises Lingen ein. Nach der Wahl des ersten Kreistags am 4. November 1946 schied er aus diesem Amt aus, da die Einsetzung durch die Briten nach deutschem Beamtenrecht nicht gültig war. Am 16. wählte ihn der Kreistag 1946 zum regulären Landrat. Graf von Galen trat nicht in die im Kreis Lingen starke Zentrumsparterie ein, weil er an seinen konservativen Positionen festhielt. So konnte er sich als Parteiloser mit seiner Wahlbewerbung zum neuen Kreistag im Oktober 1946 nicht durchsetzen und scheiterte. Er schloss sich der rechtskonservativen „Niedersächsischen Landesparterie“ zu, die sich 1947 in „Deutsche Parterie“ umbenannte. Diese bäuerlich-mittelständische Interessenparterie war aber evangelisch geprägt, so dass sie im Emsland kaum Fuß fassen konnte. Gleich nach dem Ende seiner Amtszeit als Landrat wurde der Großgrundbesitzer am 9. Dezember 1946 in den ernannten Niedersächsischen Landtag berufen, in den er dann im Mai 1947 auch gewählt wurde.

Literatur: Lensing, Helmut: Emanuel Graf von Galen - Beversunden (6.10.1877-20.10.1950). Sein Kontakt zum Nationalsozialismus, in: Kuroпка, Joachim (Hg.) Streitfall Galen, Münster 2007, S.223-246.

Hermann Greve(26.4.1901-1.12.1972),
Landwirt, Landrat, MdL (Zentrum, CDU)

Nach dem Besuch der katholischen Volksschule in seinem Heimatort Schapen wechselte er von 1922-1924 an die landwirtschaftliche Fachschule in Freren. Danach absolvierte er eine landwirtschaftliche Ausbildung auf einem Hof im Artland, bevor er 1932 den elterlichen Hof übernahm. Bis 1933 engagierte er sich in der katholischen Jugendbewegung und bildete sich in zahlreichen Kursen fort. Vor 1933 stand er dem Zentrum nahe, trat aber 1937 in die NSDAP ein. 1939 übernahm er die Geschäftsführung der Raiffeisen-Genossenschaft Schapen. Nach dem Krieg – er war inzwischen entlastet worden – wurde er in den Rat seiner Gemeinde gewählt und bald zum Bürgermeister bestimmt. Von 1951 bis 1972 gehörte er ununterbrochen dem Kreistag an, zunächst für das Zentrum, dann für die CDU. Von 1952 bis 1955 bekleidete er das Amt des Landrats, das er 1955 aufgab, weil er als einziger Zentrumsvertreter über die Landesliste in den Landtag gelangt war. Im Wahlkampf konzentrierte er sich besonders auf die Schulpolitik, setzte aber auf eine Verhandlungstaktik mit der Regierung, während die Elternverbände radikaler auftraten und mehrfach Protestmärsche organisierten. 1957 trat er zur CDU über, schied aber 1959 aus dem Landtag aus.

Literatur: Simon, Barbara: Abgeordnete in Niedersachsen 1946–1994. Biographisches Handbuch. Hrsg. vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages. Niedersächsischer Landtag, Hannover 1996, S. 126–127.

Clemens Hesemann (*18. März 1897 in Handrup/Kreis Lingen; † 26. Dezember 1981)
römisch-katholisch, Politiker (ZENTRUM, CDU), Funktionär in landwirtschaftlichen Organisationen. Landtags- und Bundestagsabgeordneter.

Hesemann wird im Text ausführlich behandelt, daher erfolgt hier keine ausführliche Darstellung.

Literatur: https://de.wikipedia.org/wiki/Clemens_Hesemann ;
<https://www.heimatarchiv.de/handrup/person-hesemann.html> (beide: letzter Aufruf: 18.8.2021)

Dr. Walter Kallabis (*19. Januar 1901 in Oberschlesien, † 20. April 1995 in Bonn),
Oberkreisdirektor bzw. Kreissyndikus in Lingen, Ministerialrat in Bonn.

Kallabis wird ebenfalls im Text ausführlich behandelt und daher hier nicht weiter vorgestellt.

Literatur: Hirschfeld, Michael: Walter Kallabis, in: EG Bd.7 Dohren(1998)S.173-179.

Dr. Hermann Kerckhoff, (*1.1.1900- †1.7.1987), Apotheker, Politiker (CDU)

Hermann Kerckhoff studierte Pharmazie in München und Münster, trat 1918 in die väterliche Apotheke in Meppen ein und übernahm sie 1928. Von 1939 bis 1941 war er Stabsapotheker. Er gehörte zum Gründerkreis der CDU in Meppen. Die britische Militärregierung schickte ihn 1945 in den Stadtrat, der ihn am 7. Januar zum Bürgermeister wählte. Im 22. Oktober 1946 gab er sein Amt auf, um Landrat des Kreises Meppen zu werden. Von 1947 bis 1967 war er Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Dort hatte er den Vorsitz des Gesundheitsausschusses inne. In den Jahren 1946/47 arbeitete er im Bentheimer Grenzlandausschuss mit. Ferner wirkte er im Aufsichtsrat der Emsland GmbH und Kuratorium des Ludmillenstifts mit. Er war die treibende Kraft der CDU. Als Mitglied der städtischen Elite gab er sich weltoffener und aufgeschlossener für Neues als viele seiner Mitbürger.

Literatur: Pardey, Karl: Dr. Hermann Kerckhoff, in: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Region Osnabrück. Bearbeitet von Rainer Hehemann, Osnabrück 1990, S.157-158;

Dr. Hans Kraneburg (* 25.7.1899- +13.10.1978)

Bürgermeister von 1934-1945, Stadtdirektor von 1945-1965 in Meppen .

Da Hans Kraneburg im Text ausführlich vorgestellt wird, wird er an dieser Stelle nicht ausführlicher behandelt.

Literatur: Kleene, Heinz: Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in einer Kleinstadt. Das Beispiel des Bürgermeisters und späteren Stadtdirektors Dr. Hans Kraneburg aus Meppen
<https://miami.uni-muenster.de/Record/525f2409-ed14-4d96-b691-c74c2295d858> Münster, 2017

Heinrich Kuhr (*28.6.1892, +22.12.1971),

Politiker (Zentrum, CDU), MdProvL (Hannover), MdL; Heuerleuteführer: Mitglied im „Verein christlicher Heuerleute und Pächter“ (VCH) und von 1920-1933 ihrVorsitzender,

Eine ausführliche Darstellung Kuhrs erfolgt im Text.

Literatur: Lensing, Helmut: in: EG Bd 6, Dohren 1997, S.238-245

Hermann Lüken-Klaßen (Lüken Genannt Klaßen) (* 2. Juni 1924 in Ahlen/ Kreis Aschendorf, + 10. März 1994 in Renkenberge).

Nach dem Besuch der Volksschule und der Landwirtschaftsschule wurde er – bedingt durch den frühen Tod des Vaters – in jungen Jahren selbstständiger Landwirt. Er wurde 1942 zur Wehrmacht eingezogen und an der Ostfront eingesetzt, wo er sich eine schwere Rückenverletzung zuzog. Im Januar 1945 wurde er im Kampf gegen die Amerikaner erneut schwer verwundet. Die Folgen behinderten ihn sein gesamtes Leben.

Lüken-Klaßen engagierte sich im landwirtschaftlichen Verbandswesen, so gründete er 1947 den Kreislandjugendbund und wurde Mitglied in der Vereinigung des emsländischen Landvolks (VEB). Politisch aktiv wurde er im Zentrum, später in der CDU. Im Gemeinderat seines Heimatdorfes gehörte er zu den neun Zentrumsabgeordneten. Der angesehene Politiker ließ sich als Kandidat für Landtagswahl am 6. Mai 1951 aufstellen, unterlag aber dem CDU -Kandidaten, dem Landrat Johann Heerman. Am 28. April 1953 zog er als Nachrücker in den Landtag ein, als mit 28 Jahren jüngstes Mitglied. Er setzte sich für Benachteiligte wie etwa für Flüchtlinge und die Heuerleute ein. Als 1954 ein neues Wahlgesetz, das die Einführung der Fünf-Prozentklausel vorsah, sprach sich das Zentrum gegen die Veränderung aus. Lüken- Klaßen und sein Lingener Kollege Gregor Dall votierten für die Einführung, was auf scharfen Pro-

test ihrer Partei stieß. Beide hatten wohl schon vorher Kontakt zur CDU , in die sie dann eintraten. Beide erkannten wohl – wie der Lingener Landrat Clemens Hesemann - , dass das Zentrum als Partei und sie als Abgeordnete keine Perspektive hatten, zumal die katholische Kirche mit den Bischöfen an der Spitze massiv die CDU unterstützten. Lünen -Klaßen schied 1955 aus dem Landtag aus, spielte aber auf Kreisebene eine gewichtige Rolle. Als Kreistagsabgeordneter seit dem 11.11.1952 hatte er sich bei seinen Kollegen großes Ansehen erworben, was dazu führte, dass er 1963 wieder als Landtagskandidat aufgestellt wurde und das Mandat gewann. Im Vorfeld der Wahl 1967 gewann er die Kampfabstimmung gegen den späteren Minister Werner Remmers und eroberte das Direktmandat in seinem Wahlkreis. Er gehörte somit von 1963 bis 1970 dem Parlament an. Auf Grund gesundheitlicher Probleme zog er sich Ende der 60-er Jahre mehr und aus der Politik zurück.

Literatur: Toben, Paul; Lensing, Helmut : Art. Lünen-Klaßen, Hermann, in: EG Bd 27, 2020

Dr. Bernhard (genannt Ben) Povel (*28.8.1897, +21.10.1952),
Textilfabrikant; Politiker(CDU)

Nach dem Abitur in Münster nahm er ein Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Bonn auf, das er mit einer Promotion über die Nordhorer Textilindustrie abschloss. Gleich nach dem Studium trat er in die Geschäftsführung der elterlichen Firma ein. Vor 1933 stand er dem Zentrum nahe, trat aber nach der Machtübertragung in den Stahlhelm ein, deren Mitglieder 1935 in die SA-Reserve überführt wurden. Povel trat daraufhin aus Gewissensgründen aus. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Dr.Povel als Oberleutnant eingezogen und war von 1940-1942 als Dolmetscher in Holland, Belgien und Frankreich tätig, bis er krankheitsbedingt entlassen wurde. Nach 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU in der Stadt Nordhorn und im Kreis Grafschaft Bentheim, in dem er 1949-1950 den Vorsitz innehatte. Povel wurde von der Militärverwaltung in den Stadtrat wie auch in den Kreistag berufen. Seine Parteifreunde baten ihn 1949, im Wahlkreis Bentheim/Meppen /Aschendorf für den Bundestag zu kandidieren. Er konnte das Mandat mit deutlicher Mehrheit erringen: CDU: 43.002 Stimmen, SPD: 16.088, Zentrum:15.489. Povel setzte sich in Bonn stark für die Erschließung des Emslands ein, wozu er mit dem Kollegen Eckstein eigens ein „Büro Emsland“ in Bonn gründete, was er selbst finanzierte.

Literatur: Plasger, Gerhard: Art. Dr.Bernard Povel, in:EG Bd.6 Dohren 1997, S.278-282.

Helene Wessel (*6. Juli 1898,+ 13. Oktober 1969),
Wohlfahrtspflegerin, Politikerin (Zentrum, GVP, SPD).

Nach einer kaufmännischen Ausbildung arbeitete sie zunächst von 1913-1915 als Stenotypistin. Seit 1915 bekleidete sie das Amt der Parteisekretärin der Zentrumspartei in Dortmund, in dem sie sich besonders für die Jugend- und Frauenarbeit engagierte. Helene Wessel stieg rasch in der Parteihierarchie auf: 1922 Vorsitzende des Landesverbands der Parteijugendorganisation (Windthorstbund), ab 1925 Mitglied des Reichsvorstands der Zentrumspartei. Von 1928-1933 saß sie als Abgeordnete im Preußischen Landtag, wo sie als sozialpolitische Sprecherin und Repräsentantin des linken Parteiflügels fungierte. Sie zählte im Mai 1933 zu den drei Abgeordneten ihrer Fraktion, die im Landtag dem preußischen "Ermächtigungsgesetz" ihre Zustimmung verweigerten. In der Folgezeit war sie zunächst ohne dauerhafte Beschäftigung, ab Frühjahr 1939 übte sie eine Tätigkeit im katholischen Fürsorgewesen aus.

Unmittelbar nach Kriegsende war sie maßgeblich an der Wiederbelebung der Zentrumspartei beteiligt, im März 1946 zur Mitvorsitzenden gewählt. 1946-1950 vertrat sie ihre Mitbürger als Abgeordnete des Nordrhein-Westfälischen Landtags. Sie brachte sich erfolgreich im Parlamentarischen Rat ein. Von 1949-1953 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an, als Vorsitzende der Zentrumsfraktion sowie später der mit der Bayernpartei gebildeten Föderalistischen Union (bis Anfang 1952). 1951 gründete sie zusammen mit Gustav Heinemann die außerparlamentarische Notgemeinschaft für den Frieden Europas. Mit dem späteren Bundespräsidenten rief sie Ende 1952 nach dem Ausscheiden aus der Fraktion die Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) ins Leben. In der Folgezeit war sie wegen der Ablehnung der Wiederbewaffnung einer massiven Kampagne seitens eines Großteils der Medien ausgesetzt. Ihre Kirche verweigerte ihr eine Weiterbeschäftigung in der katholischen Fürsorge. Nach der Selbstauflösung der GVP im Frühjahr 1957 erfolgte der Eintritt in die SPD. Von 1957 bis 1969 wurde sie erneut Mitglied des Deutschen Bundestags, nunmehr für die SPD. Ihr Hauptbetätigungsfeld wurde die Sozialpolitik.

Quelle: Zünndorf, Irmgard: Biografie Helene Wessel, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum online. Stiftung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. http://www.hdg.de/lemo/biografie/helen_wessel.html Zuletzt aufgerufen am 11.08.2021.

Literaturverzeichnis

I. Primärquellen

Archivalien:

Niedersächsisches Landesarchiv

- NLA OS Dep 63b Akz.2000/055 Nr.1 Kraneburg
- NLA OS 430-101-8/66, Nr. 90
- NLA OS 430,106, 5/76, Nr.187/88 (Vorgänge Nov.1938 in Meppen)
- NLA OS Dep 63b Stadt Meppen Nr.1013 Protokollbuch Stadt Meppen
- NLA OS DEP 63 b Stadt Meppen Nr. 1014 Protokollbuch Stadt Meppen vom 1.1.1948 - 18.12.1951

KreisArchiv EMSLAND

- KreisA EMS, Rep 455 Mep Nr. 254 (Mitglieder Kreistag 45)
- KreisA EMS, Rep.455 Mep Nr.251 (Kreiswahl 46)
- KreisA EMS, Rep 455 Mep Nr. 252 (zugelassene Kandidaten)
- KreisA EMS, Rep 455 Mep Nr.272
- KreisA EMS, Rep. 455 Mep Nr.243 Wahlvor.LT Wahl 51)
- KreisA EMS, Rep 455 MEP, Nr.427 (Wahlzettel LT 1955)
- KreisA EMS, Rep.455 MEP Nr.1073 Vorschle Kreisswahl)
- KreisA EMS, Rep 455, Nr. 2025 Kreis-und Gemeindewahlen 9.Nov.1952. Liste der Mitglieder)
- KreisA EMS, Rep 455 Lin Nr.17, 24
- KreisA EMS, Rep. 455 Lin Nr. 988 (Wahlniederschriften)
- KreisA EMS, Rep. 455 Lin N.24 (Bürgermeister)
- KreisA EMS, Rep.455 Nr.4 Kreistagssitzungen 1948/50
- KreisA EMS, Rep. 455 Kreisverwaltung Lingen Nr.5

Stadtarchiv Lingen

- StadtA Lin, LV (Lingener Volksbote), Osterausgabe 1955(Adenauerbesuch in Lingen)
- StadtA Lin, LV Lingener Volksbote, 14. April sowie 16. April 1955
- StadtA Lin, Niedersächsischer Kurier 1948 und 1949

Zeitungen

- Lingener Volksbote. Zentrumsblatt. Verleger : August van Acken (Jahrgänge 1954, 1955)
- Katholischer Volksbote, Meppen, Zentrumsblatt Verleger:Heinrich Wegener (Jahrgänge 1924, 1931)

- Der Emsländischer. NS-Blatt ab Sommer 1933
- Niedersächsischer Kurier. Zentrumsblatt 1946-1948
- Emsland -Nachrichten. Nebenblatt der Westfälischen Nachrichten (Jahrgänge 1947, 1955,1967)

Quellen im Internet:

- Die Kabinettsprotokolle der Hannoverschen und Niedersächsischen Landesregierung 1946-1951. Eingeleitet und bearbeitet von Theresa Nentwig. Hg. Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen. Die Protokolle wurden online gestellt. https://www.historische-kommission.niedersachsen.de/startseite/onlineangebote/kabinettsprotokolle_online/kabinettsprotokolle-der-niedersaechsischen-landesregierung-online-130746.html (Letzter Aufruf am 20.10.2020).

II Sekundärliteratur

- Aschoff, Hans Georg: Programmatik und Geschichtsbezug niedersächsischer Regionalparteien, in: Niedersächsisches Jahrbuch, Bd. 86 (2014), S. 71–91.
- Aschoff, Hans Georg: CDU und Zentrumspartei in Niedersachsen nach 1945, in: Marlis Buchholz/Claus Füllberg - Stolberg/Hans-Dieter Schmid (Hrsg.): Nationalsozialismus und Region. Festschrift für Herbert Obernaus zum 65. Geburtstag (= Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Bd. 11). Bielefeld 1996, S. 315–337.
- van Bevern, Carsten: Die Frühgeschichte der CDU im Kreis Lingen. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Lingen 2000.
- Biographisches Handbuch zur Geschichte der Region Osnabrück. Bearbeitet von Rainer Hehemann, Osnabrück 1990.
- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969, München 2001.
- Borup, Alan: Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratieskeptischer Wähler. Bielefeld 2010.
- Eiyneck, Andreas (Hg.): Alte Heimat – neue Heimat. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Lingen nach 1945, Lingen 1997.
- Haverkamp, Christof: Die Erschließung des Emslandes im 20. Jahrhundert als Beispiel staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung. Hrg. Emsländische Landschaft, Sögel 1991.
- Heitzer, Horst: Die CDU in der britischen Zone 1945- 1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

- Hirschfeld, Michael: „ Die Entlassung hat große Bestürzung hervorgerufen“. Der Lingener Oberkreisdirektor Dr. Walter Kallabis wurde 1947 ein Opfer der Entnazifizierung, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes 45 (1999), S.15-48.
- Hirschfeld, Michael: Art. Dr. Walter Kallabis, in: EG Bd.7, Dohren 1998, S.173-179.
- Falter, Jürgen (Hg.): Junge Kämpfer, Alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt 2016.
- Kleene, Heinz: Gegen Hakenkreuz und Sowjetstern. Über den Windthorstbund im Emsland (1895-1933), in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes. Band 54, Sögel 2008, S.49-68.
- Kleene, Heinz: Art. Hermann Friese. Malermeister und Bundestagsabgeordneter. In: EG Bd.13, Haselünne 2006, S. 360-368.
- Kleene, Heinz: Art. Anton Veltrup. Jugendführer und Unternehmer, in: EG Bd.9, Haselünne 2001, S.265-270.
- Kleene, Heinz/Lensing, Helmut: Art. Egert, in: EG Bd.15, Haselünne 2008, S.341-373.
- Kleene, Heinz: Art. Heinrich Lesker, in: EG Bd.22, Haselünne 2015, S.233-243.
- Kuroпка, Joachim: Kirche, Katholiken, Staat und Gesellschaft, in: Geschichte Niedersachsens 5.Band. Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Hrg. Gerd Steinwascher. Hannover 2010, S.1110-1163.
- Landkreis Emsland (Hrg.): Der Landkreis Emsland - Geographie, Geschichte, Gegenwart - Eine Kreisbeschreibung.von Werner Franke, Josef Grave, Heiner Schüpp und Gerd Steinwascher, Meppen 2002.
- Lensing, Helmut: Die Zentrumsparterie in der Provinz Hannover während der Weimarer Republik – Teil 1, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.), Emsländische Geschichte 25, Haselünne 2018, S. 57-221, (Teil 2 in: Emsländische Geschichte. Bd. 26, Haselünne 2019, S. 44-112, Teil 3 in: Emsländische Geschichte. Bd. 27, Haselünne 2020, S. 137-216).
- Lensing, Helmut: Art. Hermann Gillies, in: EG Bd.8, Haselünne 2006, S.196-199.
- Lensing, Helmut: Art. Heribert Schulte-Eißing, in EG Bd.7, Dohren 1998, S.235-244.
- Lensing, Helmut : Art. Heinrich Kuhr, in: EG Bd 6, Dohren 1997, S.238-245.
- Lensing, Helmut: Art. Gerhard Schwenne, in: EG Bd.7, S.249-254.
- Möller, Hans: Die Gründung der CDU im Altkreis Meppen, in: Meemken, Hermann (Red.): „Weg aus dem Chaos. Das Emsland und Niedersachsen 1945-1949“. Hrg. Landkreis Emsland , Meppen 1987, S.193-197.
- Meemken, Hermann (Red.): „Weg aus dem Chaos. Das Emsland und Niedersachsen 1945-1949“. Hrg. Landkreis Emsland , Meppen 1987.
- Nietfeld, Josef: Die Zentrumsparterie, Geschichte und Struktur 1945–1958, Diss. Braunschweig 1985.
- Plasger, Gerhard: Art.Dr. Bernhard Povel, in: EG Bd.6 Dohren 1997, S.278-282.

- Reeken, Dietmar von: Die Gründung des Landes Niedersachsen und die Regierung Kopf, in: Geschichte Niedersachsens 5.Band. Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Hrg. Gerd Steinwascher. Hannover 2010, S. 625-681.
- Rüländer, Willi: „Der Kulturkampf geht in seinem Sturmschritt weiter“. Kulturkampf in der Region. Das Emsland. Beiträge zur Geschichte Emsland /Bentheim Bd.25. Hrg. Emsländische Landschaft, Sögel 2020.
- Ruppert, Karsten: Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokrasie 1923–1930 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 96), Düsseldorf 1992. 1945-1949 (Teil 1), in: Aspekte der Konfessions-, Parteien- und Landesgeschichte, Tübingen, 1994.
- Remling, Ludwig: Die „deutsche Jugendkraft“ im Emsland, ein Beitrag zum Vereins-sport in den zwanziger und dreißiger Jahren. In: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes 42 1996, S.9-31.
- Remling, Ludwig: Der Kampf um Lingen Anfang April 1945. In: EG Bd.22 , Haselünne 2015, S.186-211.
- Remling, Ludwig (Hg.): Das Kriegsende 1945 im Raum Lingen. Materialien zur Lingener Geschichte Band 3, Lingen 1996.
- Rydel, Jan: Die polnische Besatzung im Emsland 1945-1948. Osnabrück 2003.
- Simon, Christian: Das religiöse Fundament der niedersächsischen Schulgesetze im Parteienstreit der Fünfziger Jahre, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 66, 1994, S. 261-289.
- Steinwascher, Gerd: Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik. In: Geschichte Niedersachsens 5.Band. Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Hrg. Gerd Steinwascher. Hannover 2010, S. 19-197.
- Steinwascher, Gerd: Die Entwicklung eines „Armenhauses“ – Höhen und Tiefen der Emslanderschließung von der Weimarer Republik bis zum Emslandplan, In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte Band 77 (2005), S.88-107.
- Toben, Paul/ Lensing, Helmut : Art. Lünen-Klaßen, Hermann, in: EG Bd 27, 2020.
- Wilbers-Noetzel, Annette: Die wohnräumliche und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Emsland nach 1945. Emsland /Bentheim. Beiträge zur Geschichte Band 17, Sögel 2004.
- Zumholz, Maria Anna: Anpassung – Verweigerung – Widerstand? Katholisches Milieu im Emsland 1933-1945; in: Emsländische Geschichte Bd. 13, Haselünne 2006, S.22-104.

Literatur im Internet:

- https://de.wikipedia.org/wiki/Clemens_Hesemann
- <https://www.heimatarchiv.de/handrup/person-hesemann.html>
- Kleene, Heinz: Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in einer Kleinstadt. Das Beispiel des Bürgermeisters und späteren Stadtdirektors Dr.Hans Kraneburg aus Meppen

in:<https://miami.uni-muenster.de/Record/525f2409-ed14-4d96-b691-c74c2295d858>
Münster, 2017

- Schmitt, Uta: Helene Wessel. Eine überzeugte Katholikin in Gegnerschaft zur Wiederbewaffnung, in: frauen/ruhr/geschichte. https://www.frauenruhgeschichte.de/frg_biografie/helene-wessel/ (letzter Zugriff: 18.8.2021)
- Wieters, Oliver: Katholizismus und Zentrumstradition in Nordrhein-Westfalen, Teile 1-3, <https://www.oliverwieters.de/wordpress/wp-content/uploads/Oliver-Wieters-Katholizismus-und-Zentrumstradition-in-NW-1945-1949.pdf> , zuletzt aufgerufen am 15. Mai 2021